

Präsident: Wer mit den Ansätzen und Posten dieser Gruppe einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung durch Erheben der Hand.

Die Gruppe 4 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 5: Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung. Berichterstatter ist Abgeordneter Harald Laurich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Laurich: Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 5 behandelt in den Abschnitten und Unterabschnitten 50 bis 56 die Kapitel Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung. Die Einnahmen dieser Gruppe betragen 1.391.001.000,— Schilling, die Ausgaben 2.089.480.000,— Schilling. Diese Haushaltsgruppe wurde mit den einzelnen Posten im Finanz-Ausschuß eingehend behandelt und einstimmig beschlossen.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, den Ansätzen dieser Gruppe zuzustimmen.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir kommen zur Debatte und ich erteile als erstem Redner dem Herrn Abg. Dr. Maitz das Wort.

Abg. Dr. Maitz: Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrter Herr Präsident!

Bevor die traditionell umfangreiche Debatte über das Spitalswesen beginnt, habe ich mir vorgenommen, Ihnen einen Bereich, in dem weniger vom Heilen als vom Vorsorgen die Rede ist, nahezubringen. Es handelt sich um die Jugendförderung, die im Kapitel 56 verankert ist.

In der vorigen Woche haben wir hier im Landtag gemeinsam beschlossen, daß das aktive und passive Wahlalter für die Gemeinderatswahlen herabgesetzt wird. Das bedeutet, daß der Jugend ein größeres und neues Maß an Verantwortung übertragen wird.

Die aktive Teilnahme an der Demokratie erfordert von jedem einzelnen Jugendlichen, daß er die Wirklichkeit der wirtschaftlichen Zusammenhänge erkennt, daß er bereit ist und Verständnis aufbringt für das Zusammenleben verschiedenartiger und mit verschiedenen Interessen ausgestatteter Menschen, daß er verlässlich und dynamisch in der Erfüllung seiner beruflichen und staatsbürgerlichen Pflicht ist und daß er wachsam ist in der Ausschöpfung der demokratischen Möglichkeiten.

In welchen Bereichen wird der Jugendliche, wird das Persönlichkeitsbild des Jugendlichen geprägt? Natürlich zuerst im Elternhaus, in der Schule, in der Berufsausbildung, aber auch in einem nicht zu unterschätzenden Ausmaß in Gemeinschaft junger Menschen, in Vereinen, Organisationen, Verbänden, so wie viele von uns und auch ich selbst es erfahren konnten.

Um die Situation etwas zu verdeutlichen, möchte ich Ihnen zwei Beispiele aus einer Umfrage des „Imas-Institutes“ zum Problem „Jugend und Eltern“ und „Jugend und Beruf“ darlegen:

Im Bereich „Beziehung Jugendlicher zu ihren Eltern“ ergibt sich für mich eine erstaunliche Tatsache, nämlich, daß ein großer Teil der jungen Menschen heute praktisch in einer vaterlosen Ge-

sellschaft lebt. Der Beweis dafür: Diese gesamtösterreichische Umfrage hat ergeben, daß lediglich zwei von fünf jungen Menschen Gelegenheit haben, mit ihrem Vater zu diskutieren. (Abg. Ing. Turek: „Weil er nie daheim ist!“)

Ein Zweites, und zwar aus dem Bereich der Berufswahl, hat mich sehr überrascht: Nämlich 41 Prozent aller Jugendlichen bereuen den früh gewählten Beruf. Sie sind also mit ihrer frühen Berufswahl nicht richtig beraten oder nicht entsprechend reif in ihrer Entscheidung gewesen.

Die Entscheidungshilfen — oder die Beratung — sind also in diesem Bereich zu wenig, zu spät und wahrscheinlich nicht ausreichend nahe an die Jugendlichen herangebracht worden. Daher erscheint es sinnvoll, jede Form der Jugendarbeit besonders zu fördern und neben dem persönlichen Engagement, das wir immer wieder sehen, auch entsprechende Mittel einzusetzen.

Die außerschulische Jugendarbeit des Landes hat in erster Linie eine unterstützende Funktion. Und ich möchte es wiederholen. Natürlich soll die Erziehungsarbeit der Eltern, der Lehrer oder innerhalb der Berufsausbildung nicht ersetzt oder verwässert werden, sondern sinnvolle Ergänzung finden.

In der Steiermark nimmt diese wichtige Aufgabe ein Kreis von 23 Jugendverbänden, die im Landesjugendbeirat ihre Dachorganisation haben, gemeinsam mit dem Landesjugendreferat wahr. Die Förderung dieser Verbände geschieht einerseits durch direkte Zuschüsse und andererseits durch ein breites Serviceangebot des Landesjugendreferates. Dieses Angebot reicht von der Ausbildung von Gruppenleitern über eine große Zahl von Fachkursen bis zu Veranstaltungshilfen. Jede der steirischen Jugendorganisationen erfüllt damit eine wichtige Aufgabe und bereitet — sagen wir es ruhig — ein Stück steirischer Zukunft vor.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Jugendreferat selbst führt eine Reihe von Veranstaltungen durch und erstellt ein vielfältiges Angebot im musischen, im sportlichen und im gesellschaftspolitischen Bereich. Das Ziel all dieser Bemühungen ist es, eine aktive und positive Bewältigung der Probleme junger Leute zu erreichen.

Ich darf Ihnen einige konkrete Schwerpunkte aus dem Bereich der Jugendförderung des Landes nennen: Zunächst der Beitrag des Landes zur Errichtung von Jugendherbergen. Im Jahre 1975 sind dies 3 Millionen Schilling, um 800.000 Schilling mehr als im Vorjahr. Interessant in diesem Zusammenhang scheint mir besonders die enorme Steigerung der Übernachtungsziffern in den steirischen Jugendherbergen. Allein in den letzten 10 Jahren, also von 1964 bis 1974, betrug die Steigerung der Nächtigungsziffern 338 Prozent. Um in absoluten Zahlen zu sprechen, bedeutet das, daß im Jahre 1974 nach den vorliegenden Berechnungen eine Übernachtungsziffer von 220.000 Nächtigungen in den steirischen Jugendherbergen überschritten wurde.

Ein Vergleich dazu: Einige der steirischen Spitzenfremdenverkehrsgemeinden, nämlich Schladming oder auch Tauplitz oder Haus im Ennstal, haben diese Übernachtungsziffer.

Die Nächtigungsziffern in den steirischen Jugendherbergen bedeuten also, daß das vom Gesundheitlichen, aber auch vom Erzieherischen her wertvolle Jugendwandern wieder stark im Zunehmen ist. Ich glaube, daß das sehr zu begrüßen ist.

Aus vielen Beispielen ein weiterer Bereich, den ich besonders hervorheben möchte: Er betrifft den Bereich der Musikerziehung.

Es läßt sich heute folgendes feststellen: Seinerzeit wurde viel im Kreise der Familie musiziert. Es war heute schon einmal die Rede davon, welchen Wert die musische Erziehung im Vergleich zu der in der Schule vor allem rationell ausgerichteten Erziehung darstellt. Heute nehmen wir uns bedauerlicherweise nicht die nötige Zeit, um diesen Bereich mit den Kindern und Jugendlichen zu betreiben. Um so erfreulicher und dankenswerter ist es aber, daß solche Initiativen mehr und mehr von den Jugendlichen selbst ausgehen. Zum Beispiel die Aktion „Jugend musiziert“ in Leoben. Im Rahmen dieser Aktion wird im Jahre 1975 zum vierten Male der österreichische Instrumentalwettbewerb durchgeführt. Dieser Initiative haben sich in der Zwischenzeit alle österreichischen Bundesländer angeschlossen. Das Land Steiermark fördert diese Aktion „Jugend musiziert“ in Leoben wieder mit einem beträchtlichen Betrag. Ein konkretes Ergebnis aus dieser Gruppeninitiative:

Im Frühjahr 1975 wird ein langgehegter Wunsch, nämlich ein österreichisches Bundesjugendorchester, seine Tätigkeit aufnehmen, und zwar auf Grund dieser Privaten- oder Gruppeninitiative in Leoben.

Seit vielen Jahren ist erkennbar, daß die rationale Ausrichtung der Bildung in den Schulen auch einen zweiten Bereich eher hintanstellt, nämlich den Bereich der emotionalen Bildung, den Bereich des Spieles und den des Theaters. Auch davon war heute hier schon kurz die Rede. Ein Wort Friedrich Schillers, der sagt: „Nur derjenige ist ganz Mensch, der spielt“, sollte uns hier in Erinnerung gerufen werden.

Das Land Steiermark hat schon vor einigen Jahren, um die Pflege und Förderung des Amateurtheaters besonders zu unterstreichen, einen Landesspielberater eingesetzt. Diese Einrichtung ist in Österreich einmalig —, sie hat bereits internationale Anerkennung gefunden. Ich glaube, daß das Amateurtheater gerade für den Jugendlichen eine echte Möglichkeit ist, sein Verhältnis zur Familie, zur Heimat, zu Staat und Gesellschaft und vor allem sein Verhältnis zu sich selbst zu finden und zu vertiefen. Die mit diesem Laienspieltheater eingeleiteten breiten Förderungen des Jugend-Amateurtheaters haben in den steirischen Pflichtschulen, in den Schülerheimen, in den Jugendgruppen, den allgemeinbildenden höheren Schulen und in einem Gesamtbereich verschiedener Initiativgruppen zu einer breiten und sehr erfreulichen Bewegung geführt.

Ein Höhepunkt dieser Arbeit ist jedes Jahr die internationale Theatertagung der Jugend im obersteirischen St. Lambrecht und Judenburg. Auch durch diese Tagungen ist Österreich oder ist Steiermark für Österreich zu einem Zentrum bzw. zu einem Mittelpunkt der Amateurtheaterpflege geworden.

Am Rande sei erwähnt, daß das gerade heute wieder in einer Zeitung apostrophierte „Theater im Keller“ in Graz auch ein Ausfluß dieser Initiative war und daß dort mit großer Begeisterung gearbeitet wird. Wir haben heute in der Zeitung lesen können, daß die dort Agierenden sogar selbst die Ausgestaltung dieses Theaters übernommen haben. Vor allem aber wird jungen Gruppen, sei es aus der Steiermark, aus Österreich oder aus dem benachbarten Jugoslawien, die Möglichkeit gegeben, sich dem sicherlich kritischen Grazer Publikum zu stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei der Vorbereitung meiner heutigen Wortmeldung habe ich mich an ein Gespräch erinnert, das ich vor wenigen Jahren mit Jugendlichen geführt habe, die selbst bekrittelt haben, daß sie ihre Fremdsprachenkenntnisse nicht weiter pflegen und vertiefen. Auch hier hat Landesrat Professor Jungwirth persönlich eine Initiative gesetzt und es hat als einziges Bundesland die Steiermark seit dem Schuljahr 1972/73 eine sogenannte „Fremdsprachen-Olympiade“ unter dem Titel „Jugend übersetzt“. Meine Damen und Herren, wer von uns spricht nicht da und dort vom europäischen Geist, von den weltweiten Verflechtungen! Wenn wir ein Zusammenrücken der europäischen Länder wirklich wollen — und daran ist ja kein Zweifel — und wenn wir darüber hinaus die Pflege internationaler Kontakte wirklich wollen, dann müssen wir mit der Pflege internationaler Jugendkontakte beginnen. Auch das ist geschehen und scheint mir besonders dankenswert. Die Pflege der internationalen Jugendkontakte ist ein wichtiger Meilenstein für das Zusammenrücken, für die Verständigung zwischen verschiedenen Völkern. Die Voraussetzung dafür ist freilich die Beherrschung der fremden Sprache. Sie werden sich bestimmt daran erinnern, daß wir bereits im „Modell Steiermark“ ganz klar und unmißverständlich die Forderung aufgestellt haben — sicher ein Fernziel, das gebe ich gerne zu —, daß jeder Steirer eine zweite Sprache beherrschen und auch pflegen soll. (Abg. Brandl: „Dagegen hat niemand etwas!“) Einen wesentlichen Beitrag zu diesem Ziel, nämlich, daß eine Fremdsprache als zweite Sprache mehr als bisher gepflegt wird, leistet der ORF mit seinen Kursen. Das führt mich zum nächsten Punkt.

Gerade in diesen Monaten und in diesem Hause waren die Massenmedien besonders im Gespräch und haben die Gemüter erhitzt. Uns allen ist bewußt, welche Bedeutung die Massenmedien gerade in unserer Zeit haben und daß wir in der Steiermark stets größten Wert auf Meinungsvielfalt gelegt haben.

Für die Jugend scheint mir diese Meinungsvielfalt, dieses Angebot der Medien einerseits eine große Chance zu sein, andererseits aber auch oft eine echte Überforderung, mit der man eben zurechtkommen muß. Die steirische Jugendförderung ist daher auch in der Medienerziehung einen neuen Weg gegangen. Zusammen mit dem Institut für Kommunikationswissenschaften wurden Projektgruppen gebildet, um Modelle für die Medienerziehung zu erstellen. Ein erstes Modell über den immer wieder stark in Diskussion stehenden Be-

reich der Werbung ist bereits fertiggestellt. Dort werden anhand von Originaltexten und Werbespots vor allem von Rundfunk und Fernsehen diese werblichen Aussagen kritisch beleuchtet und in einer Unterlage Erziehern zur Verfügung gestellt, um damit eine Multiplikation zu den Jugendlichen zu erreichen. In diesem Zusammenhang möchte ich besonders die Vertreter von Presse und Rundfunk auf einen neuen Schwerpunkt der steirischen Jugendförderung aufmerksam machen. Es handelt sich dabei um ein sehr lohnendes, zukunftssträchtiges Beginnen, und zwar um die Stipendienaktion für Jugendfunktionäre. Das Land Steiermark anerkennt und unterstützt durch Zuschüsse für Studienaufenthalte die ehrenamtliche Tätigkeit junger Menschen. Eine Chance, die viele im Lande nutzen sollen und wir bitten Sie darum, diese Chance den Jugendlichen bekanntzumachen. Diese Initiative soll für engagierte Jugendliche Ansporn sein, Verantwortung in ihren Jugendgruppen zu übernehmen.

Ich wollte nur wenige Beispiele aus dem vielschichtigen Bereich der Jugendarbeit des Landes hier nennen.

Es ist erfreulich, daß im Budget 1975 der Abschnitt Jugendförderung mit insgesamt rund 11.700.000,— Schilling dotiert ist und damit um etwa 2 Millionen Schilling erhöht werden konnte. Das ist um so erfreulicher, wenn man sich dazu das Bundesbudget anschaut: Im Bundesbudget wurde für die gesamte Jugendförderung für 1975 ein Betrag von 34 Millionen Schilling veranschlagt. Das ist gegenüber dem Jahr 1974 eine Kürzung um 1 Million Schilling, und das bei einem Bundesbudget, das für ganz Österreich nicht einmal ganz das Dreifache des steirischen Budgets für Jugendförderung ausmacht. (Abg. Gratsch: „Herr Kollege, werden Sie nicht politisch!“) Diesen Zwischenruf habe ich gerade von Ihnen, Herr Kollege, nicht erwartet! Meine Damen und Herren, es ist uns allen klar, welche budgetären Schwierigkeiten auf Bundesebene vorhanden waren. Der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger hat die Situation ja messerscharf am Beginn der Diskussion skizziert. Es ist uns klar, daß auch die Steiermark durch diese Bundessituation beeinflusst war und es daher auch Rückwirkungen auf unser Budget gegeben hat. Um so mehr sprechen diese beiden Vergleichszahlen eine deutliche Sprache in der Wertschätzung, die man der Jugendförderung auf Bundes- und Landesebene zuzißt. In der Steiermark also plus 2 Millionen Schilling für Jugendförderung, auf Bundesebene minus 1 Million Schilling; das sind Fakten, die zu denken geben.

Wir werden uns auf allen Ebenen für eine ausreichende Förderung der außerschulischen Jugendarbeit einsetzen, und dabei soll es meiner Meinung nach auch im Land Steiermark drei gleichwertige Bereiche geben:

Der erste Bereich, der bisher vielleicht etwas zu kurz gekommen ist, ist die freie Förderung von Initiativen aller Gemeinschaften junger Menschen, ob sie organisiert sind oder nicht, also die Förderung von Spontangruppen. Der zweite Bereich ist die enge Zusammenarbeit mit allen Jugendverbänden und Jugendorganisationen, die zwar mit Unter-

stützung des Landes, aber in eigener Verantwortung ihre Aufgaben erfüllen.

Der dritte Bereich sind die Aktionen und Veranstaltungen des Landesjugendreferates, welche dieses selbst durchführt.

Bei alledem geht es einerseits darum, der Jugend für gut erkannte Werte zu erhalten, und andererseits die zeitnahen, brennenden Probleme jugendlicher aufzuspüren und für deren Bewältigung Hilfestellung zu leisten.

Meine Damen und Herren, Jugendliche sind kritisch. Sie wissen genau, wer ihre Anliegen ernst nimmt, wer mit ihnen immer wieder redet und sich der Diskussion stellt, wer in seiner Einstellung zur Jugend ehrlich und vor allem glaubwürdig ist. Wir in der Steiermark haben dafür, gerade für diese Glaubwürdigkeit gegenüber der Jugend, ein starkes Vorbild: unseren Landeshauptmann Dr. Niederl. (Beifall bei der ÖVP.)

Selbst die Meinungsbefragung Ihres Parteikollegen Herrn Dr. Blecha weist in dem Ergebnis eindeutig aus, daß am 20. Oktober der überwiegende Teil der Stimmen von Jungwählern Landeshauptmann Dr. Niederl zugekommen ist, und darüber freuen wir uns ganz besonders. (Beifall bei der ÖVP.) (Abg. Dr. Strenitz: „Jetzt ist er da, wohin er gewollt hat!“) Das ist nicht anders zu erwarten gewesen, Herr Kollege Strenitz. (Abg. Gerhard Heidinger: „Also der Niederl ist schuld!“) Ja selbstverständlich, am Wahlerfolg in erster Linie, das ist natürlich. (Abg. Gerhard Heidinger: „Er hat ja gesagt, wählt mich und nicht die ÖVP!“ — Abg. Pözl: „Das hätte der Sebastian auch gerne gesagt!“) Lassen Sie mich nun einen herzlichen Dank aussprechen, und zwar zunächst allen Mitarbeitern und Jugendfunktionären in allen Vereinigungen und Verbänden, von der Orts- bis zur Landesebene, die in Idealismus und oft unter Aufopferung vieler vieler Freizeit ihre Arbeit erfüllen.

Aber ebenso herzlich danke ich den hauptberuflichen Mitarbeitern im Landesjugendreferat, die mit Einfallsreichtum und Dynamik, weit über ihre dienstlichen Verpflichtungen hinaus, ihre schwierige, aber, wie mir scheint, auch schöne Aufgabe erfüllen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Am Beginn meiner Wortmeldung habe ich davon gesprochen, daß wir das Wahlalter herabgesetzt haben und damit der steirischen Jugend zusätzliche, neue Verantwortung übertragen wurde.

Ich bitte Sie deshalb, den Gesamtbereich der Förderung junger Menschen persönlich ernst zu nehmen und gemeinsam in der Öffentlichkeit zu vertreten. Dann wird diese Arbeit der Zukunft der Steiermark zugute kommen. (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident Heschitz: Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Pichler. Ich erteile ihm dieses.

Abg. Pichler: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 5 nimmt unter den 4 höchsten Budgetposten im Landesvoranschlag 1975 eine sehr beachtliche Rangstellung ein. Sie ist fast gleich hoch dotiert wie etwa die Gruppe 0, die Gruppe 2 und die Gruppe 6.

Wir stellen bei dieser Dotierung aber auch gleichzeitig fest, daß wir von seiten des Landes, gerade im Abschnitt 52, eine verhältnismäßig hohe Zuwendung zu beschließen haben und sind uns selbstverständlich dabei bewußt, welchem Zweck diese hohen Beträge dienen. Wir sagen damit auch gleichzeitig aus, welchen Wert für uns die Gesundheit darstellt und in welchem Ausmaß wir bereit sind, in allen Krankheitsfällen und in allen hilfsbedürftigen Fällen helfend einzugreifen.

Bei diesem Wollen und bei diesem großen Bemühungen stehen uns allerdings einige sehr wesentliche Umstände entgegen.

Ich möchte mich heute weniger mit Zahlen beschäftigen als vielmehr mit der gesamten Entwicklung, aber auch mit der gesamten Problematik unserer 16 Krankenanstalten und der übrigen 4 Einrichtungen, die wir im Lande Steiermark besitzen.

Wenn wir die baulichen Anlagen und die Einrichtungen einer Prüfung unterziehen, so müssen wir oftmals noch feststellen, daß sie in den meisten Fällen entweder kurz vor der Jahrhundertwende, um die Jahrhundertwende oder nach der Jahrhundertwende errichtet worden sind und wir eigentlich innerhalb einer relativ kurzen Zeitspanne alle diese Einrichtungen gebaut erhalten haben und diese uns heute oftmals noch so zur Verfügung stehen. Zu der damaligen Zeit eigentlich großräumig gedacht, an wunderbaren Standorten errichtet, aber sicherlich in die gesamte heutige Entwicklung bzw. in die heutige Zeit fast nicht mehr hineinpassend.

Daraus erwächst für uns die große Aufgabe, diese Bauten zu sanieren, sie umzugestalten, sie einzurichten und zwar so, daß sie den heutigen modernen medizinischen bzw. medizinisch-technischen Erkenntnissen entsprechen und somit auch echt den Menschen dienen können.

Wir sind längst zur Überzeugung gekommen, daß diese Bauten aus der damaligen Zeit in keiner Weise ausreichen sowohl in räumlicher Hinsicht als auch in ihrer Aufnahmefähigkeit. Wir sehen mit einem bestimmten Stolz — und das können vor allem die bisher zuständigen Referenten im Lande Steiermark für sich in Anspruch nehmen —, daß es gelungen ist, gemeinsam mit der Landesregierung, mit der steirischen Bevölkerung und sicherlich auch durch Beschlüsse des Landtages, diese neuen Projekte zu planen, sie vorzubereiten und sie budgetmäßig zu bedecken, damit sie der Bevölkerung leistungsfähig zur Verfügung gestellt werden können.

So gesehen haben wir im Lande Steiermark einen Stand auf diesem Sektor erreicht, der sich nicht nur in Österreich sehen lassen kann, sondern weit über die Grenzen hinaus bekannt ist und auch beachtet wird.

Ich nehme es genauso in Anspruch, wie es die Damen und Herren der ÖVP-Fraktion machen — weil eben hier sozialistische Referenten zuständig waren — und sage, daß das allein schon ein beachtliches Stück Arbeit nach den „Steirischen Leitlinien der SPO“ darstellt. (Beifall bei der SPO.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es soll jeder Referent jenes Maß an Leistung zugesprochen bekommen, das ihm zusteht — so auch in diesem Falle.

Ich möchte dabei nur eine Bemerkung anbringen, und zwar, daß es sehr zweckmäßig erschiene, gerade diese Einrichtungen, meine Damen und Herren, aus dem oftmals nicht sehr sachlichen politischen Gezänk und dem politischen Pingpongspiel doch herauszunehmen und die Dinge einfach so zu sehen, wie sie sind und dabei auch bereit zu sein, auszusagen: Wollen wir diese modernen Einrichtungen unseren Menschen zur Verfügung stellen, ja oder nein. Bejahendenfalls sollten wir aus politischen Überlegungen keine Vorwürfe machen und uns fragen, wohin das führen soll, wenn in diesem Jahre schon wieder 659 Millionen Schilling zugeschossen werden sollen.

Gerade bei der letzten Finanz-Ausschußsitzung hat für diese Gruppe die Frage ähnlich geklungen: Wie hoch wird denn dann die Zuwendung im Jahre 1975 bzw. 1976 sein? (Abg. Dr. Eichinger: „Darf man so etwas nicht fragen?“) Das ist zweifelsohne der Fall. Es kommt darauf an, wie die Frage gestellt wird und was beabsichtigt man damit. (Abg. Dr. Eichinger: „Darf man sich nicht dafür interessieren?“) Lieber Herr Kollege Eichinger! Wenn ich das sage, dann sage ich das auch aus einer bestimmten Überlegung heraus und zwar, weil ich mir die Protokolle über die Gruppe 5 aus den letzten Jahren sehr genau durchgelesen habe. Es war nicht immer alles sehr seriös, aber es war kein Anlaß, daß Sie sich etwa betroffen fühlen könnten. Ich habe Sie ja auch nicht angesprochen. Ich habe Ihnen lediglich eine Antwort gegeben. Meine Damen und Herren, wenn man die Jahresberichte über die Gruppe 5 und besonders über den Abschnitt 5 Jahr für Jahr genau studiert und prüft, welcher großer Fortschritt erzielt wurde, welche hohen Geldbeträge ausgegeben wurden und welche wirklich große Leistungen hier vollbracht wurden, und wenn man gleichzeitig weiterliest, hat man die Möglichkeit, festzustellen, welche Wünsche permanent im steigenden Ausmaß immer wieder vorhanden sind und welche Wünsche jährlich neu dazukommen. Was heute modern ist, ist morgen schon längst wieder überholt; und wehe, der politische Referent oder der Abgeordnete, der zu diesem Kapitel spricht, hätte nicht Verständnis dafür, wenn morgen der Klinikvorstand, der jeweils zuständige Primararzt oder ein Arzt kommt und sagt, ich bin nicht mehr in der Lage, neuzeitlich zu behandeln und neuzeitliche Erkenntnisse und Methoden anzuwenden, wenn Sie nicht bereit sind, mir die notwendigen Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Das ist der Grund, warum ich mich bemühe und vor allem der persönlichen Auffassung bin, daß wir diese so wichtige Frage etwas mehr aus dem politischen Streit heraushalten sollen. Dies gilt selbstverständlich auch für die einzelnen Interessensgruppen und es braucht sich hier gerade der Herr Präsident der Ärztekammer in keiner Weise unangesprochen fühlen. (Abg. Ing. Turek: „Seit einer Viertelstunde habe ich überlegt, wenn Sie meinen, jetzt wissen wir es!“ — Abg. Gratsch: „Da haben Sie lange ge-

braucht!") Schauen Sie, ich habe Sie für noch intelligenter gehalten.

Meine Geehrten, neben allen diesen Einrichtungen gibt es heute aus rein personellen Fragen heraus noch Aufgaben zu bewältigen; sind seinerzeit doch diese Anstalten und damit auch die dort liegenden Kranken von Menschen gepflegt worden, die nur durch Gottes Lohn entlohnt wurden, so haben wir heute einen Personalaufwand, damit auch entsprechende Personalkosten und sind die dafür erforderlichen Einrichtungen notwendig. Hat es damals noch genügt, in einfachen Dachkammern unterzukommen, ist es heute selbstverständlich, daß moderne Garçonnièren eingerichtet werden. Eine Selbstverständlichkeit ist es auch, daß Kindergärten gebaut und Krabbelstuben eingrichtet werden, um vor allem das weibliche Pflegepersonal für diese oftmals schwere Tätigkeit freizubekommen. Frau Kollegin Jamnegg hat heute bereits auf die Teilzeitbeschäftigung von Frauen hingewiesen und davon gesprochen, wie schwierig diese Fragen oftmals zu lösen sind. Auch hier kann das Land Steiermark eine sehr stolze Bilanz ziehen darüber, daß es sämtlichen Wünschen dieser Art gerecht wurde.

Neben all diesen Problemen bei dieser Frage kommt etwas auf uns zu — Herr Prim. Stepantschitz hat bereits vor einigen Tagen davon gesprochen — die Verkehrswege, die seinerzeit ausreichend waren, sind heute in keiner Weise mehr voll dem Zweck entsprechend, sie sind zu schmal. Wie soll der Rahmen nicht gesprengt werden, ohne dabei mit anderen Besitzern in Konflikt zu gelangen und wie soll die gesamte Verkehrsregelung erfolgen, wie sollen die Personenkraftwagen abgestellt werden und die freie Zufahrt für die Krankenwagen gewährleistet werden? Hier muß Abhilfe geschaffen werden; es scheitert doch an geeigneten Anlagen. Gerade in der Landeshauptstadt Graz hat man das große Problem bezüglich der Parkplätze, weil es doch seinerzeit üblich war, entweder zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit einem der wenigen öffentlichen Verkehrsmittel in ein Krankenhaus zu kommen, heute aber jeder mit seinem eigenen Pkw. ankommt. Auch dreht sich die Frage darum, wo überall Hubschrauber-Landeplätze angelegt werden können, um erforderlichenfalls ein rasches Eingreifen zu ermöglichen.

Im gesamten gesehen, müssen wir feststellen, daß das Land Steiermark ständig bereit gewesen ist, Geldmittel dafür auszugeben, um den Gesundheitsdienst in diesem Lande so gut als nur möglich zu fördern und den Menschen damit eine echte Hilfe zu schaffen. Das Land Steiermark hat damit auch bewiesen, daß es bereit ist, den technischen Erkenntnissen und Fortschritten in jeder Weise zu folgen. Neben all dem gibt es aber eine ganze Reihe von Gebietsstreitereien und von Überlegungen, weil ganz einfach gebietsmäßig gesehen die dortige Bevölkerung jeweils der Auffassung ist, sie braucht jede vorhandene Einrichtung; die man heute im Gesundheitswesen kennt. Hier steht im Widerstreit der Krankenanstaltenplan, über den sehr viel diskutiert wird, der oft zu einem Politikum gemacht wird. Dazu kann man nur sagen, hoffentlich gelingt es recht bald, hier Klarheit zu schaffen, darüber einig zu werden, was wird wo

errichtet, ohne sich dabei von politischen Färbungen leiten zu lassen, sondern es im Lande letzten Endes so zu gestalten, daß diese Einrichtungen standortmäßig echt der Bevölkerung dienen. In den vergangenen Wochen wurde noch ein Wunsch ausgesprochen, nämlich der Wunsch auf Errichtung eines eigenen Wirtschaftskörpers. Niemand wird sich gegen die Errichtung eines eigenen Wirtschaftskörpers stellen, wenn er auf eine vernünftige Basis gestellt wird. Ich möchte nur einen Wunsch anfügen, und den, glaube ich, dürfte man auch in rein objektiver und sachlicher Weise betrachten können und zwar insoweit, als es doch bei diesem Wirtschaftskörper gelingen möge, auch die gesamte Personalpolitik in jene Form zu bringen, wie sie für die Führung von solchen Anstalten letzten Endes erforderlich ist. Es ist nicht sehr zweckmäßig (Abg. Dr. Eichinger: „Das ist eh in Ordnung!“) — ich glaube es schon, denn sonst würden Sie ja das nicht tun —, daß letzten Endes der zuständige Referent, der für alles andere verantwortlich zeichnet, dann nur bei Gelegenheit daraufkommt, daß es wiederum eine neue Position zu besetzen geblieben hat und nachträglich den Namen erfährt, aber er selbst kein Mitspracherecht bei den Personalbesetzungen hat. (Abg. Schrammel: „Demokratie!“) Ja, das ist sie. Wenn Sie, meine Damen und Herren, das nur von der politischen Seite sehen, so ist das als Fraktion Ihr gutes Recht. Ich meine es etwas anders, weil ich nämlich der Auffassung bin, daß es sich hier um Gemeinschaftseinrichtungen, um Werte und um die Vollführung einer Aufgabe handelt, meine Damen und Herren, die doch in gegenseitiger Übereinstimmung und daher miteinander entschieden werden soll. Es sollen keineswegs Entscheidungen fallen, wenn dieser neue Wirtschaftskörper zustande kommt, wie es oftmals in der Vergangenheit doch vorgekommen ist, weil bestimmte Voraussetzungen oftmals anderer Art maßgebend waren, ja ich wage es zu behaupten, die oftmals halt doch vor der jeweiligen erforderlichen Eignung eine bestimmte Rolle gespielt haben.

Es möge dem Land Steiermark gelingen, diese Gesundheitspolitik in diesem Maße fortzusetzen, die Einrichtungen laufend so zu modernisieren, sie zu gestalten und sie auszustatten, daß sie echt der steirischen Bevölkerung dienen. Es möge aber auch im Lande Steiermark endlich zwischen Sozialversicherungsanstalten, Spitalerhaltern, Land Steiermark und der gesamten Ärzteschaft der notwendige Frieden einziehen. Der Ärzteschaft selbst, glaube ich, haben wir ein hohes Maß an Anerkennung auszusprechen für ihre absolut großen Leistungen in allen Fachsparten. Es ist nur schade, daß sie oftmals gehetzt von Seiten ihrer Interessenkammer durch ihren Präsidenten, dabei unterbrochen werden. Das hat die Presse oftmals ausgesagt. Auch Rücksprachen mit sehr namhaften Ärzten, die sicherlich dieser Kammer zwangsläufig angehören, haben mich dazu veranlaßt, diese Feststellung zu treffen. Daher auch an den Herrn Präsidenten Piaty die Einladung, auch er soll nunmehr danach trachten — es hat ja heute irgendwo das nette Wort gegeben —, gescheiter und vernünftiger zu werden. Danke schön! (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abg. Jamnegg. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Jamnegg: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Allzulange, glaube ich, haben wir in der Frage der Spitäler aneinander vorbeigeredet. Und es scheint mir nun doch an der Zeit zu sein, daß wir hier einen neuen Weg gehen und ernsthaft versuchen, miteinander zu reden. Ich stimme mit dem Herrn Kollegen Pichler durchaus überein, wenn er sagt, wir sollen die Fragen der Gesundheit, die Fragen der Spitäler aus dem „parteilpolitischen Gezänk“, wie er es ausdrückte, heraushalten. Meine Damen und Herren, ich teile diese Meinung nicht nur, sondern ich habe seit Jahren selbst diese Anregung gemacht. Daß Sachdebatten, Herr Kollege Pichler, die zu jeder anderen Gruppe unseres Landesbudgets, natürlich auch zu dieser Gruppe und im besonderen zu dem schwierigen Bereich Spitäler, notwendig sind, glaube ich, wird von niemandem in diesem Hause bestritten werden können. Und ich meine, es wäre der Gemeinsamkeit in dieser schwierigen Frage nur förderlich, wenn es auch gelänge, bei Debatten und Gesprächen die gerade in diesem Bereich immer zum Ausdruck kommenden Empfindlichkeiten abzubauen. Ich glaube, das würde uns in der Frage um vieles voranbringen können.

Nun, Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen alle zusammen, wenn heute die Gesundheitspolitik auch weit über den Bereich der Spitäler hinaus gesehen wird und die Vorsorgemedizin zunehmend an Bedeutung gewinnt und wir uns ja auch Sorgen machen Tag für Tag darüber, daß in allen Bereichen unseres Landes die ärztliche Versorgung gesichert wird, so ist für uns jedenfalls aus der Sicht des Landesbudgets und der Aufgaben, die dem Land im Hinblick auf die notwendige Neuordnung unserer Krankenanstalten gestellt sind, der Spitalsbereich dennoch das Problem Nummer eins. Seit Jahren, meine Damen und Herren, haben wir daher angesichts der rasanten Kostenexpansion ja nicht eine Kritik am Ressort an sich geübt, sondern nach nüchterner Beurteilung der Realitäten in diesem Zusammenhang auf die immer bedrohlicher werdende Lage für unsere Spitäler aufmerksam gemacht. Seit Jahren haben wir versucht, den Bund dafür zu gewinnen, hier einmal zu einer generellen Neuregelung im Bereich der Spitalsfinanzierung zu kommen; dies insbesondere natürlich auch in der Richtung, daß der Bund, aufgrund der Größenordnung seines Budgets, sich weit stärker, als das bisher geschehen ist, finanziell in diesem Bereich engagiert. Nun, alle Appelle, die das Land an den Bund gerichtet hat, sind praktisch bisher vergeblich gewesen. Die Frau Gesundheitsminister erklärt sich für die Finanzierung der Spitäler unzuständig, und der Herr Finanzminister kündigt in seinen Budgetreden seit drei Jahren zwar immer wieder an, Schwerpunkte für die Finanzierung der Spitäler zu setzen, aber, meine Damen und Herren, ich frage Sie, wo sind diese Schwerpunkte geblieben? Auch unsere Erwartungen, meine Damen und Herren, daß nun im Zusammenhang mit der neuen Novelle zum Kran-

kenanstaltengesetz das dazu erforderliche Konzept einer dauerhaften und längerfristigen Spitalsfinanzierung beschlossen wird, haben sich nicht erfüllt. Herausgekommen ist — wie Sie alle wissen — nicht mehr als ein unzulängliches Provisorium für die Jahre 1974 und 1975. Der Herr Finanzminister hat von den „hohen Prioritäten“ gesprochen, die die Bundesregierung den Fragen der Gesundheitspolitik beimesse und von „bedeutenden Investitionen“ in diesem Bereich. Meine Damen und Herren, wie verhält es sich wirklich damit?

An Bundeszuschüssen sind für das Land Steiermark für das Jahr 1975 laut Voranschlag zwar um 34,5 Millionen Schilling mehr vorgesehen, also insgesamt 88,6 Millionen Schilling. Der Beitrag zum klinischen Mehraufwand wird um 9,5 Millionen Schilling auf 48,9 Millionen Schilling aufgestockt. Aber, meine Damen und Herren, bei einem Ausgabenrahmen von über 2 Milliarden Schilling im ordentlichen Haushalt für unsere steirischen Krankenanstalten und einem präliminierten Abgang von 660 Millionen Schilling steht der Anteil des Bundes in keiner Relation zu den tatsächlichen finanziellen Erfordernissen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren — erlauben Sie mir, das zu sagen —, noch stehen wir Gott sei Dank nicht vor der entsetzlichen Situation, die da vor wenigen Wochen in Italien eingetreten ist, daß man wegen finanzieller Pleite ein notwendig gebrauchtes Spital zusperren mußte. Soweit, meine Damen und Herren, wird es hoffentlich bei uns niemals kommen. Aber die rasante Kostenentwicklung, die permanente Steigerung des Abganges sollte für alle Verantwortlichen in unserem Staate, nicht nur in der Steiermark, ein Alarmzeichen sein, daß es einer grundlegenden Neuordnung der Finanzierung bedarf und es einfach dazu wird kommen müssen, wenn wir die Funktionsfähigkeit unserer Spitäler auch für die Zukunft sichern wollen.

Nun noch ein Wort zu der am 3. Mai dieses Jahres im Parlament beschlossenen Novelle zum Krankenanstaltengesetz: In Inseraten des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz wird jetzt der Bevölkerung zugesagt bzw. versprochen, daß auf Grund dieser Novelle — und ich darf wörtlich zitieren „ausreichend Betten für akut und chronisch Kranke zur Verfügung stehen werden“. Nicht dazugesagt wird allerdings, daß auf Grund des allseits bekannten Bettenmangels in den Spitälern auch heute noch Patienten Tage, ja Wochen hindurch auf den Gängen liegen müssen. Nicht gesagt wird, wie der versprochene Idealzustand erreicht werden sollte, nachdem das Finanzierungskonzept fehlt, das die Spitalserhalter auch in die Lage versetzt, die Auflagen, die mit diesem Krankenanstaltengesetz verbunden sind, auch de facto zu erfüllen. Nun wird mit 1. Jänner 1975 nach diesem Gesetz die dritte Spitalsklasse abgeschafft. Sie wird ab nun „Allgemeine Gebührenklasse“ heißen. Diese Bestimmungen sind in meinen Augen nicht mehr als Alibi-Bestimmungen, sie haben nicht mehr als einen Alibi-Charakter, denn ändern wird sich, wie wir alle zusammen wissen, zunächst dadurch gar nichts. Was wird denn in Wirklichkeit geschehen? Es werden die Türschilder

ausgewechselt werden. Es wird nicht mehr „3. Spitalsklasse“ daraufstehen, sondern „Allgemeine Gebührenklasse“ und bei den anderen „Sonderklassen“, die Patienten aber werden nach wie vor in den gleichen Zimmern und Sälen mit gleicher Ausstattung untergebracht sein. Ich bin durchaus für die Abschaffung der dritten Spitalsklasse, wenn damit echte Verbesserungen für den Patienten verbunden sind und es sich nicht nur um kosmetische Retuschen handelt, die ich — wenn Sie mir den Ausdruck gestatten — für eine reine Augenauswischerei erachte. Meine Damen und Herren, wir sind im Lande selbst seit Jahren bemüht, im Interesse einer optimalen Versorgung der Kranken für eine Verbesserung in unseren Spitälern zu sorgen; für eine Neuordnung insbesondere innerhalb unserer Krankenanstalten, für die erforderlichen Umorganisationen, die ja jetzt auch im Krankenanstaltengesetz vorgesehen und vorgeschrieben sind, für eine bessere Überschaubarkeit in den Verantwortungsbereichen, auch das finden wir im neuen Krankenanstaltengesetz. Wir haben dafür und für alle noch zu planenden Neubauten seit Juni 1968 die Vorlage eines steirischen Spitalplanes im Landtag beantragt.

Meine Damen und Herren, eine nüchterne Feststellung: Der Spitalplan steht bis heute noch aus, wir waren zwar die Ersten — wenn Sie mir gestatten, auch das anzumerken — die hier in der Steiermark und überhaupt in Österreich die Vorlage eines solchen Länderspitalsplanes gefordert haben. Mittlerweile sind wir das einzige Bundesland in ganz Österreich, das praktisch über keinen solchen Plan verfügt. Wir haben daher am 12. Dezember dieses Jahres neuerlich den Antrag eingebracht, einen Spitalplan für die Steiermark zu erstellen und dem Landtag vorzulegen, wie wir das ja dreimal zuvor in Anträgen verlangt und gefordert haben. Wir stehen nun am Beginn einer neuen Legislaturperiode und im Einvernehmen der Parteien wurde über Vorschlag der Österreichischen Volkspartei beschlossen, im Steiermärkischen Landtag einen neuen Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz einzusetzen. Mittlerweile hat sich dieser Ausschuß konstituiert.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir dazu kurz eine Anmerkung: Ich glaube, wir haben damit nun ein Instrument, ein Gremium, in dem die Fragen der Spitäler und der geplanten Neuordnung in diesem Bereich auch mit den Abgeordneten, und das ist es, was wir immer verlangten, ausführlich beraten werden können. Ich glaube, daß auf die Mitarbeit gerade der Abgeordneten, die ja auch das Budget hier beschließen müssen und vielleicht doch auch Einfälle und Anregungen für Verbesserungen in diesem Bereich vorlegen können, nicht verzichtet werden kann und besonderer Wert gelegt werden sollte. Lassen Sie mich aber auch sagen, Kommissionen, deren Arbeit wir bejahen und sogar selbst angeregt haben, haben in unseren Augen primär eine beratende Funktion und wir sind dankbar, wenn auch dort brauchbare Unterlagen erarbeitet werden können. Lassen Sie mich aber gleichzeitig auch sagen, die erforderliche und verpflichtende Mitarbeit der Abgeordneten kann dadurch nicht ersetzt werden. Wir hoffen daher, daß es nunmehr zu einer konstruktiven Zusammen-

arbeit zwischen Ausschuß und Ressort kommen wird und daß damit, Herr Landeshauptmann Sebastian, die Informationslücken, die es ja weitgehend gegeben hat, abgebaut und geschlossen werden können und daß wir Abgeordnete nicht länger auf Zeitungsmeldungen angewiesen sind, um etwa zu erfahren, daß es jetzt einen Teilplan, einen sogenannten Krankenanstaltenplan, für den Bereich Nord gibt, der aber den Abgeordneten bis heute nicht vorgelegt worden ist. Ich bedaure und reklamiere das, Herr Landeshauptmann Sebastian. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist das Schicksal vom Landesentwicklungsplan!“) Bitte, meine Herren Abgeordneten, ich darf daran erinnern, daß diesbezügliche Landtagsbeschlüsse vorliegen, nur wurden sie nicht exekutiert! Es geht uns nicht darum, den zuständigen Referenten zu attackieren. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Wo es mir so schlecht geht!“) Wir sind, und lassen Sie mich das anschließend sagen, meine Damen und Herren, jedenfalls bereit und voller guten Willen zu einer konstruktiven Zusammenarbeit und haben daher auch vor, diesen neuen Ausschuß unter Ausnutzung aller Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, aktiv zu gestalten.

Ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß auch Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann Sebastian, als zuständiger Spitalsreferent, die positiven Aspekte dieser neuen Möglichkeiten zur konstruktiven Zusammenarbeit sehen und so wie wir bejahen. Wir werden in den kommenden Jahren im Ausschuß und im Landtag im Zusammenhang mit der geplanten Neuordnung der Krankenanstalten bedeutsame Fragen zu beraten und zu beschließen haben. Es wurde in der Generaldebatte schon darauf hingewiesen, daß in der Landesregierung grundsätzlich Übereinstimmung darüber besteht, ein Landesgesetz zu schaffen, mit dem die steirischen Krankenanstalten zu einem selbständigen Wirtschaftskörper, ausgestattet mit einem modernen Management, umstrukturiert werden sollen. Eine Fülle von Arbeit liegt vor uns. Wenn es, meine Damen und Herren, zu diesem Gesetz kommt, und damit zu mehr Eigenverantwortlichkeit in den Spitälern, so heißt das natürlich nicht, daß Landesregierung und Landtag damit von der Verantwortung entbunden werden. Ganz im Gegenteil, beide Organe werden in ganz besonderem Maße ihrer Aufsichtspflicht nachzukommen haben.

Aber darf ich zum Schluß sagen, im Spitalsbereich selbst begrüßen alle aufgeschlossenen Kräfte die Möglichkeit der Realisierung eines eigenen Wirtschaftskörpers. Wenn die Steiermark den Mut hat, diesen Schritt zu setzen, könnte hier ein beispielgebendes Modell, für ganz Österreich gültig, in die Tat umgesetzt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abg. Kohlhammer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kohlhammer: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe nun ebenfalls nach einigen Kollegen erstmals die Gelegenheit, im Hohen Haus zu Ihnen

zu sprechen. Als derzeit jüngster Abgeordneter freue ich mich natürlich, zu einem Thema sprechen zu können, das erstens meinem Alter entspricht und zweitens als sehr positiv betrachtet werden kann. Ich hatte nur nicht damit gerechnet, hier gerade beim Abschnitt 56, der Jugendförderung, einem Profi, Dr. Maitz, zu begegnen. Ich konnte zwar auf Landesebene keine Gegensätze feststellen, nachdem ich jedoch nur einen ganz kurzen Beitrag leisten möchte, hoffe ich, Sie werden mir verzeihen, wenn ich eventuell schon Gesagtes kurz wiederhole: Der steirische Landesjugendbeirat hat am 22. November 1974 eine Resolution verabschiedet und in dieser den Landtag ersucht, für die Jugendarbeit und das Herbergswesen seiner Bedeutung entsprechende Budgetmittel zu beschließen.

Ich darf gleich eingangs loyalerweise feststellen, daß man die vorgenommene finanzielle Aufstockung im Budget 1975, das überwiegend durch Kürzungen belastet ist, sehr begrüßen muß. Für besonders wesentlich halte ich, daß vor allem jene Mittel, die direkt der Jugendförderung zur Verfügung gestellt worden sind oder werden, erhöht wurden. Es könnte dabei natürlich die Frage auftauchen, ob diese Budgetmittel zweckmäßig für die Jugend ausgegeben werden, weil man weiß, daß sich ein eher bescheidener Prozentsatz von jungen Menschen in Jugendorganisationen betätigt. Ich glaube aber, gerade jene jungen Leute — und ich denke dabei nicht nur an Schulabgänger, sondern auch an junge Frauen und Männer, die bereit sind, in Jugendorganisationen mitzuarbeiten — müssen besonders gefördert werden. Gerade ihre Bereitschaft, Anteil am gemeinschaftlichen Wirken zu nehmen, fördert ganz wesentlich, staatsbürgerliches Bewußtsein zu entwickeln und Voraussetzungen zu schaffen, später auch Verantwortung im größeren Rahmen zu übernehmen. Ich will damit nicht sagen, daß der immer größere Teil, der nicht im Rahmen von Jugendgemeinschaften tätig ist, pauschal zu kritisieren wäre. Ganz im Gegenteil, auch unter diesen jungen Leuten gibt es sicher eine ganz beachtliche Zahl, die sich für die Gemeinschaft und den Staat interessieren und nur bisher nicht entsprechend angesprochen werden konnten. Vielleicht darf ich aber den Anlaß benützen, soweit es mir zusteht, um den mit großem Idealismus arbeitenden Jugendfunktionären Dank zu sagen. Die Bedingungen, unter denen sie arbeiten, werden von Jahr zu Jahr schwieriger, außerdem hören sie allesamt ein Danke recht selten. Der schönste Dank ist aber sicherlich, wenn sie ihr Bemühen und ihre Leistungen insofern anerkannt sehen, indem man ihnen die Arbeitsmöglichkeiten gibt, und dies ist erfreulicherweise in diesem Budget zum Ausdruck gekommen. Die hohe politische Reife junger Menschen wurde auch insofern anerkannt, als steirische Politiker dem Rechnung getragen und hier im Hohen Haus beschlossen haben, das passive und aktive Wahlalter auf 21 bzw. auf 18 Jahre herabzusetzen.

Manche Leute stehen der Jugend negativ gegenüber. Zugegeben, ihr gutes Recht, wenn man von den naturgemäß unterschiedlichen Interessen ausgeht. Ganz wesentlich ist daher, meiner Ansicht nach, daß allen Altersgruppen anteilmäßig ihr

Recht auf aktive Kritik und konstruktive Mitarbeit eingeräumt wird. Der deutsche Soziologe Schelski versuchte das Verhalten der Jugend unserer Zeit zu analysieren. Er kam zu einem erstaunlich positiven Ergebnis. In seinem Buch „Die skeptische Generation“ zeigt er auf, daß sie allen Fragen besonders skeptisch gegenüberstehe, aber für eine gute Sache absolut zu begeistern sei. Die heutige Jugend hat bzw. sucht Ideale, das beweist sie jeden Tag vielfach. Sie ist jedoch nicht für Schlagworte zu haben und sollte nicht ungerechtfertigt enttäuscht werden. Alle im steirischen Jugendbeirat vertretenen Gruppen geben überdies ein sehr positives Beispiel, indem sie trotz oft starker politischer Gegensätze bisher noch immer einen gemeinsamen Weg gefunden haben. Nach meinen Informationen gab es in den vergangenen Jahren keinen einzigen Mehrheitsbeschluß. Vielleicht sollte man hier einiges an demokratischem Verhalten in andere Gremien transferieren. Einen schwachen Punkt hat meiner Meinung nach die Jugendförderung doch, und es hat mich also leicht erstaunt, daß gerade der Posten Aktion gegen Schmutz und Schund eine Kürzung erfahren hat. In einer Zeit, wo gerade dieses Problem besonders heikel ist, sollte dieser Posten nicht unbedingt vernachlässigt werden. Vielleicht waren die Ausgaben bisher nicht immer ganz normgerecht, wie man aus dem Kontrollbericht herauslesen könnte. Man sollte sich aber trotzdem wirkungsvolle Maßnahmen einfallen lassen. Auch müßte den schädlichen Einflüssen der Vergnügungsindustrie schwerpunktmäßig entgegengearbeitet werden. Als besonders wesentlich erscheint, meine Damen und Herren, daß wir wirksame Maßnahmen gegen den Drogenmißbrauch ergreifen bzw. hier den Einhalt gebieten, da besonders die Jugendlichen sehr gefährdet sind und ganz fürchterliche gesundheitliche Schäden heraufbeschworen werden.

Sehr positiv möchte ich ebenfalls wie Dr. Maitz die Aufstockung des Postens für das Herbergswesen beurteilen. Die Steiermark zählt zu jenen Bundesländern, die über die modernsten Jugendherbergen verfügen. Wir begrüßen außerordentlich, daß vor allem die Begegnung junger Menschen gefördert wird, um so mehr, als diese Begegnung über die Grenzen hinweg geschieht und neben der Verständigung und dem dadurch gewonnenen Verständnis füreinander auch erwartet werden kann, daß Menschen, die in jungen Jahren unser Land kennenlernen, auch später als Gäste wieder gerne zu uns kommen werden.

In einer Zeit, in der die materiellen Werte eine derartige Bedeutung haben, ist es sicher eine sehr gute Sache, den Sinn für die Natur wieder zu entdecken, das Wandern und jede andere sinnvolle körperliche und geistige Freizeitgestaltung zu ermöglichen und zu fördern. Wozu würden wir sonst für mehr Freizeit eintreten, wenn sie nicht sinnvoll genutzt und sie jeder einzelne voll genießen kann? Abschließend darf ich aus Überzeugung sagen, daß ich jede sinnvolle Investition für die Jugend für eine gut angelegte Investition halte; denn die Jugend muß die Welt von morgen gestalten und einen schönen und sorgenfreien Lebensabend der vorangehenden Generationen ga-

rantieren. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer zu Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im außerordentlichen Haushalt der Gruppe 5 sind 138 Millionen Schilling für den Ausbau der Krankenhäuser vorgesehen, davon für das Landeskrankenhaus Bruck a. d. Mur 10 Millionen Schilling — ich nehme an, daß es sich hier um den Beginn des Projektes handelt — und für das Landeskrankenhaus Leoben 57 Millionen Schilling. Bevor ich mir erlaube, einige Gedanken zum Problem der Gesundheitspolitik mitzuteilen, möchte ich zwei Resolutionsanträge hier noch besonders unterstützen; zwei Resolutionsanträge, die im Finanz-Ausschuß von allen drei Parteien einstimmig beschlossen wurden.

Der erste Antrag betrifft die Errichtung einer medizinischen Abteilung am Landeskrankenhaus Bad Aussee, wie dies auch im Gutachten des deutschen Krankenhausinstitutes festgehalten ist. Ich glaube, Bad Aussee ist das einzige Regionalkrankenhaus, das noch über keine medizinische Abteilung verfügt. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Eisenerz, Mariazell!“ — Landesrat Bammer: „Darf's ein bisserl mehr sein?“) Zum zweiten Antrag, Herr Landeshauptmannstellvertreter, bitte ich Sie dringend, sich die sanitären Verhältnisse des Landeskrankenhauses Rottenmann anzusehen, diese einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und entweder einen Ausbauplan vorzusehen, der die Generalsanierung von Rottenmann in absehbarer Zeit ermöglicht, oder, wenn dies — was ich sehr befürchte — in absehbarer Zeit nicht möglich ist, für Rottenmann hinsichtlich der sanitären Probleme Zwischenlösungen vorzusehen. Wenn ich sagte, ich befürchte es, so möchte ich das damit begründen: Wenn mit Bruck jetzt begonnen wird und dieses Vorhaben vielleicht in 5 bis 10 Jahren fertiggestellt sein wird, kann Rottenmann auf eine Zwischenlösung nicht verzichten. Ich möchte dies kurz mit einigen Beispielen unterstreichen: Im Landeskrankenhaus Rottenmann haben bis zu acht Patienten ein Waschbecken zur Verfügung, es sind die Bäder im Altbau nur über die Teeküche erreichbar, ich weiß nicht, ob es so etwas woanders noch gibt, und es sind beispielsweise die Toiletten im Neubau gänzlich den heutigen Erfordernissen nicht entsprechend.

Der Herr Landesrat Bammer hat schon den Entwurf gemacht, „Darf es ein bißchen mehr sein?“; ich bin zwar kein Krankenhausexperte, möchte aber doch ein paar Gedanken zur Frage der Finanzierung des Gesundheitssystems nach meinen Überlegungen mitteilen: Herr Abg. Brandl hat vor ein oder zwei Jahren in einer Rede zu diesem Kapitel gesagt, „Leben und Gesundheit lassen sich nicht bewerten.“ Auch Herr Abg. Pichler hat in diese Richtung argumentiert. Das ist sicher richtig, was ein Menschenleben wert ist, kann man mit Geld nicht abschätzen. Ich bitte Sie aber trotz aller Fortschritte im Einzelfalle, bei der Behand-

lung von Unfällen usw., doch grundlegende Probleme unseres Gesundheitssystems nicht zu übersehen. Ich will hier nicht die Ausführungen, die vom Institut für Höhere Studien mit dem Titel „Über die Systemanalyse des Gesundheitswesens in Österreich“ stammen, im besonderen zitieren, aber doch, Hohes Haus, einige Fragen, die sich daraus ergeben. Wir können heute einem Unfallverletzten sicher mit den modernsten Operationsmethoden unwahrscheinliche Hilfen angedeihen lassen und Wiederherstellungsmöglichkeiten geben. Trotzdem bleibt das Problem, daß die Zahl der Todesfälle durch Unfälle in Österreich steigt. Wir können heute durch komplizierte Herzoperationen — wir haben das vor einigen Wochen in Südafrika gesehen — einem Menschen zwei Herzen einsetzen, damit er noch eine Chance bekommt, sein Leben zu verlängern. Trotzdem müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß die Zahl der Herz- und Kreislauftodesursachen im Zunehmen ist, und zwar nicht wegen einer zunehmenden Altersgrenze, denn in den letzten Jahren ist auch in den Industriestaaten die Lebenserwartung wieder rückläufig. So könnte man die Beispiele fortsetzen. Es nehmen auch die Erkrankungen der Atemwege zu, es ist die Krebserkrankung nach wie vor ein ungelöstes Problem und es sind vor allem die geistig-seelischen Erkrankungen in einem erschreckenden Zunehmen begriffen, wie beispielsweise eine Untersuchung aus Amerika zeigt, wo schon 80 Prozent des Spitalsbettenbelages durch diese Krankheit beansprucht werden. Oder man müßte die Frage stellen, warum gibt es in Österreich über 150.000 Alkoholranke. Ich meine also, trotz aller Fortschritte in der Medizin, in der Behandlung des Leidens des einzelnen ist die Frage zu stellen, ob nicht die Gesellschaft als Ganzes krank ist, ob nicht das gesamte System, in dem wir leben, irgendwo Schwächen und Verhaltensweisen aufzeigt, die zu diesen Gesamtergebnissen führen.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich meine, daß man dieses Problem allein, ich betone ausdrücklich, dieses Problem allein, über mehr Krankenhäuser, über moderne Ausrüstungen, über mehr Ärzte usw. nicht lösen können. Damit konnte das Gesamtproblem, wie die Gesundheit der Bevölkerung insgesamt, gehoben werden, nicht gelöst werden, denn allein der Zuwachs an degenerativen Erkrankungen, wie zum Beispiel Herz-Kreislauf-Erkrankungen usw., würde bedeuten, daß dafür im Jahre 1990 rund die Hälfte des Gesamtsteueraufkommens benötigt werden würde. Der Schluß liegt nahe, daß, wenn die Gesunden diese Steuerleistungen neben allen anderen Verpflichtungen aufbringen müßten, wieder eine Zunahme der Streßbelastungen und damit der Herzinfarkte usw. eintreten würde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, welche Konsequenzen sollten sich aus dieser Gesamtsituation ergeben? Wir müssen uns alle diese Frage stellen, welche neuen Denkanstöße — ob vielleicht vom einen als reaktionär oder vom anderen als fortschrittlich bezeichnet — uns hier auf neue Wege bringen könnten.

Hohes Haus, ich meine folgendes: Es steht außer Streit, daß den sozial Schwachen, den Behinderten,

den Hilflosen jede Hilfe und Unterstützung der Gesellschaft gebührt. Darüber brauchen wir nicht zu reden, da sind wir, glaube ich, alle einer Meinung. Ich meine aber auch als Zweites, meine Damen und Herren, daß die Kosten des Gesundheitswesens — wir haben sie ja heute gehört und reden jedes Jahr darüber — dem Benützer dieser Einrichtungen mehr als bisher bewußt werden müssen. Hier sind wir sicher im Gegensatz zur sozialistischen Fraktion, wenn ich feststelle, der Nulltarif ist das teuerste Finanzierungssystem, das es überhaupt gibt, weil dem einzelnen nicht bewußt wird, welche Kosten er im gesamten und damit umgelegt wieder für jeden einzelnen durch die Benützungen der Nulltarifeinrichtungen verursacht. Es fehlt ihm bei einem solchen System überhaupt jede Abschätzung von Notwendigkeit und Kosten. Und damit sind also die Entscheidungen nicht in dem Maße verantwortungsbewußt zu treffen. Es wäre daher die Frage zu stellen oder die Forderung zu stellen — und das kommt ja auch vor, wir wissen es ja — daß Krankenschein, Rezept und Spitalsbett nicht deshalb beansprucht werden sollen, weil sie nichts kosten, sondern, weil sie notwendig sind. Und es ist auch die Frage zu überlegen, ob nicht ernstlich zu überprüfen wäre, ob Bagatellfälle, kleine Risiken nicht selbst getragen werden sollen, mit Ausnahme der Bedürftigen, die ich schon am Anfang erwähnte, ob wir also diese kleinen Risiken nicht selbst tragen sollen, damit wir eine wirksame Hilfe dann haben, wenn wir sie in entscheidenden Fällen benötigen. Oder mit einem anderen Beispiel, meine Damen und Herren, überlegen wir, ob vielleicht Kopfwehpulver und Schnupfensalbe nicht jeder sich selbst bezahlen sollte, um dafür bei ernster Krankheit einen Arzt zu haben auch im Berggraben, auch am Sonntag, auch zur Nachtzeit und wenn er es eben benötigt im Spital ein entsprechendes Bett mit den entsprechenden Einrichtungen.

~~Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Meiner~~ Ansicht nach wäre auch zu prüfen, wieviel Geld die Krankenversicherungen durch das nivellierte Pauschalsystem unnütz ausgeben, wie viele Leistungen honoriert werden, die keinen Beitrag zur Verbesserung der Gesundheit bringen. Meine Damen und Herren, und noch eine Überlegung. Es sollte jede Möglichkeit, die Selbsthilfe zu erhalten und zu fördern, genützt werden. Denn trotz des mehr oder minder perfekten Wohlfahrtsstaates — und hier befinde ich mich mit dem Herrn Landesrat Gruber mit seinen früheren Ausführungen durchaus in Übereinstimmung — sollen das soziale Gewissen und die Verpflichtungen der Familien der Angehörigen nicht verkümmern. Und eine Möglichkeit zur Förderung dieser Selbsthilfe sind eben die schon erwähnten Einrichtungen, wie Behindertenbeihilfen, Hauskrankenpflege. Auch der Wohnungsbau ist, wenn er die Möglichkeit des Zusammenlebens verschiedener Generationen fördert, hier als Beispiel zu erwähnen.

Es ist also in allen Fragen auch der Gesundheitspolitik den Familien zu helfen, ihre sozialen Aufgaben zu erfüllen und erst dann, wenn diese nicht dazu fähig sind, wenn es ihnen nicht möglich ist, sollen andere Einrichtungen beansprucht

werden. Und zu dieser Selbsthilfe rechne ich auch das Landärzteproblem. Schauen Sie, man kann jetzt debattieren, ob man einem Arzt zumuten kann, irgendwo in Obnabarn oder in Selzthal oder in Hieflau, um einige Beispiele zu nennen, eine Praxis zu eröffnen. Es ist einmal so, daß es auch Landgebiete gibt und dort leben ja auch andere Menschen, ich meine also, zumutbar ist es für jede Berufsschicht, alle Teile der Steiermark zu bewohnen und dort ihr Brot zu verdienen. Aber lösen wird man das Landärzteproblem meiner Meinung nach am besten dadurch können, indem man den großartigen Fortschritt unseres Schulsystems auch dahin nützt, daß die dort lebende Bevölkerung mehr Kinder in die Mittelschulen, in die höheren Schulen schickt und daß von dort die Ärzte ausgebildet werden und wieder dorthin zurückgehen, um in diesen Heimatgebieten, von wo sie kommen, eben den Menschen zu helfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist also zur Ausgangsfrage zurückzukehren: Ist unsere Gesellschaft krank, und wenn ja, was kann dagegen getan werden? Wo liegen die Ursachen? Einige Beispiele hat die Frau Abgeordnete Mag. Hartwig gestern auch erwähnt. Wir müssen uns also fragen — und das ist auch eine Aufgabe politischer Instanzen — welchen Sinn und welche Lebenserfüllung geben denn heute unsere wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Einrichtungen den Menschen? Wie steht es um die Familie, um die Ehe, um den Beruf und um sonstige Gemeinschaften? Was bedeutet dem einzelnen der Staat und die Gesellschaft? Und wir müßten auch die Frage stellen, welche Wertvorstellungen bewegen unsere Menschen und wie müßten wir uns bemühen, daß sie nicht verlorengehen, um dem Menschen Lebensinhalt und Lebenssinn zu geben. Das Glück des Menschen — wie die Frau Professor gestern gesagt hat — hängt nicht allein von seinem materiellen Status oder von seiner materiellen Erfolgsleiter ab. Hohes Haus, Gesundheitspolitik muß beim gesunden Menschen beginnen, erkennen wir diese umfassende Aufgabe, die auf Körper, Geist und Seele des Menschen einwirkt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Abgeordnete Primarius DDr. Stepantschitz zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. DDr. Stepantschitz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wenn ein Rettungsauto mit Sirene und Blaulicht durch die Stadt eilt, ist es immer noch auch für die Bevölkerung ein irgendwie aufregendes Ereignis. Man bewundert den Fahrer, wie er sich durch den Verkehr schlängelt und man bedauert wohl auch den, der in diesem Wagen drinnen liegen mag. Nun, wenn diese Rettung gut durch die Stadt gekommen ist, dann kann es halt leider immer wieder passieren, daß sie im Verkehr des Krankenhauses selbst stecken bleibt. Es ist dies heute ja schon angeklungen, ich darf nur eines noch dazu sagen, meine Damen und Herren, diese Verkehrsregelung ist vom Konzept her falsch. Denn wenn

ich als Einfahrt nur eine Spur habe, die zu benutzen ist, sowohl von Rettungsautos, von Besuchern und Ärzten, so kann natürlich eine Kontrolle nicht wirksam sein, denn sonst wird man immer wieder ein Rettungsauto an der Einfahrt behindern.

Meine Damen und Herren, ich bin mit diesem Beispiel heruntergestiegen von dem höheren Stadium meines Vorredners auf die Realitäten des Krankenhauses. Ich darf Sie bitten, sich doch noch einige Wünsche anzuhören, die uns bewegen, die wir mit den Menschen arbeiten müssen, die nun einmal krank geworden sind, aus welcher Ursache und aus wessen Verschulden immer.

Meine Damen und Herren, im neuen Anstaltengesetz sind sehr viele Kannbestimmungen. Das halte ich für erfreulich, denn die Landesregierung, der Landtag soll auch die Möglichkeit haben, echt gestaltend miteinzugreifen. Eine dieser Kannbestimmungen ist die Frage einer allenfalls einzurichtenden kollegialen Führung. Es hat der Herr Kollege Pichler früher in dankenswerter Weise so sehr nett über die Führung der Ärzte in den Krankenhäusern gesprochen und ich glaube, es steht doch wohl außer Streit, daß die Abteilung von einem Arzt zu führen ist, der verantwortlich ist für das Geschehen in dieser Abteilung. Wenn man von kollegialer Führung spricht, kann es sich also nur um die Anstalt als solche handeln. Nun, ich will auf die Einzelheiten, die uns hier bewegen und die wir uns zu überlegen haben, nicht eingehen, dazu wird ja noch Zeit genug sein und wir werden das hier auch noch zu erörtern haben. Darf ich nur gleichsam zur Diskussion stellen: Selbstverständlich muß eine Führung da sein und selbstverständlich muß dieser Mensch, der das führt, Führungseigenschaften haben. Führungseigenschaften kann nun ein Arzt haben und kann ein Jurist haben, kann aber auch jemand haben, der nicht studiert hat. Es geht bei der Führung von großen Anstalten darum, daß man einen echten Managertyp findet — bitte entschuldigen Sie das Fremdwort — der organisieren kann und der das Talent dazu hat. Wenn unter einer solchen Führung alle beigezogen werden, die mit dem Betrieb einer Krankenanstalt zu tun haben, so würden wir das sehr begrüßen. Es geht um die Mitarbeit aller, die im Krankenhaus arbeiten, auch um die Mitarbeit und Mitbestimmung der Schwestern, der Angestellten, vielleicht auch jener Schwestern, die in der Hauskrankenpflege dann tätig sind, denn auch der Kontakt mit draußen ist ja wesentlich und auch die Befragung und Mitbestimmung der einweisenden Ärzte. Auch dieser Kontakt ist sehr wesentlich. Wenn man ein solches beratendes Gremium in Zukunft der Führung begeben würde, könnte zweifellos zum Wohle der Patienten etwas getan werden. Sie werden wahrscheinlich gleich sagen: Ja, und was ist mit der Vertretung der Patienten? Auch dieses Kapitel wäre zu erörtern, es ist jedoch sehr schwer, zu sagen, wer kann die Patienten richtig vertreten. Es müßte jemand sein, der bereits im Krankenhaus war.

Meine Damen und Herren, was uns im Krankenhaus Graz am meisten bedrückt, ist die ständige Überfüllung bzw. der Überbelag. Es kommt immer wieder vor, daß Patienten in irgendeinem Eckerl eines Ganges sterben müssen. Ich mache dafür

niemanden verantwortlich, es liegt im System, die Situation ist aber einmal so und wird sicher noch eine Zeit so bleiben. Es gibt aber im Landeskrankenhaus Graz zwei Arten von Krankenanstalten, und zwar eine sehr moderne und geräumige Klinik und eine ältere und sehr enge Klinik. Es kommt vor, daß man sagt, ja dort, in dem schönen neuen Zimmer darf man keine Notbetten aufstellen, und die Notbetten werden dort aufgestellt, wo ohnehin von vornherein kein Platz ist. Auch dies wäre eine Frage, wo die Organisation des Krankenhauses Graz wohlthuend eingreifen könnte.

Nun einige Vorschläge, wie man vielleicht die Aufenthaltsdauer im Landeskrankenhaus Graz etwas herabsetzen könnte: Wir haben auch Leute zu untersuchen, die kommen, weil sie sich krank fühlen und ein Verdacht auf eine Krankheit besteht, das sind die sogenannten Diagnosefälle. Ich könnte mir vorstellen, daß man hier eine Diagnosestraße organisiert. In Zusammenarbeit mit allen in Betracht kommenden Abteilungen, wo ein Konzept erarbeitet wird und nach einem bestimmten Schimmel vorgegangen wird, so daß sich diese Untersuchungen beschleunigen. Es kommt doch vor, daß man auf eine Nierenuntersuchung bei einem Patienten, dem an sich nicht viel fehlt, vier bis fünf Tage warten muß und dadurch das Bett belegt ist. Auch aus diesem Grunde wäre die Einrichtung einer Diagnosestraße sehr zu begrüßen.

Schwerer wird es bei den nächsten beiden Vorschlägen sein, die mit Kosten verbunden sind. Ich muß dies aber anmerken, damit man nicht glaubt, wir haben das übersehen. Erstens ist das die immer wieder genannte Bettenstation, wo man jene Patienten unterbringen kann, die keine intensive Behandlung mehr notwendig haben, aber doch aus irgendwelchen Gründen noch nicht nach Hause geschickt werden können. Das zweite Problem, das ich auch erwähnen möchte, ist folgendes: Es gibt in Tobelbad ein wunderbares Rehabilitationszentrum für Verunfallte. Wir haben keine Anstalt für jene Patienten, die das Unglück hatten, einen Schlaganfall zu erleiden. Es gibt keine Möglichkeit einer Intensivbehandlung solcher Patienten durch Massagen, Unterwassertherapie usw.; diese Patienten stellen echte Notstandsfälle dar. Das wäre ein Anliegen, wo doch das Land eingreifen müßte.

Eine nicht so wesentliche Frage, die aber auch vorgebracht werden soll: Zu den besten Einrichtungen des Krankenhauses gehört zweifellos die Küche, die allgemein gelobt wird. Ich freue mich, daß jetzt auch die Rettungsleute, die Patienten abliefern und sich länger im Krankenhaus aufhalten müssen, dieses Essen gegen ein sehr geringes Entgelt beziehen dürfen; vielleicht könnte man dieses Essen auch jenen Studenten vermitteln, die gerade als Praktikanten tätig sind, das werden ungefähr 20 im Tage sein. Diese Studenten sind ja eine echte Hilfe bei der Betreuung der Kranken.

Meine Damen und Herren, es gibt verschiedene Statistiken, die sagen, was zu tun ist, damit die Leute nicht mehr krank werden. So ganz sicher bin ich jedoch nicht, daß alle diese Hoffnungen aufgehen werden. Es gibt auch andere Spekulationen, die uns sagen, daß etwa um das Jahr 2000 die Kosten

für die Gesundheitspflege 50 Prozent des Staatshaushaltes ausmachen werden. Es wird sicher nicht dazu kommen, weil sich das kein Staat leisten kann; das heißt also, daß man sich einschränken muß, das heißt, daß es einfach nicht möglich sein wird, alle medizinischen und technischen Fortschritte jedem zukommen zu lassen. Es geht darum, das Möglichste zu tun. Man könnte gerade im Landeskrankenhaus Graz noch einiges tun, um mit den vorhandenen Mitteln — ich will Sie ja nicht überfordern, Herr Landeshauptmann, ich weiß, Sie sind bereit, alles zu tun — möglichst rationell vorzugehen. Es wird wichtig sein, vordringlich jene Apparate anzuschaffen, die für den Routinebetrieb notwendig sind. Ich weiß, es ist auch notwendig zu forschen, doch viel wichtiger ist es, daß jene Apparate vorhanden sind, die man für den täglichen Betrieb benötigt.

Ich möchte noch etwas sagen, es klingt vielleicht nicht populär, aber es muß einmal ausgesprochen werden: Es ist nicht möglich, daß man überall alles macht, es ist auch keine Schande, wenn etwas, was nur selten vorkommt, auch nicht in Graz gemacht werden kann, sondern etwa nur in Wien. Wir müssen die Mittel, die vorhanden sind, rationell einsetzen.

Zur Zentralisierung des Labors: Auf diesem Gebiet sind nicht sehr überwältigende, aber doch Fortschritte gemacht worden, man erkennt hiebei wenigstens den guten Willen, das möchte ich feststellen. Ich darf aber noch etwas sagen, was die Rationalisierung betrifft; wir haben Apparate, die einige Millionen Schilling kosten; ich glaube, es ist auf die Dauer nicht vertretbar, daß diese Apparate nur etwa sechs Stunden im Tag arbeiten. Man wird sich echt überlegen müssen, inwieweit man zur Schichtarbeit übergeht, daß man die Behandlung und Untersuchung von stationären Patienten zum Beispiel am Vormittag macht und die Ambulanz auf den Nachmittag verlegt. Man soll sich genau überlegen, wie man die vorhandenen Apparate wirklich rationell einsetzen kann. In diesem Zusammenhang noch kurz: Im Krankenhaus Graz sind doch viele Möglichkeiten gegeben, man wird im Rahmen der jetzt immer populärer werdenden Gesundenuntersuchung und der Rationalisierung des Betriebes sich Gedanken machen müssen, inwieweit man diese Möglichkeiten auch der Gesundenuntersuchung zugänglich macht.

Nun noch zum Schluß etwas: Vor mehr als 30 Jahren, im zweiten Weltkrieg, wurde das Landeskrankenhaus Graz mit einem Tarnanstrich versehen, der heute noch bei vielen Gebäuden da ist — ich würde nun aber meinen, so schlecht sind wir doch auch wieder nicht! Es ist so, daß man bei einer Debatte auf das hinweist, was nicht paßt und besser gemacht werden sollte, man spricht aber meist nicht davon, was alles gut ist. Ich habe erst unlängst erfahren, daß es eine Arbeitsgemeinschaft von steirischen Betrieben gibt, die zusammenarbeiten mit persischen Ärzten, die in Graz studiert haben, und ein Krankenhaus für Persien projektieren nach dem Beispiel des Grazer Landeskrankenhauses, so daß theoretisch die Möglichkeit besteht, daß unser Landeskrankenhaus Graz ein Schwesterkrankenhaus

in Persien bekommt. Ich glaube, Herr Landeshauptmann, wir müssen uns wirklich nicht verstecken und können den Tarnanstrich jetzt entfernen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

3. Präsident Feldgrill: Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Loidl das Wort.

Abg. Loidl: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Ein Abgeordneter dieses Hauses, der weder Kasenfunktionär noch Standesvertreter der Ärzte ist, hat voriges Jahr hier gesagt, das Ziel der Gesundheitspolitik muß die Sicherstellung einer erstklassigen medizinischen Versorgung und Betreuung der Bevölkerung, aber keineswegs ein ununterbrochener Streit sein. Ich stimme dem selbstverständlich vollkommen bei. Da sich aber nur wenige einen Leibarzt leisten konnten, haben sich allmählich die Krankenversicherungsträger entwickelt, sei es nun für die Arbeiter, für die Angestellten, für die Bauern, für die Selbständigen usw. Diese können natürlich nur die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für eine solche Betreuung schaffen. Es haben sich Ärzte schon lange, bevor es Sozialversicherungsträger gegeben hat, um die Gesundheit von Menschen bemüht, so daß es überhaupt keine Frage ist, daß jetzt um so mehr, wo durch die soziale Krankenversicherung die ganze Bevölkerung Gesundheitsschutz genießt, das Können und die Leistungen der Ärzte wie nie zuvor gebraucht werden. Es ist daher mehr als bedauerlich, daß zwischen den wichtigsten Trägern des Gesundheitsdienstes, nämlich der Standesvertretung der Ärzte und der Sozial- und Krankenversicherung, nun schon seit Jahren Spannungen bestehen und Konflikte ausgetragen werden, die letzten Endes die heilungs- und Behandlungssuchende Bevölkerung treffen. Es ist durchaus verständlich, daß zwischen Vertragspartnern, auch wenn sie einer so großen Aufgabe dienen, wie es die Gesundheit der Menschen ist, Interessenssätze bestehen können. Ich glaube auch nicht, daß immer nur die eine Seite recht hat. Ich habe aber alle Attacken, welche die Ärztekammer Steiermarks, in Wahrheit deren Präsident, gegen die soziale Krankenversicherung seit 1966 geritten hat, zusammengeschrieben. Es sind sechs Maschinschreibseiten voll. Ich glaube, daß die berühmtesten Kavallerieregimenter vor Neid erblassen müßten. Ich muß daher, was ich nicht gern tue, den Herrn Präsidenten sehr persönlich ansprechen und Sie, meine Damen und Herren, angesichts der aktuellen Ereignisse um Verständnis dafür bitten, daß ich aus meinem Herzen keine Mördergrube mache.

Was ist das Ergebnis dieser Attacken? Weitere rein materielle Verbesserungen für die Ärzte ohne die Versorgung der Bevölkerung dort, wo sie so dringend nötig wäre, zu verbessern. Weiters eine außerordentliche Verminderung des Ansehens des Arztstandes in weiten Teilen der Bevölkerung, eine Tatsache, welche ich als außerordentlich bedauerlich erachte. Die gegenwärtige Auseinandersetzung um die Zahnambulatorien in Judenburg und Weiz sind ein Beispiel dafür, wie wenig die Ärzte-

kammer, das heißt ihr Präsident, bereit ist, echte und dringendste Bedürfnisse der Bevölkerung anzuerkennen. (Landeshauptmann Niederl: „Verlesen Sie meine Briefe auch dazu!“) Ich spreche Sie nicht an, Herr Landeshauptmann, ich spreche den Präsidenten der Ärztekammer an. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das ist etwas anderes!“) Und ich werde dann gleich darauf zurückkommen. Nackte, und ich sage ganz bewußt und ausdrücklich, weitgehendst egoistische Standesinteressen sind ihm in dieser Frage wichtiger. Dies war und ist ihm allerdings nur möglich, weil der Gesetzgeber, also die Mehrheit des Volkes, der Ärztekammer Privilegien eingeräumt hat, wie sie kein anderer Berufsstand auch nur annähernd besitzt. Und ich glaube, dies sicher im Vertrauen darauf, daß die Vertreter dieses bis dahin so hoch angesehenen Berufsstandes die großen Rechte und Privilegien nicht nur im eigenen Interesse, sondern vor allem zur besseren Erfüllung ihrer großen, verantwortungsvollen Aufgaben einsetzen.

Herr Präsident Dr. Piaty, die Haltung, die Sie einnehmen und der Weg, den Sie gehen, stellt diese Privilegien bei einem immer größeren Teil der Bevölkerung in Frage. Sie scheinen stolz darauf zu sein und fühlen sich im Recht, die Inbetriebnahme des fertiggestellten Zahnambulatoriums in Weiz mit rein formalrechtlichen Gründen verhindert zu haben, obwohl sich bereits 790 Patienten zur Behandlung angemeldet haben. Was glauben Sie, Herr Präsident, wieviel Verständnis diese Menschen der juristischen Spitzfindigkeit entgegenbringen, daß nicht nur die Ärztekammer gefragt werden muß, sondern auch die drei Zahnärzte in Weiz, die ebenso sicher wie das Amen im Gebet „Nein“ sagen werden. Da werden Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und ähnliches bemüht. Aber ich meine, was recht ist, muß nicht gerecht sein. Aber das läßt sich ändern. Wir, und ich meine da die Gewerkschaften, werden jedenfalls von nun an dafür eintreten, daß der Gesetzgeber dafür sorgt, daß in dieser Frage Recht und Gerechtigkeit miteinander in Einklang gebracht werden.

Aber dessenungeachtet möchte ich das, was ich hier schon vor einem Jahr am Höhepunkt des sogenannten Zahnärztekongfliktes gesagt habe, ausdrücklich wiederholen. Die Gebietskrankenkasse hat nicht das geringste Interesse, irgendwo Zahnambulatorien zu errichten, wenn die zahnärztliche Versorgung unserer Versicherten nur annähernd gesichert ist. Wenn aber so wie in Weiz und Umgebung auf 7000 Bewohner ein Zahnbehandler kommt, anstatt auf 2400, wie es gerade noch tragbar wäre — denn der Herr Professor Langer, der Chef der Zahnklinik der Universität in Wien, ist der Meinung, daß es 1 zu 2000 richtig wäre —, angesichts einer solchen Situation können wir im Interesse der Versicherten nicht anders handeln als die Initiative zu ergreifen, um Versäumnissen und Unterlassungen der Ärztekammer zu begegnen. Für Judenburg, Hartberg usw. gilt das gleiche. Die von der Landesregierung ohne Zweifel objektiv vorgenommene Bedarfsprüfung hat die krasse Unterversorgung des genannten Gebietes mehr als bestätigt. Und nicht umsonst hat ja auch der Bauern-

bund bekanntlich die Errichtung von Zahnambulatorien in ländlichen Gebieten gefordert. In nicht weniger als 49 steirischen Ortschaften mit größerem Einzugsgebiet besteht nach wie vor dringendster Bedarf an Zahnbehandlung. Herr Präsident, hier hätten Sie ein großes Feld für Ihre Initiativen und Aktivitäten, wo Ihnen für jeden Erfolg viele Menschen dankbar wären. Mit kleinlichem und spitzfindigem Streit, der aus Ihrer tiefen Abneigung gegen alles Soziale entspringt, werden Sie das Rad der Geschichte nicht mehr zurückdrehen. Ich bitte Sie, zerbrecen Sie sich lieber den Kopf darüber, wie der sich nunmehr verheerend auswirkende Fehler, den Sie mit der Ausbildungssperre für Dentisten gemacht haben, wieder gutgemacht werden kann. Vor wenigen Tagen wurde ein Memorandum der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse veröffentlicht, aus dem, mit Zahlen ganz genau untermauert, der besorgniserregende zahlenmäßige Rückgang an Zahnbehandlern hervorgeht. Es gibt so viele Probleme zu lösen, so viele Aufgaben zu erfüllen, daß für Streit und Zank weder Zeit noch Kraft vorhanden sein sollten. Ich habe es schon letztes Mal gesagt, weder die Krankenkasse noch der Berufsstand der Ärzte sind Selbstzweck. Beide zusammen haben eine der wichtigsten Aufgaben zu erfüllen. Ich sage noch einmal, es hat bestimmt nicht nur einer recht, aber in der Frage der Zahnambulatorien, Herr Präsident, haben Sie unrecht, das ist die Meinung vieler Menschen bis hinein in Ihre eigenen Reihen und wie mir scheint, bis hinauf zu Ihrem Landeshauptmann. Es ist keine Schande, noch ist es nicht zu spät, dies einzusehen. Wenn es schon Dr. Piaty nicht vermag, der Ärztekammerpräsident müßte dies können. Ich glaube, sich freiwillig auf einer vernünftigen Basis zusammenzufinden, würde der großen Sache, der wir dienen, mehr gerecht. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Pinegger das Wort.

Abg. Pinegger: Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Hier stehe ich, als Patient sozusagen, zwischen den Vertretern der Krankenversicherungsträger und der Ärztekammer. (Abg. Brandl: „Wo fehlt es dir?“) Dazu möchte ich Ihnen, nachdem mich ein Problem berührt, das fernab von Wirtschaft, Bildung und Kultur liegt, das einzig und allein dem Gedanken der Gesundheit gilt, folgendes sagen: Wir alle kennen ja den berühmten Ausspruch: „Ein Gesunder hat tausend Sorgen, ein Kranker nur eine, nämlich die Sorge, gesund zu werden.“ Wir haben festgestellt, daß die Versorgung mit Ärzten in der Gegenwart absolut nicht gegeben ist und laut Vorausschau, ich zitiere hier Frau Bundesminister Leodolter, die festgestellt hat, daß bis in die neunziger Jahre hinein über 2000 Ärzte fehlen werden. Ich habe einer Presseaussendung von heute entnommen, daß dem de facto so ist. Bezogen auf unseren Raum, hier meine ich die Weststeiermark und speziell unseren Bezirk Voitsberg, tritt das gleiche zutage. Die Stadtgemeinde Köflach sucht schon die längste Zeit einen Frauenarzt. In weiterer Folge wird für die

große Stadtgemeinde auch ein Kinderarzt gesucht; es stehen Räumlichkeiten zur Verfügung (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Seit zwei Jahren von der Sparkasse!“), ich kann dies dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter bestätigen, es sind Räume vorhanden, die wohl etabliert sind, doch sind keine Ärzte da. Eines fällt mir in diesem Zusammenhang auch noch auf: Daß man sich jetzt echt Überlegungen macht, und ich möchte absolut nicht zurückblenden zur heutigen Diskussion, die sich dermaßen erhitzt dargeboten hat, in der Frage der Bauernpensionen. Es wird heute wieder aufgezeigt, daß sich diese Situation dann bessern könnte, wenn auch an die Altersversorgung dieser Ärzte gedacht wird. Damit wird sich wieder die Frage eröffnen, gibt es dann anrechenbare Zeiten und wer wird unter Umständen jene Kosten tragen, die sich aus der Pensionsversicherung der Ärzte ergibt. Nach einer Untersuchung sind über 55 Prozent der Ärzte in einem pensionsnahen Alter.

Nunmehr darf ich Ihnen ein praktisches Beispiel bringen: Auf Gemeindeebene haben wir, was den Raum des Södingtales anlangt, in diesem Jahr den einhelligen Beschluß gefaßt, nachdem ein Arzt verstarb, bei der Ärztekammer und beim Geschäftsausschuß der Steiermärkischen Krankenversicherungsträger vorstellig zu werden, um die Planstelle wieder zu besetzen. Es ist ein Raum, der insgesamt über 6000 Einwohner zählt, der nur durch einen praktischen Arzt versorgt ist. Die Ärztekammer hat unser Ansuchen positiv behandelt — ich habe zwei Schreiben hier und bin jederzeit bereit, diese hier vorzulegen — und uns als Gemeinde die Unterstützung zugesagt. In weiterer Folge haben wir erwartet, daß auch der Geschäftsausschuß der steiermärkischen Krankenversicherungsträger diesem unserem Willen und diesen unseren Wünschen Rechnung trägt und uns hier die Zustimmung gibt, nachdem wir von der Gemeindeseite her bereit gewesen wären, die nötigen Räumlichkeiten nicht nur zur Verfügung zu stellen, sondern auch zu adaptieren. Nun, dem war nicht so. Es wurde hier argumentiert, daß in der Steiermark 45 praktische Planstellen, 12 Fachärztstellen und 18 Zahnärztstellen unbesetzt sind. Meine Damen und Herren, das ist aber immerhin keine Entschuldigung, wenn wir für diesen unseren Bereich Ärzte zur Verfügung haben, die geneigt sind, dort ihre Tätigkeit zu entfalten, daß man uns hier die Zustimmung verweigert. Ich würde mich absolut nicht dieser Argumentation anschließen, die lautet, ja, es gibt unzählige Orte in der Obersteiermark, auch in der Oststeiermark und darüber hinaus in der gesamten Steiermark, wo eben in einem Ort kein Arzt ist. Wir waren bitter enttäuscht, bezogen auf beide Fraktionen, daß wir unseren Traum, die Menschen unseres Raumes besser zu versorgen, nicht zum Tragen bringen konnten.

Ich darf aber vielleicht auch folgende Erwägung heute in diesem Raum stellen: Wir hören ja immer wieder, daß die Betten in unseren Landeskrankenhäusern, sowohl in der Landeshauptstadt als auch in der Provinz überbelegt sind. Ich glaube, wenn wir Ärzte hinausbrächten, die diese Leute schon im Frühstadium einer Behandlung zuführen könnten, daß wir hier einen Überbelag unter Um-

ständen abbauen könnten. In weiterer Folge könnten wir uns aber auch — das ist meine Meinung — Kosten einsparen.

Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich darf, nachdem ich schon für den Raum Voitsberg spreche, eine herzliche Bitte an Sie im Zusammenhang mit dem Ausbau des Landeskrankenhauses Voitsberg richten. Zunächst muß ich aber ein Wort des Dankes aussprechen. Wir sind glücklich über die Einrichtung der Intensivstation. Wir hoffen aber nur, daß wir auch das nötige Pflegepersonal erhalten. Um eines würde ich auch noch bitten. In diesem Landeskrankenhaus Voitsberg sind auch unzählige Menschen im Dienste der Kranken tätig. Diesem Personal sollten im Zuge dieses Ausbaues jene Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, die ihnen die Arbeit im Dienste der Mitmenschen erleichtern. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Abgeordnete Dr. Piaty. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Piaty: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich verfüge nicht über jenes Maß an Selbstsicherheit, um nicht zu sagen Anmaßung, um mir selbst eine Zensur zu erteilen, wie weit ich vernünftig und gescheit geworden bin. Ich vermag nur eines zu sagen, daß ich jetzt 5 Jahre in dieser Landstube tätig bin und ein gewisses Maß an Einsichten und Erfahrungen gewonnen habe. Und daß diese Einsichten sich auch darin äußern, daß die Engagementkurve, wenn ich es so sagen darf, hier in diesem Raum mit der fortschreitenden Dauer des Aufenthaltes keine steigende, sondern eher eine abflachende ist. Wenn man hier eintritt, so hat man den Wunsch nach politischer Gestaltungsmöglichkeit. Diese politische Gestaltungsmöglichkeit kann sich letztlich nur darin äußern, daß man etwas zu ändern in der Lage ist. Etwas zu ändern, von dem man mit Recht oder Unrecht glaubt, daß es änderungswert sei. Wir sprechen heute über ein Budget, das bereits beschlossen ist, nämlich durch die Landesregierung. Man durfte das als Abgeordneter aus der Zeitung erfahren. Es ist daher so eine Diskussion über das Budget als solches auch im Kapitel 5 nicht sehr sinnvoll, denn über was sollten wir diskutieren, eigentlich am ehesten noch über die Untervoranschläge. Aber, meine sehr Geehrten, wenn Sie diese in die Hand nehmen, ist man als einfacher schlichter Abgeordneter ja gar nicht in der Lage, ohne Kenntnis der Motivation oder der Entscheidungsunterlagen selbst Entscheidungen treffen zu können. Obwohl die Verfassung unseres Landes — es wäre empfehlenswert, daß wir jedesmal einmal im Jahr diese Verfassung in die Hand nehmen würden, um sie zu lesen — die Rechte und Pflichten des Abgeordneten festlegt, hat die politische Wirklichkeit das oberste legislative Organ längst in die Funktion notarieller Beglaubigung verdrängt. Die vom Verfassungsgeber, unseren politischen Vorvätern, vorgesehene Möglichkeit der Willensbildung reduziert sich nur mehr auf eine Meinungsäußerung und von dieser Meinungsäußerung möchte ich frei-

mütig im Sinne der zitierten Verfassung als einzelner Abgeordneter auch Gebrauch machen. Und diese Meinungsäußerung, Sie wissen, ich verrate kein Geheimnis, ist nicht immer leicht, sie ist letztlich klubgefiltert und sie ist letztlich entsalzt. Es ist kein Wunder, daß allfällige Versuche, denen man am Anfang einer Tätigkeit als Abgeordneter leicht erliegt und denen auch Ältere — ich höre es bei meinen Vorrednern — immer wieder noch erliegen kann, nämlich beim Fenster hinauszureden, ziemlich frustrierend sind. Letztlich müßte man draufkommen: Vor diesen Fenstern, selbst wenn sie offen wären, steht niemand. Die kultiviert gepflegte, sachliche Atmosphäre dieses Hauses, die in diesen Budgetdebatten abrollt, mit einer Perfektion wie in einem Drehbuch, gestattet nur ganz vereinzelt Extempores einzelner Mitglieder und es wundert einen dann nicht, wenn jedes Spannungsmoment fehlen muß, das letztlich allein in der Lage wäre, Interesse zu erzeugen. Sie wissen, ich hege keine große Sympathie mit jener unruhigen Jugend, insbesondere den Studenten, deren nicht unberechtigter Anliegen sich die Ultralinke bemächtigt hat, wenn ich aber den Widerspruch zwischen geschriebener Verfassung und politischer Wirklichkeit sehe, verstehe ich vieles an dem Unbehagen, das gerade jene Kreise berühren muß, die politisch interessiert sind.

Und auch im Bereich des Krankenhauswesens zeigt sich nach fünfjähriger Erfahrung, daß Fragestunden am Anfang und am Ende einer Sitzungsperiode nicht ausreichend sind, weil sie auch nicht der Aktualität folgen können. Es zeigt sich, daß es notwendig wäre, daß ein Landtags-Ausschuß — und Gott sei Dank ist einer für Gesundheit konstituiert worden — das Recht haben müßte, oder haben sollte, die Beamten zu befragen und Informationen anzufordern, die dann lückenlos gegeben werden müßten. Gerade im Krankenhaus würde es vorteilhaft sein, daß einmal im Jahr der zuständige Referent dem Landtag in einer ausschließlich diesem Thema gewidmeten Sitzung Rede und Antwort über seine Absichten, über seine Vorstellungen geben müßte, damit ein Abgeordneter Informationen nicht erst aus den Zeitungen erfährt. Ich glaube — und damit kann ich das Kapitel abschließen — daß die vielbeschworene Demokratisierung aller unserer Lebensbereiche an den Türen der steirischen Landstube nicht haltmachen dürfte. Ich glaube auch, daß die Lebenskraft unserer Demokratie, die herausgefordert ist, einen säkularen Kampf mit totalitären Systemen zu führen, sich immer wieder nur dadurch rechtfertigen und unter Beweis stellen kann, daß sie zeigt, wie entwicklungsfähig sie ist und daß sie lebendig bleibt.

Nun zum Krankenanstaltenwesen: Wenn ich das Wort „Krankenanstaltenwesen der Steiermark“ höre, schließe ich die Augen, denn so kann ich leichter ein Bild assoziieren; ein Bild, den Herrn Referenten im flotten Wandergewand, den Rucksack am Rücken. Er blickt optimistisch hernieder. Man fragt, was trägt er denn in diesem Rucksack? Sind es die seit Jahren ungelösten Probleme des steirischen Krankenanstaltenwesens? Der Rucksack muß schwer sein, wenn man lange wandert, wird man leicht

müde. Der einzige Vorteil dabei ist, daß man Gewicht abnimmt — in diesem Falle sogar Mandate. Meine Damen und Herren, Wandern ist in dieser modernen Zeit die langsamste Form der menschlichen Begegnung bzw. Fortbewegung. Sie mag die gesündeste sein, sicherlich, sie ist aber die langsamste. Man müßte die Spitalskommission fragen, ob sie diesem Tempo, dem sie folgt, auch das Gefühl der Gesundheit gegenüberstellt? Langsam bedeutet ja nicht unbedingt, wie es der Volksmund sagt, daß es auch sicher ist, denn wie die jüngste Vergangenheit zeigt, sind nicht einmal die Bescheide sicher, die die Rechtsabteilung 12 erläßt, denn sie werden mit schöner Regelmäßigkeit vom Verwaltungsgerichtshof, wie sie sagen aus rein formalen Gründen selbstverständlich, aufgehoben. Dabei muß ich sagen, ich beneide den Herrn Referenten, er hätte ja die Möglichkeit, in einem Bereich Phantasie, Dynamik und eine fortschrittliche Konzeption unter Beweis stellen zu können, in einem Gebiet, das ungemein populär und ungemein fortentwicklungsträchtig wäre. Aber es scheint so zu sein, daß er mehr für die Erhaltung des Bewährten ist, auch wenn es problematisch erscheint, daß er mehr für Statik ist und mehr für das Abwarten, was in Anbetracht der Schwierigkeiten fast verständlich erscheint. Wäre die Österreichische Volkspartei eine ausschließlich konservative Partei, so müßte sie dem Herrn Referenten eigentlich die Ehrenmitgliedschaft anbieten. Denn, meine sehr Geehrten, das Krankenhaus ist ein wesentlicher Teil einer Gesundheitsstruktur, und ich folge hier dem Generalredner der ÖVP, die eingegliedert sein muß in die gesamte Gesundheitsstruktur. Auch der ambulante Bereich ist nur dann optimal, wenn der ambulante Versorgungsbereich die gleiche funktionelle Gliederung aufweist, wie man es im Krankenhaus schon seit Jahren fordert und wie es jetzt in der zweiten Novelle zum Krankenanstaltengesetz auch für das Krankenhaus festgesetzt ist. Aber die Grundlage einer solchen Gliederung der freien ambulanten Versorgung müßte die Tatsache sein, daß die Primärversorgung ausschließlich durch die niedergelassenen Ärzte wahrgenommen werden müßte und erst die danach liegenden Versorgungsstufen in der ärztlichen Betreuung ganz oder teilweise durch Krankenanstalten oder krankenanstaltenähnliche Einrichtungen übernommen werden sollten. Das kommt schon im Gesetz zum Ausdruck, in dem die freie Praxis durch das österreichische Ärztegesetz und die Krankenanstalten durch das Krankenanstaltengesetz geregelt werden. Was ist es, das heute ein gewisses Unbehagen im gesamten Gesundheitswesen erzeugt?

Das Unbehagen resultiert aus gewissen Anpassungsschwierigkeiten, die in Entwicklungstendenzen liegen, für die niemand echt die Verantwortung trägt. Denn erstens, meine sehr Geehrten, durch die seltensreiche Entwicklung der Krankenversicherung kommt und kam es unweigerlich zu einer Quantitätsmedizin und diese Quantitätsmedizin bedeutet naturgemäß, daß nicht in allen Bereichen mehr die Qualität zu halten ist. Überfüllte Wartezimmer, überforderte Ärzte sind einfach nicht immer in der Lage, allen Ansprüchen gerecht zu werden, die der Patient an ihn stellt.

Das zweite Problem ist das ungelöste Kostenproblem. Selbst wenn es unpopulär ist: Eine Gesinnung des Nulltarifes, ein Modell einer Vollkaskoversicherung im Krankbereich bzw. Krankenversicherungsbereich, wenn man diese Einstellung aufrecht hält, werden wir nicht in der Lage sein, die Problematik der Kostenentwicklung — die eine Eigendynamik hat durch die Entwicklung der Medizin — in den Griff zu bekommen. Es weiß heute niemand eine Lösung, denn die, die es gäbe, wagt man nicht zu äußern, jetzt schiebt man eben die Problematik vor sich her, in der freien Medizin, in der Krankenhausmedizin. Das Problem der Quantität der Medizin wird sich vielleicht lösen können, aber nicht durch Quantität an Ärzten, denn wir haben derzeit in Österreich 2000 Mediziner allein im Erstsemester. Wenn man unterstellt, daß 60 Prozent promovieren werden, sind das in etwa sechs Jahren 1200 Ärzte, bei einem biologischen Ersatzbedarf von jährlich 350 Ärzten, das heißt, wir werden einen Output vom Dreifachen einer Größenordnung haben, wie er notwendig wäre. Trotzdem wird auch eine Quantifizierung nicht das Problem der Qualität lösen können. Es wird immer regional und fachgruppenbedingt da und dort Engpässe in der Versorgung geben, Verdünnungszonen geben, die man nicht füllen kann. Und hier kann nur eines als Korrektiv eintreten, nämlich eine konstruktive Gesundheitspolitik, die eine positive Strukturpolitik betreibt.

Aber eines muß ich Ihnen auch sagen, wenn wir die Jahre zurückblicken, seit wir ein Gesundheitsministerium haben, dessen Gründung ich persönlich begrüße und bejahe, ist nichts geschehen, um etwa den Bereich der freien Praxis, über dessen Unterversorgung Sie hier klagen, zu fördern, sondern es ist alles geschehen, von der 29. ASVG-Novelle bis zur 2. Novelle zum Krankenanstaltengesetz, bis zur 31. ASVG-Novelle, um die Institutionen — sprich Ambulanzen und Ambulatorien — zu fördern. Es hat gestern eine Pressekonferenz der Frau Bundesminister Leodolter gegeben, bei der sie eine Altersversorgung für die Ärzte forderte. Dies ist sicherlich ein ganz wichtiges und eminentes Problem, wenn man bedenkt, daß ein alter Arzt mit 3500 Schilling sicherlich nicht existieren können wird. Aber sie fordert dies in einer Pressekonferenz; sinnvoller wäre es, sie würde es bei ihrem Ministerialkollegen Sozialminister Häuser fordern, aber der Herr Vizekanzler schweigt.

Sie beklagen sich über mangelnde Versorgung an Zahnärzten und glauben nun, als Patentrezept Zahnambulatorien empfehlen zu können. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dem Patienten, der dort sitzt, dessen bin ich fest überzeugt, ist es bestimmt gleichgültig, wo der Behandlungsstuhl steht, für ihn ist nur von Bedeutung, daß der behandelnde Arzt ein gut ausgebildeter Zahnarzt ist. Wir haben aber zu wenig Zahnärzte, und zwar deswegen, weil seit Jahren die Ausbildungsstellen nicht vermehrt werden. Die Frau Minister Firnberg ist zwar mit einem Hubschrauber in Graz eingeflogen, um die Zahnklinik zu besuchen und hat versprochen, die Ausbildungsstellen zu vermehren, aber sie scheiterte leider am Herrn Finanzminister, der bis heute,

trotz der Notwendigkeit, die Mittel nicht zur Verfügung stellt. Wir können heute in Österreich nicht mehr als 80 Zahnärzte pro Semester ausbilden; das ist zweifellos etwas zu wenig. Es hat der Herr Finanzminister ganz eigene Vorstellungen. Ich weiß nicht, ob es Ihnen bekannt ist, daß in der letzten Einkommensteuernovelle die Tatsache des Landarztes, den der Kollege Pinegger so plastisch geschildert hat, in seiner Funktion und in seiner Notwendigkeit damit abgegolten wird, daß man ihm einen Freibetrag von sage und schreibe 5000 Schilling zubilligt, wenn er als praktischer Arzt in Orten mit unter 7000 Einwohnern ordiniert. Ich glaube nicht, daß sich um diesen Freibetrag jemand bewogen fühlt, auf das Land hinauszugehen, um Landarzt zu werden. Die gesamte Bevorzugung der Steuerpolitik orientiert sich ausschließlich am Angestelltenarzt. Die Mehrleistungen, der Nachtdienst, der Sonntagsdienst wird beim Angestelltenarzt steuerlich-gesondert behandelt.

Aber die gleiche Leistung in der freien Praxis wird voll versteuert, ob er 60, 70 und 80 Stunden in der Woche tätig ist, ob er in der Nacht tätig ist, wird der Schilling gleich versteuert, als ob er, sagen wir, den Schilling verdienen würde als Zwischenhändler. Mit einem Wort, diese Steuerpolitik ist ein Musterbeispiel, möchte ich sagen, ein Gustostück, wie man eine negative Strukturpolitik betreibt, die die Förderung der freien Praxis behindert.

Meine Verehrten, warum sind wir für die freie Praxis? Nicht so, wie Sie, Herr Kollege Loidl, glauben, aus irgendeinem Dogmatismus heraus, und Sie tun mir sehr viel Ehre an, wenn Sie etwa in Abwandlung Ludwig des XIV. l'état c'est moi glauben, ich sei schlechthin die Ärztekammer. Es ist die Pflicht, nicht nur das Recht, sondern die gesetzliche Pflicht der Ärztekammer, die wirtschaftlichen Interessen ihrer Kammerangehörigen zu vertreten wie jede andere Vertretung. Und wir machen das sowie-so sehr maßvoll und sehr überlegt. Es sind nicht nur wirtschaftliche Interessen, die wir sehen, es sind andere Überlegungen. Ich glaube, und diesen Satz stelle ich an die Spitze, daß die freie Praxis gerade im Hinblick auf die zukünftige Kostenentwicklung im Gesundheitswesen die billigste, die wirksamste und die persönlichste Form der ärztlichen Versorgung ist. Denn, meine sehr Geehrten, bleiben wir ruhig beim Zahnarzt; der durchschnittliche Zahnarzt arbeitet in der freien Praxis in der Woche 60 Stunden und mehr, er ist in ständiger Bereitschaft erreichbar (Abg. Loidl: „Zwei Tage arbeitet er!“), er hat die Mithilfe, die vielfach unbezahlte Mithilfe seiner Ehefrau. Sein Patient hat die freie Wahlmöglichkeit, denn, wenn er ihm nicht mehr paßt, kann er weg- und zu einem anderen Arzt gehen. (Abg. Preamberger: „Ja, wenn einer da ist!“) Er hat hier in Graz und in anderen Orten genügend Möglichkeiten. Vor allem meine sehr Geehrten, der freie Arzt ist ein braver Steuerzahler, und jetzt sage ich Ihnen die Situation der Ambulatorien: 36-Stunden-Woche, Hilfspersonal, keine Notwendigkeit, auf Gewinn zu arbeiten, sie können auch defizitär sein; das zahlt nämlich die öffentliche Hand, in diesem Fall der Versicherte. Der Patient

hat keine persönliche Wahlmöglichkeit, er wählt die Institution und nicht den Arzt und das Ambulatorium trägt keinen Steuerschilling bei für diese Mittel, die wir für andere Zwecke brauchen. Dort, das sage ich Ihnen noch einmal, wo ärztliche Versorgung nicht möglich ist, wo die personellen oder apparativen Voraussetzungen nicht gegeben sind, würden wir uns nie und nimmer einer Ambulatoriumsgründung oder -errichtung widersetzen.

Und ich mache Ihnen jetzt einen Vorschlag, ich mache den Vorschlag, den ich dem Obmann der Gebietskrankenkasse gesagt habe. Setzen Sie für zwei Jahre Ihre Bestrebungen, uns vor vollzogene Tatsachen zu setzen, ab. (Abg. Pölzl: „Das ist ein faires Angebot!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das interessiert die nicht!“ — Abg. Loidl: „Über dieses Problem streiten wir doch schon Jahre herum, und du sagst, das interessiert uns nicht!“) Ich sage es noch einmal, Sie haben es damals nicht gehört, Sie haben vielleicht die Chance, jetzt zu hören. Und wir werden uns bemühen, in diesen zwei Jahren aus dem Zahnärztenachwuchs Kollegen zu finden, die sich dort niederlassen werden. Ich sage, wir werden uns bemühen und wir werden in der Zwischenzeit mit Hilfe der Zahnklinik und der Zahnärzte in der Zahnklinik eine provisorische Lösung finden, die die Versorgung der Bevölkerung dort, wo sie glauben, daß sie besonders notwendig wäre, überbrückt. Und sollte uns das eine oder das andere nicht gelingen, dann versichere ich Ihnen, daß wir nichts unternehmen werden, keine Rechtsschritte im Sinne der Interessensvertretung unserer Kollegen, um eine Errichtung von Zahnambulatorien zu behindern.

Denn, meine sehr Geehrten, es ist nicht so, wie Sie glauben. Ich darf für uns, meine sehr Geehrten, glaubhaft machen, daß uns eine Sachpolitik, die Frieden bringt zwischen den Partnern, lieber ist, als eine Machtpolitik des permanenten Kampfes und des Krieges. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Gerhard Heidinger: „Gerade der Wirtschaftsbund!“ — Abg. Preamberger: „Wir berücksichtigen das Volksbegehren!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das haben wir gesehen, was Sie davon halten!“ — Abg. Loidl: „Wenn ich daran glauben würde, würde ich klatschen, aber ich glaube ihm nicht!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist Ihre persönliche Sache. Ich glaube ihm!“ — Landesrat Bammer: „Wer sonst?“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde an Ihrer Stelle uns die Chance geben, zu beweisen, ob Sie nun recht haben. Aber Sie versuchen nicht einmal, diesen Beweis anzutreten. Denn es könnte ja ohne weiteres möglich sein, daß ich diese Zusage, die ich Ihnen gebe, nicht erfüllen kann, weil unsere Kollegen nicht mitmachen, dann hätten Sie aber, und auch wir, die moralische Handhabe sagen zu können, es gibt keinen anderen Weg. Aber, daß Sie uns heute versuchen, vor vollzogene Tatsachen zu stellen, daß Sie einen Spruch eines Oberstgerichtshofes so mit der linken Hand abtun, das stimmt mich bedenklich. Denn, meine sehr Geehrten, schon die Größenordnung zwischen Ihnen und uns zeigt, wir bedrohen niemand, keine Gesellschaft mit Machtansprüchen, wir 15.000 österreichische Ärzte. Aber ich kenne einen Verein in Österreich mit einhalb Millionen Mitgliedern, der von sich glaubt, daß er sozusagen Staat im Staate ist, und daß er be-

stimmen wird, was Recht in Österreich ist. (Abg. Fellingner: „Das ist eure Krankheit!“) Das ist nicht unsere Krankheit. (Abg. Brandl: „Die kennen wir. Der OGB hat bedeutend mehr Verantwortungsbewußtsein!“ — Abg. Loidl: „Wenn wir es so machen würden wie Sie, hätten wir einen Trümmerhaufen!“) Meine sehr Geehrten, ich weiß, daß Sie vor großen Schwierigkeiten stehen, daß Sie es nicht leicht haben mit Ihren Anhängern (Abg. Brandl: „Sie haben es auch nicht ganz leicht!“), daß es hier latente Aggressionen und Unzufriedenheiten gibt, denn bei der Preisentwicklung und Wirtschaftsentwicklung werden viele nicht mehr ganz einverstanden sein mit Ihrer Politik. Und ich sehe ein, daß Sie unbedingt sozusagen diese subkutanen Aggressionen und Aversionen, dieses Unbehagen Ihrer eigenen Anhänger kanalisieren möchten in eine andere Richtung und da bietet sich natürlich die Ärzteschaft und die Ärztekammer sozusagen als Feindbild par excellence an, auf das man die Leute ausrichten kann. (Abg. Preamberger: „Das ist eine Unterstellung!“)

Aber nun zurück. Ich würde versuchen, dem Herrn Referenten einige Gedanken zu unterbreiten, die geeignet wären, von ihm aus eine positive Strukturpolitik zu betreiben über das Krankenhaus. Ich würde erstens empfehlen, mehr Konsiliarärzte anzustellen. Ich würde vor allem empfehlen, Konsiliarärzten für Gynäkologie den Eintritt in das Krankenhaus zu ermöglichen und — ich spreche hier vielleicht gegen das Interesse mancher Primärärzte — diesen Eintritt unter Umständen mit Autorität zu erzwingen, weil die Interessen der Gesamtbevölkerung höher sein müssen. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Sie reden jetzt zum Kollegen Wegart. Ich stelle keinen Arzt ein, das wissen Sie genau, ich weiß nicht einmal, wann er eingestellt wird!“) Aber Sie können es beantragen. (Abg. Pölzl: „Das ist aber auch traurig!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Dann wird es Sie ja nicht stören, Herr Landeshauptmann!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Bitte, ich gebe gern die Anregungen an beide Herren weiter. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Wir werden die Frage prüfen!“) Bitte! (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „So wie der Dr. Kreisky, genau so!“ — Landesrat Bammer: „Aber dort wollte er ja nicht hin!“)

Es wäre für uns wesentlich einfacher, in das heute viel zitierte Judenburg einen Gynäkologen hineinzubekommen, der absolut notwendig wäre, wenn man diesem Kollegen die Möglichkeit geben könnte, daß er auch operativ im Krankenhaus tätig sein könnte. Ich würde ferner empfehlen, zu überlegen, ob man nicht einen ambulanten Notarztdienst in Ergänzung zum Ärztenotdienst einrichten sollte, das heißt, daß in jedem Krankenhaus ein Wagen des Roten Kreuzes mit einem Rettungsfahrer bereit sein sollte, um mit einem Arzt dieses Krankenhauses bei Unfällen und großen Akutereignissen unmittelbar an Ort und Stelle fahren und handeln zu können.

Ich würde zu erwägen geben, ob man öffentliche Mittel nicht konzentrierter und gezielter einsetzen sollte. Etwa, um wieder bei Judenburg zu bleiben: Wir haben dort ein Laboratorium des Krankenhauses, in das wird viel hineinvestiert wie in jedes Krankenhaus. Die Krankenkasse errichtet

dort ein Gesundenuntersuchungszentrum, wird also dort auch ein Laboratorium errichten. Und es gibt einige Ärzte, die jeder für sich ein Laboratorium errichten. Glauben Sie nicht, daß es sinnvoller wäre, eine Rechtsform zu finden, wo man ein einziges Laboratorium unter Ein-schluß aller Beteiligten errichten könnte? Das hätte nämlich nicht nur den Vorteil der Kostenersparnis, sondern die Befunde, die dort erhoben werden, wären sozusagen im ganzen Bezirk vergleichbar und das wäre ein fachlicher Fortschritt. Ich würde Ihnen zu erwägen geben, daß man die Akutbehandlung und die Nachbehandlung in den Krankenhäusern räumlich trennt und daß man bereits die Ärzte der freien Praxis gemeinsam mit den Krankenhausärzten in die Nachbehandlung dieser chronisch Kranken einbaut.

Ich würde weiters zu erwägen geben, daß man die Kleinanstalten Eisenerz, Bad Aussee und Mariazell einer Lösung zuführt, entweder daß sie vollwertige Anstalten werden, das heißt zweigliedrige Anstalten, oder daß man das Belegarztsystem reaktiviert, das mit der Grund ist, daß die amerikanische Medizin heute punkto Niveau an der Spitze in der internationalen Wertung steht. Ich würde auch zu erwägen geben, daß man das Problem der Fürsorgeheime in einem gesamten Gesundheitsplan einbaut, denn vielleicht könnte man manches dieser Betten verwenden, um bestimmte geriatrische Erkrankungen behandeln zu können, und zwar unter Einschaltung der dort ansässigen Ärzte. Ich könnte mir auch vorstellen, daß es Zeit wäre, die ersten Schritte zu setzen, um ein medizinisches Dokumentationszentrum hier in der Steiermark zu errichten, um die Daten zu speichern. Ich weiß das deshalb, weil wir heute allein bei den Blutgruppen über 250.000 Blutgruppen haben, die man speichern könnte und die doch von Bedeutung wären für die zukünftige Entwicklung, wobei die Geheimhaltungspflicht und die ärztliche Schweigepflicht garantiert sein muß. Zum Schluß begrüße ich die Bildung eines eigenen Wirtschaftskörpers — nur glaube ich, dieser Wirtschaftskörper wird nur effizient sein, wenn er nicht nur den Sachbereich erfaßt, sondern auch den Personalbereich. Nur wenn beide Bereiche in diesem Wirtschaftskörper konzentriert sind, wird es gehen.

Ich komme zum Schluß: Gesundheitspolitik ist nicht ärztliche Standespolitik, aber es gibt keine Gesundheitspolitik, die ohne ärztliche Standespolitik geführt wird, denn sie sind letztlich das tragende Element einer Gesundheitspolitik; aber Gesundheitspolitik ist auch Gesellschaftspolitik — ich möchte diesen Satz ganz deutlich sagen, und zwar zu beiden Seiten — und jeder Schritt einer Strukturänderung des derzeitigen Systems, das dominant aufgebaut ist auf die freie Praxis, ist nicht bloß ein Schritt aus zeitlicher oder regionaler Momentaufnahme, sondern es muß klar sein, jeder dieser Schritte kann nicht mehr zurückgedreht werden und ist ein Schritt in Richtung eines Gesellschaftsbildes, das nicht mehr Freiheit darstellt, sondern mehr Abhängigkeit bringen wird. Wir sollten uns bei jedem Schritt, der scheinbar pragmatisch

ist, der scheinbar augenblicksnotwendig ist, überlegen, ob es sich auszahlt, einen solchen Schritt zu setzen mit den skizzierten Konsequenzen. Was sich heute abzeichnet in der historischen Entwicklung etwa der Krankenversicherung in Österreich mit der Konzentration, der Zentralisation, zeigt nichts anderes: Hier wird einem staatlichen Gesundheitsdienst ohne ausdrückliche Firmenbezeichnung praktisch in der Entwicklung Vorschub geleistet. Wir sind heute in Österreich so weit, daß der Staat der größte Arbeitgeber ist. Der Staat ist heute der oberste Informant, er hat ein Monopol — siehe ORF. Der Staat entwickelt sich nicht nur als Totalinformierer, sondern auch als Totalinformierter, wenn Sie daran denken, welche Möglichkeit etwa in der Datenverarbeitung, in der Datenspeicherung gegeben ist. Es muß uns klar sein, daß für alle diese Schritte Vorsicht und Überlegung notwendig ist, denn der Bürger hat sich seine Freiheit erkämpft gegenüber absoluten Monarchen. Wollen Sie einen Bürger, der ohnmächtig ist, der unmündig ist, der manipuliert wird und reglementiert wird von neuen absoluten Monarchen, nämlich von anonymen Machtapparaten, wollen Sie eine Entwicklung, die über die Wohlfahrt zur Wohlfahrtsdiktatur führen soll — ich glaube, niemand von uns will das. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich Präsident Ileschitz zu Worte gemeldet. Ich erteile es ihm.

Präsident Ileschitz: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Eine Reihe von Vorrednern hat sich heute mit dem Krankenanstaltenwesen beschäftigt und diese Sache ist so interessant, daß auch ich mir erlaube, mich zu Wort zu melden. Es hat auch der Präsident der Ärztekammer, Herr Dr. Piaty, sich mit dieser Problematik in längeren Ausführungen beschäftigt. Darf ich zum Krankenanstaltenwesen noch einiges Grundsätzliches sagen: Das Krankenanstaltenwesen nach Artikel 12 des Bundes-Verfassungsgesetzes in die Grundsatzgesetzgebung des Bundes. Die Ausführungsgesetzgebung und die Vollziehung obliegt den Bundesländern. Die derzeit geltenden Grundsätze wurden nach dem Bundesgesetz vom 18. Dezember 1956 als Krankenanstaltengesetz geschaffen. Daneben enthalten noch verschiedene Sozialversicherungsgesetze in das Krankenanstaltenwesen fallende Grundsatzbestimmungen vor allem hinsichtlich der Beziehung der Sozialversicherungsträger zu den Rechtsträgern der Krankenanstalten. All diese grundsatzgesetzlichen Vorschriften wurden im Gesetz vom 29. Oktober 1957 ausgeführt. Es wird als Steiermärkisches Krankenanstaltengesetz bezeichnet. Aber schon damals zur Zeit der Gesetzwerdung war man sich im klaren darüber, daß mit fortschreitender Zeit die Novellierung dieses Steiermärkischen Krankenanstaltengesetzes notwendig werden würde, und es gibt nunmehr drei Novellen, und zwar eine Novelle aus dem Jahre 1968 und zwei Novellen aus dem Jahre 1969. Nunmehr aber wurde das Krankenanstaltengesetz mit Bundesgesetz vom 3. Mai 1974 abgeändert und ergänzt. Die Verlautbarung der 2. Novelle zum Krankenanstaltengesetz erfolgte in diesem

Jahre. Diese Änderung wurde notwendig, da besonders in den letzten Jahren die medizinisch-technische Entwicklung eine stürmische war, so daß es zu einer Änderung in der Krankenanstaltenstruktur kommen mußte. Aus dieser vom Bund vorgenommenen Änderung ergibt sich nunmehr zwingend, daß auch das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz wieder zu ändern und zu ergänzen ist. Der hierfür notwendige Entwurf des Landes ist, wie den Mitgliedern des Landtages bekannt ist, in der vorigen Woche zur Begutachtung ausgesandt worden.

Dieser Entwurf, beziehungsweise die zweite Novelle zum Krankenanstaltengesetz beinhaltet eine Neufassung der Begriffsbestimmungen der Krankenanstalten, eine Typisierung der allgemeinen Krankenanstalten und deren Mindestausstattung, die gesetzliche Verankerung des Pflegedienstes, die Installierung eines Krankenhaushygienikers, die grundsätzliche Festlegung von Einzugsgebieten, die Beschränkung auf zwei Gebührenklassen, eine Modifizierung der Gebührenverrechnung, die Erleichterung des Arzneimittelbezuges, die Anpassung der Aufgaben der Anstaltsambulatorien an die geänderten Verhältnisse und die vertragliche Regelung der Pflegegebührenersätze und die Entscheidung von Streitigkeiten durch die Schiedskommission. Außerdem wurde durch unmittelbar anwendbares Bundesrecht eine Erhöhung der Zweckzuschüsse des Bundes zu den Betriebsabgängen öffentlicher und gemeinnütziger Krankenanstalten für die Jahre 1974 und 1975 festgelegt. Es würde den Rahmen meiner Ausführungen sprengen, würde ich auf all die angeführten Änderungen im Detail eingehen. Wohl aber — und das ist begrüßenswert — sollen in den Krankenanstalten neben den Abteilungen für akut Kranke zusätzliche Abteilungen für Langzeitbehandlungen oder innerhalb von Abteilungen getrennte Pflegegruppen eingerichtet werden. Außerdem soll mit dieser Regelung die für die Führung von Tages- und Nachtabteilungen nötige rechtliche Voraussetzung geschaffen werden. Durch die vorausschauende Politik und das damit verbundene Reorganisationsbestreben des Referenten für das Krankenanstaltenwesen der Steiermark, unseres ersten Landeshauptmannstellvertreters Sebastian, und die Mitwirkung der Verantwortlichen der einzelnen Grazer Universitätskliniken, die ja Bestandteile des Landeskrankenhauses Graz sind, wurde eine Neuorganisation durch die Installierung von sogenannten Departments geschaffen. Diese sind organisatorisch ein Bestandteil der Klinik bzw. Abteilung, fachlich jedoch völlig selbständig.

So wird es in Zukunft auch möglich werden, Abteilungen und Departments in Fachbereichen zusammenzuschließen. Selbstverständlich wird es notwendig werden, die Abteilungen und Departments sowie die Stationen in einer überschaubaren Größe zu halten. Sicherlich werden diese Organisationsbegriffe auch rechtlich zu verankern sein und daher in ein Ausführungsgesetz aufgenommen werden müssen. Diese werden in Zukunft eine bedeutende Funktion, die dem Pflegedienst im Rahmen des Krankenhausbetriebes zukommt, zu erfüllen haben und Bestimmungen über die Bestellung einer

verantwortlichen Leitung des Pflegedienstes solcherart in das Gesetz aufgenommen werden. Die Verpflichtungen, daß die Krankenhausträger zur Wahrung der hygienischen Belange geeignete Ärzte als Krankenhaushygieniker zu bestellen haben, ist nur zu begrüßen und es sollen dafür fachlich geeignete Ärzte, die in Krankenanstalten langjährig als solche tätig waren und sich entsprechende Erfahrung aneigneten, Verwendung finden. Dem hat die Steiermärkische Landesregierung schon vor längerer Zeit entsprochen und ihrerseits einen Landeshygieniker installiert. Kein moderner Betrieb, auch nicht unsere steirischen Krankenanstalten werden auf die Dauer sowohl im medizinischen als auch im Verwaltungsbereich ohne elektronische Datenverarbeitung auskommen können. Es ist erfreulich, daß ein solches System bereits für die steiermärkischen Krankenanstalten im Aufbau begriffen ist. Durch die Speicherung von Daten in den Krankenanstalten und die Einführung der Versicherungskarte für jeden Sozialversicherten in Österreich wird es in Zukunft leichter möglich sein, im Dienste der Volksgesundheit und im engsten Zusammenwirken dieser Institutionen zum Wohle der Versicherten zu wirken, um so mehr, als sich die Vorsorgepflicht praktisch auf 90 Prozent der österreichischen Bevölkerung erstreckt. Im Gefolge der Neutypisierung der allgemeinen Krankenanstalten legt zum Beispiel die zweite Krankenanstaltengesetznovelle vor allem aus ökonomischen Gründen Einzugsgebiete nach der Bevölkerungszahl mit Ober- und Untergrenzen fest. Damit werden im Einklang mit der Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation der Betreuung eines großen Gebietes moderne Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten erschlossen werden. Nach internationaler Erfahrung soll ein Standardkrankenhaus für 50.000 bis 90.000 Einwohner, ein Schwerpunktkrankenhaus für rund 300.000 und eine Zentralkrankenanstalt für etwa eine Million Personen vorhanden sein. Dieser Empfehlung ist gerade die Steiermark durch die Schaffung einer großen Anzahl von Landeskrankenanstalten weitestgehend entgegengekommen. Gerade in der Zeit des Wirkens des Ersten Landeshauptmannstellvertreters Sebastian als zuständiger Referent ist es dessen nimmermüdem Wirken gelungen, einen eindeutigen Beweis hierfür zu liefern und es soll eine kurze Zusammenfassung dieser seiner Leistungen meine Feststellung untermauern.

Ich darf darauf hinweisen, daß Landeshauptmannstellvertreter Sebastian seit über 15 Jahren sein Ressort führt. Und in dieser Zeit ist auf Grund seiner Initiative, ich betone ausdrücklich seiner Initiative, der Bau der Kinderklinik in Graz, der Bau der 1. Chirurgischen Universitätsklinik und der Neurochirurgischen Klinik in Graz, dann der Ausbau der Augenklinik im Landeskrankenhaus Graz, der Umbau der alten Chirurgie in Graz, der Ausbau der Großwäscherei im Landeskrankenhaus in Graz, die Verkleinerung der Großkrankensäle im Landeskrankenhaus Graz und in den übrigen Landeskrankenanstalten zu einem wesentlichen Teil bereits erfolgt, in der weiteren Folge sind diese im Ausbau begriffen. Es wurden errichtet: der Ambulanztrakt

in Fürstenfeld, die Modernisierung des Landeskrankenhauses in Knittelfeld, der gesamte Innenausbau des Landeskrankenhauses in Knittelfeld, der großzügige Ausbau des Landeskrankenhauses in Leoben, der Ausbau des Ambulanztraktes des Landeskrankenhauses Mariazell, der Zubau zum Landeskrankenhaus in Radkersburg, der Zubau zum Landeskrankenhaus in Rottenmann, die Behandlungs- und Ambulanztrakte des Landeskrankenhauses Voitsberg, die Liegehallen in der Heilanstalt Hörgas, dann die Einrichtung beziehungsweise der Ausbau der modernsten Physiotherapie Österreichs im Landessonderkrankenhaus auf der Stolzalpe, die Modernisierung des Landessonderkrankenhauses für Psychiatrie und Neurologie in Graz, und so weiter. Seiner Initiative ist es auch zu danken, daß in diesem Zeitraum über 1600 Personalwohnungen errichtet werden konnten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war notwendig, einmal auch darauf zu verweisen, denn im Laufe der Zeit muß ich sagen, beginnt es einem irgendwo anzuwidern, wenn man durch 15 Jahre ununterbrochen hört, daß es im Krankenanstaltenwesen bei der Versorgung der Menschen in diesem Land immer schlechter wird, denn so sehen ja laufend die verschiedenen Beiträge zum Kapitel 5 von verschiedenen Rednern aus. (Abg. Pölzl: „Ein bisserl viel Weihrauch!“) Nein, nein, nicht ein bisserl viel Weihrauch, sondern es ist notwendig, festzustellen, daß gerade unter seiner Leitung in diesem Referat sehr viel gebaut wurde und man immer wieder glaubt, das Kapitel 5 Gesundheitswesen dazu benützen zu können, um Schutt abzuräumen. So geht das nicht (Abg. Pölzl: „Wer hat denn heute Schutt abgeräumt!“), denn wir hören es ja, jeder Referent, gerade von Ihrer Seite und da gibt es auch ein paar Standardreferenten dazu, die nichts wie Klagelieder anstimmen, statt auch einmal anzuerkennen, was hier mit geringstem Aufwand, mit geringsten Mitteln überhaupt geschieht. Man möge den Umfang dieses Budgets in entsprechender Form ausweiten, dann wird die Möglichkeit bestehen, noch mehr hier zu errichten und zu erbauen. Aber mit geringen Mitteln den höchst möglichen Effekt zu erzielen, das, glaube ich, kann ich hier feststellen und da haben wir alle miteinander und die ganzen Steirer ihm herzlichen Dank zu sagen. Denn wenn ich heute hernehme, daß in dieser Zeit seines Wirkens rund 1,7 Milliarden Schilling für diese gigantische Arbeit, für Um-, Auf- und Neubauten aufgewendet wurden, dann muß ich sagen, sind die Mittel verhältnismäßig sehr beschränkt, sehr beschränkt. (Abg. Pölzl: „Der Herr Kollege Pichler hat sich doch bedankt beim Landeshauptmann Sebastian!“) Aber Pölzl, du kannst ja schreien, was du willst, du bist ja der Schreier vom Beruf im Hause, wir sind also gar nicht interessiert daran, das ernst zu nehmen und gestern, glaube ich, ist dir einmal die richtige Antwort gegeben worden bei einem Gespräch der beiden Akademiker. Man soll sich nicht überall einmischen, man soll sich einmischen in Dinge, von denen man was versteht, aber nicht darüber hinaus. (Abg. Pölzl: „Herr Präsident, dazu rede ich!“) Daher also, lieber Kollege Pölzl, ich gehe auch nicht mehr

weiter auf diese Beiträge ein, die etwas zweifelhafter Natur sind, die auch nicht immer dazupassen und so weiter. Denn würde es ein Zwischenruf sein, der sich mit der Materie beschäftigt, bin ich auch gerne bereit, auf diesen einzugehen. Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, daß auch in bezug gerade auf die Modernisierung der Organisationsform Wesentliches geschehen ist. Bereits 6 Departments sind zur Zeit in der chirurgischen Universitätsklinik und in der Röntgenabteilung installiert. Ich komme hier gerade auch auf die Worte des Herrn Präsidenten Dr. Piaty zu sprechen, der sagt, daß man in den USA hier sehr modern denkt, sehr modern handelt und ich muß sagen, diese Gedanken sind hiermit aufgegriffen worden und werden ja bereits seit längerer Zeit im Landeskrankenhaus in Graz praktiziert.

Im Interesse aller Versicherten darf ich aber als besonders erwähnenswert herausheben, daß nach dem neuen Krankenanstaltengesetz eine Umstellung auf die zwei Klassensysteme, also Allgemeine Gebühren- und Sonderklasse, erfolgt. Auch hier, noch bevor man die Auswirkungen dieser Umstellung kennt, wird natürlich schon wieder miesgemacht und gesagt, ja, da wird eh nichts gescheitertes werden. Ich darf vielleicht gerade hier unserer Kollegin Jamnegg sagen, wir haben früher drei Klassen in der Eisenbahn gehabt, die 1. die gepolsterte, die zweite war einigermaßen gepolstert und die dritte war die Holzklasse. Heute gibt es zwei Klassen bei der Eisenbahn gehabt, die 1., die gepolsterte, also besser gepolstert, die zweite war einigermaßen gepolstert und die dritte war die Holzklasse. Heute gibt es zwei Klassen bei der Eisenbahn, die eine ist gepolstert und die zweite, es gibt kaum wesentliche Unterschiede. Und ich bin überzeugt davon, wenn man eine gewisse Zeit vorübergehen läßt, daß auch hier die Möglichkeit besteht, von dieser schlechten dritten Klasse, wie wir sie jetzt kennen, wegzukommen zu einer echten zweiten Klasse, das heißt also, verkleinerte Krankenzimmer, verkleinerte Krankenzimmer, der Ausbau und Umbau ist ja schon im Gange auf Zweibett-, Dreibettzimmer, daß also auch hier was geschehen wird, was dem modernen Fortschritt dient. Natürlich läßt sich das, was durch Jahrzehnte verabsäumt wurde, nicht in einer kurzen Zeit völlig ändern und neu gestalten. Meine sehr verehrten Anwesenden, es wird aber im Zuge dieses neuen Krankenanstaltengesetzes auch auf andere moderne Dinge mehr und mehr Bezug genommen werden. Im bisherigen Grundsatzgesetz, also auch im Ausführungsgesetz, war in einer ganzen Reihe von Bestimmungen immer wieder von Kranken die Rede. In der Neufassung des § 1 durch die 2. Krankenanstaltengesetz-Novelle wird diese Aufgabenstellung erweitert. Was sehr begrüßenswert ist, ist, daß auch Gesunde im Rahmen der Vorsorgeuntersuchung, operative Eingriffe für Organverpflanzungen und auch Schönheitsoperationen in die Krankenanstalten aufgenommen werden. Es scheint daher in Zukunft richtig zu sein, nicht immer vom Kranken, sondern vom Patienten zu sprechen, dem eine diesbezügliche Änderung durch das neue Ausführungsgesetz dies ermöglicht.

Erlauben Sie mir noch einige Worte zur Errichtung von Tages- und Nachtkliniken, wie sie das Krankenanstaltengesetz vorsieht, zu sagen: Parallel zu einer Entwicklung der stärkeren Integration an ambulanter und stationärer Krankenversorgung wird der Ausbau semistationärer Einrichtungen im Krankenhaus notwendig. Die Gründe liegen zum Teil auf der Kostenseite, zum anderen Teil darin, daß der Patient nur am Tag oder in der Nacht im Krankenhaus ist und daher voll seiner Beschäftigung nachgehen kann. Derartige Einrichtungen, die entweder vor Beginn des eigentlichen Krankenhausaufenthaltes oder im Anschluß daran Patienten aufnehmen, können im starken Maße zur Entlastung des vollstationären Krankenhauses beitragen. Gedacht ist hier an einen kurzfristigen Aufenthalt zur Diagnostik oder zur Nachbehandlung. Eine weitere Neuerung besteht in der Richtung, daß Konsiliarabteilungen errichtet werden sollen. Hiezu kann festgestellt werden, daß im Rahmen der Arbeiten für die Erstellung eines Krankenhausregionalplanes sich gerade in der Obersteiermark gezeigt hat, daß exponierte Krankenanstalten, zum Beispiel Mariazell, Eisenerz, Bad Aussee und wahrscheinlich auch Schlading, die zur Zeit über je eine chirurgische Abteilung verfügen, auch kleinere interne und unter Umständen auch gynäkologisch-geburtshilfliche Abteilungen benötigen werden. Es ist klar, daß solche kleinere Abteilungen schwer mit einem voll angestellten Primarius und Facharzt in diesen Gebieten geführt werden können. Man denkt daher daran, einen am Ort niedergelassenen Facharzt dieser Disziplin als Konsiliar-Primarius an das Krankenhaus zu binden. Es ist dies eine weitere Entwicklung einer Bestrebung, die schon seit langem läuft. Man will im Ort niedergelassene Fachärzte anderer Disziplinen, als im Krankenhaus vorhanden, in der Anstalt selbst als Konsiliarärzte, ohne daß ihnen Betten zur Verfügung gestellt werden, arbeiten lassen.

Nun zur ärztlichen Behandlung im allgemeinen: Die Niederlassung von Ärzten auf dem flachen Land wird immer schwieriger, da kaum Ärzte zu bewegen sind, auf das Land zu gehen. Die Gründe dafür sind mannigfacher Natur — zum Teil das Streben nach einer Facharztausbildung, zum anderen der Vorteil des Lebens in der Stadt oder eine geregelte Dienstzeit im Krankenhaus. Die Alterspyramide gerade der praktischen Ärzte zeigt eine enorme Überalterung. Nach einer Aufstellung der Ärztekammer, mir liegt eine solche nur aus dem Jahre 1971 vor, geht eindeutig hervor, daß Ärzte bis zum 49. Lebensjahr in der Anzahl von 165 vorhanden waren, ein Prozentsatz von 24,9, daß aber Ärzte vom 50. bis zum 64. Lebensjahr in einer Anzahl von 401 vorhanden waren, das sind 60,6 Prozent. Ärzte mit 65 und darüber waren 96 oder 14,5 Prozent vorhanden. 1971 waren es insgesamt 662 praktische Ärzte. Wesentlich anders allerdings sieht es bei den Fachärzten aus. Als Interessenvertreter der Arbeitnehmer veranlaßt mich gerade dieser statistische Hinweis, zu sagen, daß die zuständige öffentlich-rechtliche Körperschaft, die für die ärztliche Ausbildung verantwortlich zeichnet, zum damaligen Zeitpunkt noch jungen Menschen abge-

raten hat, das Medizinstudium aufzunehmen. Sie erinnern sich, Herr Primarius Dr. Piaty, daß wir Gelegenheit hatten, auch aus Anlaß von Auslandsreisen nach Belgien und Schweden die Systeme dort zu studieren und auch in der weiteren Folge, daß damals dringend abgeraten wurde, Medizin zu studieren, denn das sei ein Beruf ohne Hoffnung. Ich glaube, da spielen andere Gründe eine ganz ausschlaggebende Rolle. (Abg. Pölzl: „Welche?“) Welche? Angebot regelt die Nachfrage — so wenig als möglich Ärzte und so steigt der Wert des Arztes in jeder Hinsicht bis ins Gigantische. (Abg. Pölzl: „Das ist aber eine ungesunde Situation!“) Na eben, das wissen wir. Trotz eines von allen Stellen festgestellten Ärztemangels ist hier in der Auffassung der Interessensvertretung noch kaum eine wesentliche Änderung eingetreten. (Abg. Dr. Piaty: „Sie sind ganz schlecht informiert!“) Ich möchte nur sagen, Herr Primarius, wenn Sie erklärten, daß wir 2000 Medizinstudenten haben und daß 60 Prozent dieser Studenten fertige Mediziner werden, dann mag das ein Glaube sein, an den Sie glauben, ich kann nicht daran glauben. Wir werden sicherlich noch Jahre zu warten haben, bevor es einigermaßen möglich sein wird, den Bedarf an Ärzten zu decken (Abg. Pölzl: „Er hat ja gesagt, gebt mir sechs Jahre Zeit!“), vielleicht erleben nicht einmal Sie es mehr, geschweige denn wir. Daher möchte ich, meine Damen und Herren, noch einmal herzlichen Dank unserem Ersten Landeshauptmannstellvertreter Sebastian dafür sagen, daß er im Interesse der Volksgesundheit der Steirer schon so viel geleistet hat; Dank sagen möchte ich auch im Namen jener, die schon einmal krank waren und wissen, welche Leistungen er für sie erbracht hat. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Unter einer OVP-Mehrheit, Herr Präsident!“) Nun darf ich ganz kurz zu den Ausführungen von Präsident Dr. Piaty noch folgendes sagen: Ich habe schon darauf hingedeutet, wir haben die Möglichkeit gehabt, mit Ihnen zu reden und wir reden seit vielen vielen Jahren und versuchen, von einer Basis des Kriegführens, was sicherlich nicht von uns heraufbeschworen wurde, sondern immer wieder der starren Haltung des Präsidiums oder des Vorstandes der Ärztekammer unter Ihrer Führung entspringt, wegzukommen. Die Sozialversicherungsträger arbeiten im Rahmen der Gesetze und versuchen, das Bestmögliche zu tun, um die ärztliche Versorgung in unserem Bundesland sicherzustellen. Aber, Herr Präsident, wenn ich nur schon Ihre Bemerkungen höre, es sollte friedlich klingen, aber es beginnen immer wieder von Ihrer Seite aus die Sticheleien: zum Beispiel Ihre Worte „jugendlich mit dem Rucksack durch die Gegend marschieren“ (Abg. Pölzl: „Es wäre viel schlimmer, wenn er gesagt hätte, alt — hatschend!“) und so weiter. Glauben Sie denn, lieber Herr Dr. Piaty, daß man damit eine Basis schaffen kann — so empfindlich, wie Sie sind, wehe wenn man Ihnen ein Wort der Kritik sagt! Wenn man so austellt, muß man auch bereit sein, etwas hinzunehmen. Aber Sie haben auch in der Eigenschaft als Vorstandsmitglied in der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse vor allen Vorstandsmitgliedern und vor der Hauptversammlung nicht nur einmal, sondern des öfteren dokumentiert, wie Ihre

innere Einstellung zu den Sozialversicherungsanstalten überhaupt ist. Und das hat dazu beigetragen, daß unisono sämtliche Versicherungsvertreter erklärt haben, mit einem Dr. Piaty, solange er eine solche Haltung und Stellung einnimmt, kann man nicht zusammenarbeiten.

Nicht die Leute sind gegen Sie, sondern Sie selbst haben sich diesen Ruf verschafft, durch Ihre Art, durch Ihre persönliche Gangart und darüber hinaus aber auch durch eine brutale Gangart in der Wahrnehmung der Interessen der von Ihnen vertretenen Ärzte, wobei zu sagen ist, daß heute das Gros der Ärzte irgendwie Angst vor Ihnen und vor Ihrer Institution hat. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Wir hören das immer und immer wieder. Sie lachen darüber. Sie werden eines Tages noch draufkommen, daß ich recht gehabt habe damit, denn wir wissen es ganz genau, wenn es uns gelingt, Ärzte nicht aus Ihrem Bestand, sondern aus dem Ausland wieder nach Österreich zurückzubringen, so fürchten die, und fragen schon, ja wird es mir überhaupt möglich sein, im Interesse der Sozialversicherung in einem solchen Institut arbeiten zu können. Ich habe was weiß wunder welche Warnungen bekommen, das nicht zu tun, denn sonst bin ich unter Umständen in dieser Situation als Arzt und so weiter unmöglich. Das sind Dinge, die man hört, das kommt davon, weil Sie eine sehr harte Gangart führen, weil Sie keinem Arzt eine freie Entscheidung überlassen, sondern eben unter Druck versuchen, das, was Ihrem inneren Bestreben gleichkommt, in bezug auf die Monopolstellung der Ärztekammer und ihrer Funktionäre mit allen Mitteln durchzusetzen. Nicht die Ärzte sind es, sondern Ihre Gangart ist es, Ihre ganze Art, die zur Vergiftung der Atmosphäre führt. Bisher hat das nur auf die Steiermark Bezug gehabt, jetzt schön langsam nimmt es auch auf Österreich überhand, seitdem Sie die Funktion als Präsident der Österreichischen Ärztekammer übernommen haben. (Abg. Dr. Piaty: „Ich habe gar nicht gewußt, wie stark ich bin!“) Versuchen Sie, in sich zu gehen, Herr Dr. Piaty, das kann ich Ihnen sagen, versuchen Sie eine andere Gangart, dann wird es möglich sein, im Interesse der österreichischen Versicherten, wird es möglich sein im Interesse der österreichischen Bevölkerung auch zu einer echten Zusammenarbeit zu kommen. Wenn Sie so weitermachen, wird es sicherlich nicht gehen und die Leute werden sich dann eines Tages überlegen müssen, ob Sie der richtige Vertreter sind.

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Meine Damen und Herren, da ich für die ordnungsgemäße Behandlung der Gegenstände verantwortlich bin, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß nicht nur direkte Zwischenrufe den Redner stören, sondern auch eine anonyme Geräuschkulisse, die sich von der Galerie und von den Fensternischen her bis in das Hohe Haus aufbaut. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen. Ich erteile dem nächsten Redner, dem Herrn Abg. Turek das Wort.

Abg. Turek: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte gerade auf Grund der vorhergegangenen Debatte etwas sagen, was mir in den letzten

zwei Tagen besonders aufgefallen ist. Ich habe den Eindruck, daß da gewisse Rollen vertauscht wurden, und zwar, wenn wir zu einer Gruppe kommen und über das entsprechende Budgetkapitel sprechen, so stehen immer wechselweise die einzelnen Fraktionen auf und erheben Forderungen an das Budget in dieser Gruppe. Wenn ein ÖVP-Referent betroffen ist, dann befleißigt sich die sozialistische Fraktion dieser Vorgangsweise, und wenn ein sozialistischer Referent betroffen ist, dann geht das vice versa auf der anderen Seite. Die, die eigentlich nichts fordern, das sind wir Freiheitlichen, die an und für sich gar keine Verantwortung zu tragen haben. (Landesrat Bammer: „Wird schon werden!“) Ich muß mich da sehr wundern, es haben sich alle Fraktionen in diesem Hause schon anläßlich der Generaldebatte dazu bekannt, daß sie alle dieses Budget annehmen, daß sie sich also auch mit den Ansatzziffern dieses Budgets legitimieren und einverstanden erklären. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Wenn ihr auch noch anfangt zu fordern, geht das Häferl über!“) Ich wollte es, aber an und für sich wären wir legitimiert dazu und tun es nicht, weil wir uns zum Budget bekennen, obwohl wir — das möchte ich auch sagen — es sehr problematisch finden, wie gerade anläßlich der Verabschiedung dieses Budgets vorgegangen wurde. Wir haben am Donnerstag vergangener Woche den Voranschlag vorgelegt bekommen, am Freitag war bereits Finanz-Ausschuß, sicher ist es den meisten Abgeordneten so gegangen wie mir, daß man natürlich dieses „umfangreiche Werk“ nicht in einer Nacht — dazu wären wir ja verhalten gewesen — studieren konnte. Wir wurden also, das hat auch der Herr Dr. Piaty sehr richtig bemerkt, einfach vor vollendete Tatsachen gestellt. Allerdings sind wir nach Durchsicht dieses umfangreichen Werkes zur Auffassung gekommen, daß an den Ansätzen nichts zu ändern ist, weil nun einmal die Decke, nach der wir uns zu strecken haben, zu kurz ist.

Und wenn von der rechten Seite, von mir aus gesehen, gefordert wurde, daß auf dem Gesundheitssektor zuwenig Mittel eingesetzt sind, ich bitte, da hätten Sie sich — verschiedene Forderungen sind ja budgetwirksam, die Sie hier erstellt haben sind ja budgetwirksam, die Sie hier gestellt haben — natürlich rechtzeitig an die Herren, die unmittelbar hinter mir sitzen, wenden sollen, daß eine entsprechende Budgetumschichtung erfolgt. Etwas anderes wäre ja nicht möglich gewesen. Wenn wir von der Budgetumschichtung reden, dann glaube ich, daß wir gerade die Notwendigkeit in allen Bereichen abgedeckt haben, daß wir aber alle wissen, daß überall zuwenig ist. Das wollte ich, vielleicht gerade veranlaßt durch die vorangegangene Debatte, angemerkt haben.

Zur Debatte selbst, meine Damen und Herren, möchte ich nur eines bemerken. Ich bin ja erstmals anläßlich einer Budgetdebatte hier in diesem Hause, habe mir allerdings schon in den vergangenen Jahren die Mühe gemacht, hier hinten zuzuhören, und habe auch sehr aufmerksam zugehört. (Landesrat Bammer: „Das ist ja ein Vergnügen!“ — Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Mühselig oder interessant?“) Das ist interessant, muß ich sagen und recht instruktiv. Ich habe mir auch die Mühe

gemacht, die Presseberichte zu lesen und zu verfolgen und habe den Eindruck gehabt, daß alle Jahre wieder dasselbe Spielchen gespielt wird. Der Herr Präsident Piaty wird zuerst einmal angereizt und wenn er so richtig oben ist, dann stellt er sich her und packt halt einmal kräftig aus. Im großen und ganzen dieselben verhärteten Fronten, wie sie Jahre vorher auf Grund meiner Beobachtung hier in diesem Hause festzustellen waren. (Abg. Pölzl: „Darum hat ja der Sebastian ein rotes Tücher!“ — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Damit er weiß, daß ich ein Roter bin!“) Das Tücherl ist ja kariert. Ich habe auch den Eindruck, daß man sich heute aber nicht ein bisserl näher gekommen ist, obwohl auf beiden Seiten vielleicht zu überdenkenden Vorschläge gefallen sind, vielleicht läßt sich dann das außerhalb dieses Hauses, in dem man offensichtlich doch auch unter dem Zwang steht, für die Presse und aus dem Fenster hinauszusprechen, vielleicht läßt sich das in kleinerem Kreis doch diskutieren. Denn, meine Damen und Herren, wir müssen ja daran denken, die Gefahr ist die, daß der Patient auf der Strecke bleibt, und das wollen wir alle nicht. Es haben auch offensichtlich, Herr Präsident Ileschitz, das ist nur ein kleiner Einwurf, auch gemeinsame Reisen stattgefunden, und wenn man gemeinsam reist, dann ißt man gemeinsam und unterhält sich gemeinsam, trinkt gemeinsam ein Schluckerl Wein. Diese Reisen haben aber auch offensichtlich nichts beigetragen, sich zu nähern, obwohl sonst, haben wir ja gehört, auf der Ebene der höheren Politik, solche Reisen recht Heilsames für ein gemeinsames Verständnis beigetragen haben. (Abg. Gerhard Heidinger: „Da sind sie erst richtig wild geworden!“) Hat offensichtlich nichts genützt. Es gibt ein Sprichwort, das in der Bevölkerung kursiert: Beim Sowieso kommen die Leute zusammen. Das hat aber da auch nichts geholfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Ursache vieler Krankheiten — und es wurde leider bei diesem Kapitel heute schon aus berechtigtem Anlaß über Krankheiten gesprochen — ist (Abg. Nigl: „Die Aufregungen!“) auch die Aufregung, sicher auch der Streß, ist sicher auch das Bewegungsdefizit, dem die Menschen unserer Zeit heute unterliegen. Wir sind ja auch verurteilt, da immer zu sitzen und zuzuhören. Meine Damen und Herren, ich habe mir noch etwas aufgeschrieben, und zwar sind das die Fitness-Märsche. Ein Kollege hat hier das Fitness-Programm erwähnt. Die Fitness-Märsche haben sich ja leider Gottes mehr oder weniger nur auf den Staatsfeiertag konzentriert, ich glaube, daß es aber notwendig wäre, daß auch Impulse vom Land her ausgehen sollten, daß dieses Fitness-Programm breiter gestreut wird, denn der einzige Erfolg ist jetzt, daß am nächsten Tag jeder Spatzen hat und zur Kenntnis nehmen muß, daß er sich mehr oder weniger übernommen hat, weil er nicht regelmäßig trainiert. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, daß wir auf dem Gebiet der Gesundheit und der Sportpflege eines nicht vergessen dürfen, daß wir mit den Ziffern, die in diesem Budget ausgewiesen sind, nicht alles machen können, nicht nur, weil wir zuwenig Mittel zur Verfügung haben, sondern weil wir auch die Menschen

haben müssen, die darüber hinaus auf Grund ihres Idealismus und ihrer idealistischen Einstellung zur Sache das vollziehen, was durch diese Mittel finanziert werden soll. Ich glaube, daß es richtig ist, wenn man beim Krankenpflegepersonal weniger vom Beruf als von Berufung spricht, denn dazu gehört großer Idealismus, und wenn man sich beim Krankenpflegepersonal für den Einsatz und die Opferbereitschaft bedankt. Bedanken soll man sich auch bei den Idealisten des Roten Kreuzes, die heute einfach nicht mehr wegzudenken wären. Ebenso haben wir dem geistlichen Pflegepersonal unseren Dank auszusprechen, das sicher auch dazu beiträgt, daß wir die Bevölkerung in menschlicher Hinsicht und bei Krankheit betreuen können. Diesem Dank schließe ich auch den Dank an die vielen ehrenamtlichen Sportfunktionäre an, denn die Vereine wären auch nicht immer in der Lage, ihren Betrieb aufrechtzuerhalten — es muß ja auch immer Pioniere geben — wenn nicht dort nimmermüde Aktivisten und Idealisten am Werke wären. Gerade anläßlich des Jahreswechsels sollte man auf diese vielen Idealisten in unserem Lande nicht vergessen und sollte sich bei ihnen herzlichst bedanken. (Allgemeiner Beifall.)

1. Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Wegart: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es sind in dieser Gruppe 5 Personalfragen unseres Krankenhauswesens und der ärztlichen Versorgung angeschnitten worden. Ich kann jetzt nicht darauf verzichten, doch auch dazu einige Bemerkungen zu machen: Jeden ersten Montag im Monat kommen zu mir in das Landhaus jene jungen Damen und Herren, die als Ärzte in den Turnus gehen, die knapp zuvor promoviert haben und mit denen ich Gelegenheit habe, in einer mehrstündigen Unterhaltung mich mit ihren Fragen, Problemen und ihren Plänen zu beschäftigen. Ich möchte Ihnen da etwas nicht verschweigen: Unter 10 Ärzten ist in der Regel einer, der auf meine Frage, welche Zukunftspläne er hat, sagt, er geht in die Praxis. Neun erklären ausdrücklich, daß sie in das Fach gehen. Das heißt, wir stehen vor der Frage, daß die Verfachlichung eigentlich schon im Turnus beginnt. Wenn man dann die Zusatzfrage stellt, warum die Jungen in das Fach gehen und nicht in die Praxis, so sind diese jungen Ärzte glänzend informiert über das Schicksal des Praktikers, welcher nicht an die 5-Tage-Woche gebunden ist, auch nicht an die 42-Stunden- beziehungsweise 45-Stunden-Woche, sondern es ist an eine Tätigkeit gebunden, die rund um die Uhr geht. Ich habe Gelegenheit, auch mit vielen Praktikern in Verbindung zu sein. Diese werden auch um 12 Uhr nachts herausgeholt, auch Sonn- und Feiertagsdienste sind vorgesehen. Ich habe von vielen Praktikern gehört, wenn sie geahnt hätten, was ihnen blüht, wären sie auch ins Fach gegangen. Wenn Sie in Graz durch die Kaiserfeldgasse, die Hans-Sachs-Gasse oder auch durch die Herrengasse gehen, werden Sie vor jedem Haus Schilder finden, daß 5 und 6 Ärzte in diesem

Haus sind, und zwar Fachärzte, wovon ein jeder für ein paar Quadratmeter Innen- und Außenleben zuständig ist, und alles andere interessiert den Facharzt nicht. Der Facharzt macht seine 10 bis 12 Stunden in der Woche und in der übrigen Zeit ist für ihn der Fall erledigt; dies auch aus steuerlichen Gründen. Wir haben auf alles geachtet, daß jeder eine ausreichende Pension bekommt, daß die Altersversorgung sichergestellt ist, nur nicht beim Freiberufler. Wir haben durch die Gemeinde-Novelle 1962 ja auch das Distriktsärzte-System dem Land entzogen und es ist auf die Gemeinden übergegangen. Was hatte das zur Folge: Das war ein weiteres Faktum, daß die ärztliche Versorgung am Land nicht sichergestellt ist. Das heißt, von Jahr zu Jahr gibt es weniger Ärzte, die sich draußen niederlassen, weil früher noch der Distriktsarzt ein Anreiz war, weil er mit einer Altersversorgung verbunden gewesen ist. So ist dem Landtag ein neues Gesetz vorgelegt worden, ein neues Distriktsärztegesetz, wo wir praktisch dasselbe System, das uns 1962 entwendet wurde, neuerdings vom Land her in die Wege leiten, weil ich persönlich der Meinung bin, daß das ein Betrag ist, um die ärztliche Versorgung am Land wenigstens annähernd sicherzustellen. Es muß uns alle gemeinsam mit Sorge erfüllen, wenn wir heute bereits in der Oststeiermark oder zum Teil auch in der Obersteiermark Gebiete haben, wo der Patient 15, 20 und 30 km fahren muß, ehe er zum nächsten Arzt kommt, dann kommt er hin und die Ordination ist entweder verschlossen, weil der Arzt auf Hausbesuch ist, wenn der Arzt aber da ist, sitzen in der Regel 30, 40 und mehr Leute dort und es ist für ihn ein Tagesausflug, wenn er überhaupt die Chance hat, an die Reihe zu kommen.

Auch das muß man bei einer solchen Gelegenheit und bei dieser Betrachtung sagen. Das ist das eine. Ich glaube, es kommt darauf an, daß wir auch für die Altersversorgung der freiberuflichen Ärzte etwas tun. Und jetzt zu der zweiten Frage, nämlich zur Frage der Konsiliarärzte, das, was hier angemeldet wurde. Wenn ein Primarius einen Antrag auf die Betrauung eines Konsiliararztes stellt, dann entsprechen wir dem sofort. Ich habe Ihnen nur gleichzeitig mitzuteilen, es stellt nämlich keiner einen solchen Antrag, weil das Probleme aufwirft disziplinärer Art, weil das Probleme aufwirft auch der Besonderen Gebühren, das alles ist ja in zumindest in einem solchen Zusammenhang zu vermerken. Und wir haben in einem Krankenhaus, es tut nichts zur Sache, wo das ist, einen langen Kampf ausgefochten, um den Primarius zu veranlassen, weil es ein eingliedriges Krankenhaus ist, daß er einen Konsiliar aufgenommen hat. Wir haben uns bis zur Stunde nicht durchgesetzt. Auch das möchte ich bei dieser Gelegenheit mitteilen, es ist also nicht die Frage, daß die Personalabteilung das nicht will, für uns ist das gar kein Problem, er wird ja nicht angestellt, er wird ja lediglich dort mit dem betraut, was der Primarius ihm letzten Endes gibt.

Und nun, meine Damen und Herren, ein Drittes. Es ist, ich glaube, der Kollege Hammerl gewesen, der gestern die Personalentwicklung ge-

schildert hat, die im Landesdienst in den letzten, glaube ich, zwanzig Jahren, sich vollzogen hat. Das ist ein sehr langer Zeitraum, da waren wir noch jung und knusprig, heute sind wir es nur mehr auf der zweiten Seite (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Nur noch knusprig!“), Sebastian und ich haben festgestellt, wir sind nur mehr knusprig, was diese Sache anlangt. (Landesrat Bammer: „Eingebildet seid ihr überhaupt nicht!“) No, mit dir nehmen wir es noch auf. (Landesrat Bammer: „Täusch dich nicht!“ — Gelächter.) Und nun darf ich folgendes in dem Zusammenhang berichten. Ich muß das deshalb sagen, weil diese Frage auch ein Bestandteil der Dinge ist, die bei der ganzen Problematik des Krankenhauswesens eine so entscheidende Rolle spielen. Da ist einmal die Entwicklung in den letzten zehn Jahren — und die sind interessant, weil nämlich in diesen letzten zehn Jahren auch dieser riesige Aufstieg einmal im Baudienst, dann der weitere Fortschritt in der Medizin eine so tiefgreifende Rolle gespielt hat. Wir haben allein in der Hoheitsverwaltung, das sind Amt der Landesregierung, Bezirkshauptmannschaften, Agrarbezirksbehörden, in diesen letzten zehn Jahren eine Personalausdehnung von 13 Prozent oder von 382 Dienstposten gehabt. Ich muß ausdrücklich feststellen, daß das eine ganz bescheidene Entwicklung ist. Im Baudienst hatten wir im gleichen Zeitraum 324 neue Dienstposten, das sind 14 Prozent und in den Krankenanstalten, meine Damen und Herren, hatten wir im gleichen Zeitraum 2301 Dienstposten mehr oder 41 Prozent. Das ist auch eine Entwicklung, die bei der Gelegenheit gesagt werden muß.

Wenn heute mehrfach Redner auch darauf zurückgekommen sind, daß das Kranksein Geld kostet, dann traue ich mich jetzt etwas zu sagen, was fast selbstmörderisch ist. Meine Damen und Herren, in unserem Land darf alles etwas kosten für den einzelnen. Aber wenn es darauf ankommt, daß er auch für seine Gesundheit einen Beitrag leistet, dann will niemand etwas hören, dann ist es selbstverständlich die öffentliche Hand, dann sind es die Sozialversicherungsinstitute. Da könnte ich Ihnen Beispiele sagen, wo Leute Zusatzversicherungen haben, wo sie sich dann auf die dritte Klasse legen, wo sie den Primarius betrügen, wo sie das Land betrügen, wo sie die Zusatzversicherung betrügen und wo sie aus ihrem Kranksein noch ein Geschäft machen. Ich sage Ihnen das, weil das nicht verschwiegen werden darf in dem Zusammenhang. Und das ist das Problem, das sich uns jetzt in vielfacher Hinsicht stellen wird. Denn, meine Damen und Herren, da muß jetzt in gebotener Ernst eine Ziffer genannt werden. Im Jahre 1975 erreicht der Ausgabenetat des Landes, nur bezogen auf die Landeskrankenhäuser, die gigantische Summe von 2,033 Milliarden Schilling. Wir haben die 2-Milliarden-Grenze überschritten. Der Zuschuß des Landes — ich nenne ihn bewußt Zuschuß, weil wir genau wissen, daß wir Krankenhäuser nicht kostendeckend führen können, schon gar nicht auf Gewinn, wir wissen, das ist ein sozialer Dienstleistungsbetrieb, das alles ist zur Genüge bekannt, — aber der Zuschuß des Landes aus dem Steuertopf

beträgt im Jahre 1975 nach diesem Budget 651 Millionen Schilling. Ich weiß nicht, ob jeder unter uns sich darüber im klaren ist, was das bedeutet und ich weiß nicht, ob wir überhaupt erfassen, warum uns dieses Problem, nämlich gemeinsam, so unter den Nägeln brennt. Wenn das stimmt, was ärztliche und medizinische Kapazitäten sagen, daß innerhalb der nächsten zehn Jahre eine Verdoppelung, eine Verdreifachung der Kosten eintritt — der Herr Professor Fellingner hat einmal erklärt, es ist von einer Vervierfachung der Kosten in der Medizin die Rede — kann die Rechnung nicht aufgehen. Ja, da muß man halt sagen, wer ein bißchen die Signale am Horizont lesen kann, wer spürt, wohin wir steuern, der muß halt sagen, die Rechnung, meine Damen und Herren, kann und wird — da kann man ruhig Prophet sein — nicht aufgehen. Kann nicht aufgehen! Und aus diesem Grunde glaube ich, wird es auch notwendig sein, daß wir in diesem Zusammenhang uns wirklich gemeinsam, das haben wir auch festgelegt in mehreren Verhandlungen, ernst die Frage vorlegen, in welcher Form wir aus diesem Teufelskreis herauskommen. Denn daß da einiges zu lösen ist, daß wir hier vor Problemen stehen, die nicht nur das Budget betreffen, sondern vieles andere und daß das nicht eine Frage ist — das möchte ich Ihnen auch sagen — bei der man glaubt, man könnte ein parteipolitisches Süppchen kochen, das ist klar. Das ist ein Objekt, das dafür völlig ungeeignet ist, denn da geht es um Interessen des Landes, aber zu allererst geht es nach meinem Dafürhalten um die Interessen der Patienten. Und das wollte ich hier, weil es in diesem Zusammenhang notwendig war, auch vom Personalreferat her noch zusätzlich beigesteuert haben. Wenn ich jetzt schon am Wort bin, dann darf ich noch in wenigen Minuten zur Frage des Sportes ein Wort sagen.

Verehrte Damen und Herren! Der Steiermärkische Landtag hat am 30. Juni 1953 das Landessportgesetz beschlossen, mit dem Titel Gesetz über die Förderung des Sportwesens im Lande Steiermark. Schon im § 1 wird gesagt: Sämtliche Sportvereinigungen und Verbände mit Einschluß der Turn- und alpinen Vereinigungen im Lande bilden bei Wahrung ihrer vollen Selbständigkeit, Eigenart, Selbstverwaltung und unbeschadet der geltenden vereinsrechtlichen Vorschriften die Landessportorganisation von Steiermark. Mittlerweile wurde das System des steirischen Sportes in einem Umfang aufgebaut, den ich Ihnen doch an einigen Ziffern hier kurz berichten möchte. Wir haben die 3 Dachverbände mit 832 Vereinen. Davon entfallen auf den ASVO 217 Vereine mit rund 36.000 aktiven Mitgliedern, auf den ASKO 289 Vereine mit rund 54.000 aktiven Mitgliedern und auf die Union 326 Vereine mit rund 55.000 aktiven Mitgliedern, das heißt, allein in den drei Dachverbänden sind 145.000 aktive Sportler vereinigt und erfaßt. Es bestehen weiters 36 Fachverbände mit 1242 Vereinen sowie 6 Sportarten, die keinem Dachverband angehören.

Wir haben bereits vor mehreren Jahren den Sportstättenleitplan ebenfalls im Land fertiggestellt, und hier berühre ich nun ein paar Fragen, die ja den Etat angehen. Hier wurde festgestellt, daß nach

dem Sportstättenleitplan noch 201 Sportplätze mit einem Kostenpunkt von rund 350 Millionen Schilling, 35 Hallenbäder mit einem Kostenpunkt von rund 400 Millionen Schilling und 502 Turnhallen mit einem Kostenpunkt von nahezu 2 Milliarden Schilling zu bauen wären. Meine Damen und Herren, wenn ich diese Ziffern nenne, dann deshalb, um aufzuzeigen, welches umfangreiche Programm in der Sportförderung jetzt und in der Zukunft zu erfüllen sein wird. Aber wir können auch aus dem Jahre 1974 sehr überzeugend berichten, daß wir an Rasensportanlagen 54 Anlagen neu zu bauen begonnen haben, 24 Sport- und Klubhäuser neu gebaut wurden, und zwar wurden insgesamt 44 fertiggestellt, Sport- und Spielhallen wurden 4 begonnen und 3 fertiggestellt, 17 Tennisplätze wurden begonnen und davon 11 fertiggestellt, 4 Schützenanlagen wurden begonnen und davon 1 fertiggestellt. Es ist, um auch etwas Erfreuliches aus dem privaten Sektor zu berichten, durch die Eigeninitiative des Kaufmannes Stibor in Hartberg eine Tennishalle, die zu den modernsten nicht nur in der Steiermark, sondern in ganz Österreich gehört, errichtet worden, die vor einigen Wochen ihrer Bestimmung übergeben wurde. Wir haben 1974 in der Steiermark 3 Hallenbäder ihrer Bestimmung übergeben, und zwar in Hartberg, Gleichenberg und St. Kathrein am Offenegg, weiters 2 Freibäder in Gnas und in Hartmannsdorf sowie den Teichalm-See. Es wurden neue Vorhaben begonnen in Rettenegg, in Waltersdorf, in St. Radegund, St. Georgen, St. Lorenzen ob Murau; Wir fördern massiv den gegenwärtigen Bau der Hallenbäder in Schladming, Murau, Mariazell, Graz-Eggenberg, Veitsch und Köflach; weiters wird jetzt mit dem Bau des Sport- und Kulturzentrums, nämlich der Dachstein-Tauernhalle in Schladming begonnen, bei welchem Bau das Land ebenfalls bereit ist, mitzuwirken. Erfreulich neben diesem umfangreichen Bauprogramm sind auch die Großveranstaltungen, die uns 1975 ins Haus stehen. Allein 9 Fis-Veranstaltungen in Murau, in Haus im Ennstal, in Schladming, Ramsau, Bad Aussee, Langenwang und in Alt Aussee werden stattfinden; wir haben im März eine Weltmeisterschaft, und zwar die Durchführung der 3. Ski-Flug-Weltmeisterschaft am Kulm in Bad Mitterndorf—Tauplitz. Wir haben die Europameisterschaften im Eisschießen in Leoben und wir haben — und das gehört zu den ganz großen Ereignissen des kommenden Jahres — im Dezember 1975 den Herren-Abfahrtslauf im Weltcup in Schladming, eine Veranstaltung, die uns schon vor Jahresfrist in den Mittelpunkt des internationalen Schisportes gestellt hat. Nebenbei erwähnt sei der Grand Prix in Zeltweg, der mehr als 100.000 Zuschauer mobilisiert, ebenso das Formel-I-Rennen auf dem grünen Rasen, das ist der Fußball. Auch zum Fußball möchte ich einige Bemerkungen machen. Es wurde die Bundesliga gemacht, die Nationalliga. Nachdem die Halbzeit zu Ende ist, müssen wir feststellen, nur wenn man sich die Finanzen anschaut, daß das Experiment als gescheitert zu betrachten ist. Die Fußballvereine stecken in schweren Schulden, sie haben keine Möglichkeit, ihren Betrieb aufrecht zu erhalten. Ich habe heute einen Herrn des

Sportklubs Sturm bei mir gehabt, welcher mir in diesem Zusammenhang seine Sorgen schilderte. Das gleiche hören wir vom GAK, von Donawitz, von Kapfenberg, von den steirischen Nationalligavereinen. Es scheint mir so zu sein, als würde der Österreichische Fußballbund nach dem Ende dieser Meisterschaft vor einer neuen Situation stehen, weil es sich herausgestellt hat, daß die Rechnung in der Form nicht aufgeht. Wir haben vor einigen Monaten mit beiden Vereinen verhandelt, weil von der Landesseite die Förderung erwünscht wurde. Meine Damen und Herren, die Vorstellungen, die uns damals auf den Tisch gelegt wurden, waren einfach nicht zu realisieren, wir haben aber einen anderen Weg gefunden, um auch dem steirischen Fußball ein wenig zu helfen und das setzen wir fort.

Wenn in diesem Zusammenhang von Ing. Turek gesagt wurde, ja, es hätte nur einer eine Chance, der einem der 3 Dachverbände angehört und der Sport sei verpolitisiert, so darf ich entgegen, der Sport ist nicht verpolitisiert. Um auch jenen Vereinen, die sich keinem Dachverband anschließen, unter die Arme zu greifen, war es möglich, im Einvernehmen mit dem Landessportpräsidium ein Kontingent freizuhalten, über das der Referent allein verfügt. Hier können wir den Vereinen und ihren Bestrebungen jene Mittel zur Verfügung stellen, die nicht unmittelbar in einem Dachverband drinnen sind. Ansonsten spielt sich die Förderung ja wie folgt ab — das muß bei dieser Gelegenheit auch einmal gesagt werden: Das Landessportpräsidium macht die Vorschläge, diese kommen in die Abteilung, wandern sodann auf meinen Schreibtisch und ich sage es Ihnen gleich, wir haben uns darauf geeinigt, daß wir uns zu dieser Vergabe und dieser Art der Förderung bekennen werden, so wird sie die Landessportorganisation vorschlägt, und daß wir die Vorschläge der Regierung zur Antragstellung vorlegen. Dieser Vorgang hat sich bewährt und wir wollen ihn aufrecht erhalten. Wenn auch für 1975 die Sportförderung gekürzt wurde, so wie alle übrigen Budgetansätze, so haben wir uns auch nicht zuletzt dazu bekannt, damit auch von dieser Seite her ein Beitrag zum System, das im Budget 1975 aufgestellt wurde, geleistet wird. Es ist durchaus möglich, daß das eine oder andere Projekt stärker als bisher gefördert werden muß. Dann werden wir versuchen, ich hoffe, es wird gelingen, mit dem Sportpräsidium einvernehmlich nach Wegen und Mitteln Ausschau zu halten, um dies zu ermöglichen.

Auch mir kommt die Ehre und Verpflichtung zu, daß ich den aktiven Sportlern danke, daß ich aber auch mit der gleichen Gesinnung den unbedankten Funktionären im Sport Dank ausspreche, jenen Funktionären, die die Scherereien außerhalb des sportlichen Geschehens auf sich nehmen, und da gibt es einiges, was sie in Kauf nehmen müssen. Wir können aber sagen, daß wir nicht nur Spitzentalente hervorgebracht haben, wir können auch sagen, daß der steirische Sport heute eine Breitenwirkung erzielt hat, die man vor 10 Jahren für unmöglich gehalten hätte; daß das Land hier seinen Anteil überzeugend geleistet hat, kommt in dieser

Leistungsbilanz zum Ausdruck, die ich heute dem Hohen Haus berichten konnte. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Sebastian. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Wie sehr sich auch ganz große Ärzte irren können, möge Ihnen der Ausspruch von Virchow dartun, der vor 100 Jahren sagte, daß es nicht Aufgabe der Medizin sei, Krankenhäuser oder Hospitäler, wie er sich ausdrückte, zu bauen, sondern sie zu beseitigen. Er war unbestritten ein ganz großer Mediziner — er hat sich geirrt — und ich schließe nicht aus, daß sich auch große Mediziner unserer Zeit manches Mal ein bißchen irren. Ich möchte bei den heute angestellten Betrachtungen damit beginnen, womit Präsident Piaty geendet hat, nämlich, daß das Gesundheitswesen ein sehr gesellschaftspolitisches Problem ist. Ich habe vor einem oder zwei Jahren gesagt, daß überhaupt die Gesundheitspolitik im Mittelpunkt der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen steht, wobei ich gar nicht meine parteipolitisch, sondern die gesamte gesellschaftspolitische Umstrukturierung, die Entwicklung, und hier beginnend im weitesten Maße mit dem Umweltschutz, mit der Präventivmedizin, und im Zentrum dieser gesamten Problematik der medizinischen Versorgung steht natürlich das Krankenhaus, nach dem die Menschen rufen. Es ist ja gelungen, medizinische bzw. operative Eingriffe zu machen, von denen man vor 10 bis 15 Jahren nicht gedacht hätte, daß sie möglich sein würden. Damit kommt auf uns eine enorme Verfachlichung, Spezialisierung und Kostenentwicklung zu. Ich sehe auch, meine Damen und Herren, daß die Frage der Medizin, des Gesundheitsdienstes nicht ausschließlich eine Frage der öffentlichen Hand, der Ärzte und der Sozialversicherung, sondern natürlich auch des einzelnen Menschen ist, der für seine Gesundheit sorgen soll und bereit sein soll, etwas zu tun. Ich glaube, daß es nur im Zusammenwirken all dieser Institutionen möglich sein wird, die Probleme zu lösen.

Und ich möchte immer wieder bei diesem Kapitel, wenn die Kostenfrage in den Vordergrund gestellt wird, auch wenn es nicht gerne gehört wird, sagen, wenn man überall, bei jeder Investition die Umwegsrentabilität gelten läßt, dann bitteschön, meine Damen und Herren, auch beim Menschen und beim menschlichen Leben. Es ist entscheidend, wann der Patient in Behandlung kommt, wie er behandelt wird, von wem er behandelt wird, in welch hohem Grade er rehabilitiert werden kann und der Wirtschaft wieder als vollwertiges Glied der Gesellschaft zugeführt werden kann, oder ob er als Krüppel von der öffentlichen Hand gehalten werden muß. Es kann die Kostenfrage nicht gestellt werden — und ich wehre mich leidenschaftlich dagegen, daß nur bei diesem Kapitel davon gesprochen wird, bei allen anderen Kapiteln wird selbstverständlich vorausgesetzt, daß natür-

lich eine Kostenexplosion ist, daß man halt mehr Straßen braucht usw. Kein Mensch redet davon, daß auch dort die Kosten steigen. Ich weiß, das schließt nicht aus, daß man nicht alles tun soll, um zu rationalisieren und sparsam zu sein, aber man soll nicht ausschließlich hier, wo es um die Gesundheit der Menschen unseres Landes geht, die Kostenfrage in den Vordergrund stellen. (Beifall bei der SPO und FPÖ.) Meine Damen und Herren, ich weiß schon, es wird immer über das Präliminare geredet, ich bitte Sie aber, die Rechnungsabschlüsse anzusehen. Der Rechnungsabschluß für das Jahr 1973 weist einen Zuschuß von 386 Millionen Schilling aus. Natürlich kann man sagen, das ist viel, aber der Bedarf für die Gesundheit unserer Menschen macht 4,64 Prozent des Gesamtbudgets aus; das heißt, daß pro Tag und Steirer 0,89 Groschen für die Gesundheit vom Land erbracht wurden. Ich glaube, das ist ein Betrag, der für das höchste Gut, das es zu schützen gibt, einfach vertretbar ist. Ich möchte, meine Damen und Herren, zu den Problemen Stellung nehmen, nachdem es ja immer heißt, es wird nichts gesagt. Ich habe hier ein umfangreiches Referat mit einem Bericht über 1974 und einem Ausblick für 1975 vorbereitet. Ich muß jetzt unter Zeitdruck, um Sie nicht zu lange vom Abendessen fernzuhalten, wenigstens das beantworten, was Sie gesagt haben, sonst heißt es, er ist nicht einmal auf das eingegangen, was ich gesagt habe. Also ich bitte, ich fürchte, ich werde Ihre Zeit ein bißchen in Anspruch nehmen müssen.

Frau Abgeordnete Jamnegg, es ist richtig, seit Jahren fordern wir, der Bund soll mehr tun. Gemeinsam haben wir es gefordert, dann war eine Koalition, dann haben wir mehr gefordert, als die ÖVP allein war, und jetzt fordern halt Sie noch viel mehr, weil die SPO-Alleinregierung ist. Obwohl wir — nachdem ich ja im Spitalerhalterverband sitze — 1953 angefangen haben mit dem Fordern sind trotzdem nie mehr als 50 Millionen in das Budget des Bundes hineingekommen. Ich kann für die SPO-Regierung in Anspruch nehmen, immerhin allein dem Land Steiermark für außerordentliche Vorhaben voriges Jahr und heuer 39, fast 40 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt hat, daß der Zweckzuschuß also wesentlich erhöht wurde und in den nächsten Jahren von einstens 10, höchstens 18, nunmehr auf 24 und dann auf 28 Prozent erhöht wird, daß wir allein vom Bund 1975 216 Millionen Schilling aus dem Betriebsabgang, aus dem Zuschuß für den klinischen Aufwand und die Investition für die Neurologie bekommen und daß wir darüber hinaus die 39,6 Millionen Schilling für den oben angeführten Aufwand haben. Und Sie sagen, es ist zu wenig, bitte schön, wo ist es nicht zu wenig, aber es ist erstmals unter der sozialdemokratischen Regierung überhaupt möglich gewesen, Mittel für diese Aufgaben zu bekommen.

Zum Problem des Bettenmangels: Meine Damen und Herren, jeder spricht von Bettenmangel. Jede internationale Statistik weist aus, daß wir in der Steiermark, wenn ich jetzt nur die statistischen Zahlen und die internationalen Verweildauerziffern hernehme, mehr als ausreichend Krankenbetten zur Verfügung haben. Das ist überhaupt kein Streit

unter Fachleuten, trotzdem haben wir volle Gänge, sind die Zimmer überbelegt und jeder kommt und sagt, noch ein Stückerl ist dazuzubauen, wir brauchen noch Krankenbetten. Wir haben für den Versorgungsraum Nord in den Krankenanstalten in der Kommission für den Spitalsplan, obwohl das deutsche Krankenhaus pro futurum sagt, daß man nur 12 Betten auf 1000 Leute rechnen müßte, 14 Tage Verweildauer angenommen. Wenn Sie aber wollen, kann ich Ihnen sagen, wo wir heute noch mit unserer Verweildauer in den einzelnen Anstalten sind. Das ist das Problem.

Schauen Sie, Sie beklagen, daß mit der Krankenanstaltennovelle jetzt gesagt wird, nur mehr die allgemeine Gebührenklasse und die Sonderklasse. Erinnern Sie sich auf Ihr Programm 1970 mit den 107 Punkten? Da haben Sie kreierte, daß es keine dritte Klasse mehr geben soll, da habe ich gesagt, was hat denn das für einen Sinn, zuerst muß man die Voraussetzungen schaffen. Und dann habe ich, als wir die Mehrheit im Bund bekommen haben und diese Novelle gekommen ist, in der Steiermärkischen Landesregierung gesagt, das hat doch keinen Sinn, eine Frist zu setzen, denn eine Frist in einem Gesetz kann man leicht setzen, man muß nur die Voraussetzungen haben. Wir haben eine Reihe von Anstalten, wo man diese Voraussetzungen geschaffen hat, es wird sicherlich noch kommen, wenn die 1. Chirurgie fertiggebaut ist, gibt es im ganzen chirurgischen Block im Krankenhaus Graz nur mehr 1-, 3- und 6-Bett-Zimmer. Das gibt es auch schon in anderen Krankenhäusern draußen, überall kann man nicht so teilen, weil dadurch der Bettenverlust einfach zu groß wäre.

Zur mangelnden Bereitschaft zur Information: Ja, meine Damen und Herren, ich stehe jederzeit und gerne Rede und Antwort und bin sogar sehr glücklich darüber, wenn man von den Sorgen und Problemen etwas abladen kann, aber ich sagte ja schon, es steht nie die Zeit zur Verfügung.

Zur Frage eigener Wirtschaftskörper: Ich möchte jetzt gar nichts sagen. Ich möchte nur eines bitten, im Interesse all derer, die als Beamte jetzt in diesen Krankenhäusern gewirkt haben: Sie haben es jedenfalls so gut gemacht, meine Damen und Herren, daß der Rechnungshof in seinem letzten Bericht erklärt hat, daß das Landeskrankenhaus Graz so billig, so gut und so rationell geführt wird. Die Beamten der zuständigen Wiener Magistratsabteilung waren schon hier schauen, wie es die Grazer machen. Man sollte ja auch das Lob, daß irgendwo ausgesprochen wird, aufnehmen, ich sage es nicht für mich, sondern ich sage es für die Beamten und Angestellten, die dort gearbeitet haben. Wenn Sie nämlich vom Wirtschaftskörper reden und denken, daß Sie dann einen Wirtschaftskörper haben werden mit über 6000 Leuten, den Sie mit einem Angestellten mit dem Gehalt eines Beamten leiten können, so werden Sie noch schauen, ob das Problem so zu lösen ist, wenn er sieht, was andere bei einem Wirtschaftskörper mit 6000 Leuten als Vorstandsgehalt bekommen. Aber wir werden alles untersuchen und schauen, was man da tun kann.

Herr Abgeordneter Eberdorfer, Ihnen darf ich also folgendes sagen: Zur Medizinischen Abteilung

Bad Aussee hätte es Ihres Antrages nicht bedurft, denn im Versorgungsraum Nord ist das vorgesehen. Wir können in Bad Aussee nichts bauen, wenn Sie die Situation dort kennen. Wir können nicht über die Traun hin bauen und wir sind eingeengt. Die Lösung Bad Aussee ist nur dann möglich — und das bitte ich bei dem Krankenanstaltenplan, von dem so viel und so oft und so gerne gesprochen wird, zu berücksichtigen, wenn bestimmte Rechtsverträge auslaufen. Zur Zeit ist ein Primarius dort, der hat einen Anstellungsvertrag für eine bestimmte Größe der Abteilung. Das hängt mit Rottenmann zusammen. In Rottenmann wird ja schon das Personalhaus gebaut, damit man das Personal vom Steinbau und vom Verwaltungsgebäude dort unterbringen kann. Erst dann kann sinnvoll dort der neue Behandlungstrakt angebaut werden. Daß dort schlechte Toiletteanlagen sind, wissen wir — es geht aber nur eines nach dem anderen. Wenn der Primarius in Bad Aussee in Pension geht, wird man die chirurgischen Betten von derzeit 98 um 30 auf 68 reduzieren können. Man kann dann eine medizinische Abteilung hineingeben, weil dann die Hauptversorgung ja in Rottenmann gegeben sein wird. Dabei ist daran gedacht, wie Primarius Dr. Piaty bereits ausführte, daß man einen Konsiliar-Facharzt dort hingeben könnte, damit sich auch in diesem Gebiet ein Facharzt für Innere Medizin ansässig macht. Wir sind der Auffassung, Gesundheit heißt nicht nur frei sein von Leiden, sondern auch seelisches Wohlbefinden. Wir sehen die Problematik nur darin, daß jährlich zwei Prozent der steirischen Bevölkerung neurologischen oder psychiatrischen Krankheiten erliegen. Zum Glück haben die modernen Behandlungsmethoden und Medikamente die Verweildauer so abgekürzt, sonst könnten wir trotz des sehr großzügigen Ausbaues nicht alles bewältigen.

Nun zum Nulltarif: Es gibt keinen Nulltarif, denn heute sind die Menschen alle irgendwie versichert. Sie meinten nur, er persönlich merkt es nicht, daß er bezahlen muß. Ich habe schon vor Jahren der Gebietskrankenkasse gesagt, daß ich es für sehr zielführend halte, wenn man bei besonderen Operationen den Leuten einen Brief schreiben würde und ihnen die Operationskosten mitteilt, damit die Leute eine Vorstellung davon haben, was tig!")

Sehr verehrter Herr Abgeordneter Stepantschitz, der Verkehr im Landeskrankenhaus, das ist ein erlassen hat und auch nicht gesagt hat, daß Vorschriften in einem Ausmaße kommen, daß dann die Firma, die bauen wollte, ablehnte. Wenn rascher entschieden worden wäre, wäre uns die Ölkrise nicht dazwischengekommen und man hätte die Garage dorthingebracht. Wir haben uns sehr bemüht, leider vergeblich. Wir könnten etwas draußen einen Grund bekommen, um zu bauen. Es ist das lauteste Krankenhaus. Leider glaubt auch jeder Laborant usw., daß er bis zum Hörsaal hinfahren muß mit dem Auto, und dies erschwert alles sehr. Die Polizei zu holen, ist hoffnungslos, denn die sagt, wir greifen nicht ein, weil es ein Privatgrund ist. Wir sind aber daran, zu versuchen, etwas abseits in der Nähe etwas zu bekommen. Über die kollegiale

Führung möchte ich mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Zeit jetzt nicht sprechen; der Entwurf der Novelle zum Krankenanstaltengesetz ist im Anhörungsverfahren ausgeschickt worden. Natürlich ist die kollegiale Führung der Abteilung, die dem Primarius untersteht, nicht drinnen, soweit es nicht um die Konferenz geht, die vierteljährlich stattfindet und wo alle Probleme des Krankenhauses mit allen Beteiligten besprochen werden sollen.

Der Abg. Pinegger hat mit Recht darauf hingewiesen, daß in Köflach ein sehr schönes Gebäude mit Wohnung und Ordination zur Verfügung steht, daß man aber keinen Arzt hinausbekommt. Das ist aber kein Einzelfall, es gibt in anderen Orten auch eine Vielzahl von offenen Stellen, wo sich die Gemeinden immer wieder bemühen, verschiedene Anreize zu geben, um einen Arzt zu bekommen. Das Krankenhaus Köflach ist im Umbau begriffen, mit Ambulanzeinrichtungen soll dort eine bessere Organisation erreicht werden. Es wurde in einem Drei-Etappen-Jahresplan mit der Personalabteilung abgesprochen, daß das Personal geschult und zur Verfügung gestellt wird.

Nun zu Ihren im Hause dargelegten Ausführungen, Herr Präsident Piaty: Wir haben oft die Klinge gekreuzt, oft war es keine feine Klinge, manches Mal war es sogar ein Dreschflegel, heute war es wieder einmal eine feinere Klinge. Ihre Kritik, ob der Abgeordnete noch etwas ändern kann oder nicht, ist eine Frage, die bereits wiederholt diskutiert. Im Mutterland der Demokratie weiß nur der Schatzkanzler, was im Budget drinnen ist, er legt es erst im Parlament vor, aber geändert kann nichts mehr werden. Sie haben recht, das sollte man nicht schon vorher in der Zeitung lesen. Außerdem, wir haben die Änderungen gehabt und wir haben gewußt, wohin das führt und haben dies deshalb nicht mehr gemacht. Für unseren Klub kann ich sagen, daß alles sehr wohl diskutiert werden kann und Anmerkungen, die Sie ja alle machten, im nächsten Jahr von der Regierung berücksichtigt werden. So negativ, wie Sie es sagen, ist das nicht — dies ist aber nicht meine Sorge, nachdem Sie nicht meinem Klub angehören. Ich sage das nur ganz generell. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Er kann ja übertreten!“) Wollen Sie ihn loswerden, Herr Landeshauptmann? (Landesrat Bammer: „Da hat er keine Chance bei uns. Das wäre eine Kindeswegleitung!“) Schauen Sie, Herr Präsident Piaty, mit Ihnen ist es wirklich nicht leicht. Mittlerweile sind ja auch schon andere daraufgekommen. Zuerst haben Sie geglaubt, daß nur ich Sie nicht verstehe.

Herr Präsident Piaty, Sie kritisieren die Spitalskommission, das ginge zu langsam. Als wir die Kommission das erste Mal einberufen haben, sind Sie gekommen und sagten, dies sei eine illegale Kommission und Sie seien im Auftrage des Landeshauptmannes da, obwohl die Kommission von der Landesregierung mit Ergänzungen des Herrn Landeshauptmannes beschlossen wurde, und Sie den Herrn Landeshauptmann in einer Kommission, die vom Land eingesetzt ist, gar nie vertreten können. Sie haben geschimpft über die Kommission, daß das Gutachten keinen Wert hat. Der Herr Landeshauptmann hat den Teil 5 dieses Gutachtens als große

Erkenntnis für die Spitalsorganisation ausgeschickt. Solche Widersprüche und Dinge passieren. Beim nächsten Mal sind Sie überhaupt nicht gekommen. Da können Sie nicht informiert sein, Herr Kollege. Wenn Sie sagen, es gehe zu langsam wie meine Wanderung — ich hätte halt Sie im Rucksack mitnehmen sollen, vielleicht hätten wir dann weniger Mandate verloren. (Landesrat Bammer: „Überall herzeigen!“) Sie beklagen selbst die überfüllten Wartezimmer. Ich kann Ihnen, Herr Präsident, den Vorwurf nicht ersparen, Sie haben das so gemacht, wie es bei den Buchdruckern üblich ist: Wenn zwei sterben, darf einer Lehrling werden. Sie haben immer gewarnt, niemand solle Medizin studieren, weil er dadurch keine Lebenschance hat. Daß heute die Wartezimmer voll sind, wie Sie es beklagen, das sind die Folgen davon.

Wir haben einen enormen Rückgang, wir waren an zweiter Stelle in Europa mit der Ärztebesetzung bei 514, jetzt sind wir bei 538 auf 1000, bei den Fachärzten sind wir noch weiter unten. Ich fürchte auch und ich glaube nicht, daß in naher Zukunft schon mit einem Überschuß an Ärzten zu rechnen sein wird, denn Sie kennen die Entwicklung in den Krankenanstalten und wieviel unbesetzte Stellen draußen sind. Ich glaube, wir sollten gemeinsam — und hier wäre eine Aufgabe der Ärztekammer meines Dafürhaltens nach — ordnend einzugreifen, greift, daß Sie auch nicht soviel für Fachärzte zudaß nicht sovielen Facharzt sondern mehr praktischer Arzt werden wollen.

Und jetzt komme ich zu einem Problem, Herr Präsident Piaty, von dem ich wohl wissend mit allem sittlichen Ernst spreche, weil von der Wohlfahrtsdiktatur geredet haben. Herr Präsident Piaty, es gibt niemanden in Österreich, der die Sozialisierung oder Verstaatlichung der Medizin will. Glauben Sie es mir, ein sinnvolles Nebeneinander der öffentlichen Hand, der Sozialversicherungsträger, der Ärzteschaft ist das Fundament, aber wenn Sie eine Politik weiterbetreiben, wie Sie sie jetzt gemacht haben, Herr Präsident, dann zwingen Sie einfach dazu, daß es zu einer Verstaatlichung kommt. Schauen Sie, wir sind sehr glücklich, daß Leute in den Spitälern tätig sind als Ärzte. Aber Sie wissen doch selbst, daß niemand mehr auf das Land hinausgeht. Man muß doch einen Weg suchen, man kann doch nicht immer dort, wo die öffentliche Hand tätig ist, sagen, ja da kann man noch was fordern, noch was tun. Das führt doch nur dazu, daß der draußen am Land sich immer mehr benachteiligt fühlt. Es ist klar, daß ein junger Mensch sagt, im Spital arbeite ich 37 Stunden, habe meine geregelte Zeit, weiß, wann ich in der Nacht frei bin oder nicht, verdiene so und so viel, brauche keine Ordinationshilfe, zahle keine Versicherung und muß nicht in der Nacht auf den Berg hinauf. Wenn wir nicht anfangen umzudenken — und das wäre meiner Ansicht nach die Aufgabe der Ärztekammer — so werden die Schwierigkeiten immer größer werden. So wie Sie mir immer gute Ratschläge geben, muß ich Ihnen jetzt diesen Rat geben. Vielleicht nehmen Sie einmal diesen wohlgemeinten und aus dem Verantwortungsbeußtsein heraus erwachsenden Rat an und bemühen sich.

Herr Präsident Piaty, die Gebietskrankenkasse hat ein Memorandum herausgegeben, daß 106 oder 109 Zahnbehandler in den letzten Jahren in der Steiermark weniger geworden sind. Das muß sich doch irgendwo auswirken, da können Sie noch so sagen, na ja, ich bin halt ein Freund der Ambulatorien, daher bewillige ich das. 17 Anträge sind gestellt worden vor mehr als einem Jahr, es wird gewissenhaft und korrekt von Beamten erhoben. Sie werden doch nicht einem Beamten unterstellen, daß er irgend etwas tut, was nicht Rechtsens ist. Und jetzt sind 4 von diesen 17 bewilligt, da haben Sie Einspruch erhoben, und da hat der Verwaltungsgeschichtshof einen Formalfehler entdeckt. Bei einem Ambulatorium, das für die Betriebskrankenkasse in Donawitz gemacht wurde, hat er diesen Formalfehler nicht gefunden. Bitte schön, man wird nun das beheben, aber Sie müssen doch einsehen, daß Sie sich in eklatantem Widerspruch zu den Bedürfnissen der Menschen stellen, wenn Sie sagen, jetzt muß geschlossen werden. Ja, das wissen Sie doch selber — Sie haben sicherlich auch schon Zahnweh gehabt —, wenn jemand beim Zahnbehandler ist, wenn er ein Gebiß angemessen hat, oder sonst etwas, daß man jetzt nicht sagen kann, weil ich gesetzestreu bin — wie Sie das meinten — jetzt ist das da, jetzt müssen wir also schließen. Nein, man wird eine menschliche Lösung unter Respektierung des Gesetzes suchen — niemand wird sich gegen den Entscheid eines Höchstgerichtes stellen, wir werden ihn respektieren, denn das ist die Grundlage des Staates —, aber man muß auch die menschliche Seite dabei beachten und dergestalt wird das gelöst werden. (Beifall bei der SPÖ.) Und ich sage noch einmal, ich bitte Sie wirklich im vollen Bewußtsein auch meiner Verantwortung, bereiten Sie nicht durch eine Haltung vielleicht Schwierigkeiten. Ich kenne Sie jetzt schon, das darf ich ja sagen. Ich muß Ihnen das Kompliment machen, daß man sehr wohl viele sehr schwierige Probleme mit Ihnen ausgezeichnet besprechen kann. Sie sind nur manches Mal ein anderer Mensch, wenn Sie ein Rednerpult vor sich haben, dann ist das alles, was Sie vorher gesagt haben, nicht mehr wahr. Ich weiß nicht, warum. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es ausgerechnet nur in der Steiermark immer wieder Schwierigkeiten zwischen der Ärztekammer und den Sozialversicherungsträgern gibt. Ich habe Sie und den Herrn Obmann Sametz gebeten, setzt euch doch zusammen, redet, sagt mir, was herauskommt und dann werden wir die Bescheide herausgeben. Ja, irgendwo seid ihr eh hingefahren, auf einen Berg hinauf, aber herausgekommen ist nichts. Alle zwei seid Ihr gekommen und habt gesagt, nichts ist, jetzt will ich erst recht. Ich glaube nicht, daß das die Art ist, wie man die Dinge lösen kann.

Ein wesentliches Element ist die Altersversorgung der Ärzte. Jawohl, warum sollte gerade dieser Stand immer unter dem Damoklesschwert tätig sein, wenn ich jetzt aufhöre, stürzt mein Einkommen sehr zusammen. Sie wissen doch selbst, daß, ich glaube es war vor 12 Jahren, bei der Ärztekammerwahl die Altersversorgung im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand. Sie haben sogar aus Freiburg im Breisgau jemand kommen lassen, der das ausrechnet.

Wenn ich mich recht erinnere, waren wir damals schon der Meinung, schließen wir es doch dem großen Riskenträger an, der staatlichen Sozialversicherung und das Problem ist für die Ärzte gelöst. Sie haben gesagt, nein, das machen wir allein. Es kann eine so kleine Riskengemeinschaft einfach die Dinge nicht aufbringen, die heute für die Altersversorgung eines Menschen notwendig sind, oder er muß soviel einzahlen, daß es dann zu einem Unrecht wird. Sie wissen ja, wie es gerade für die Frau eines tödlich verunglückten Arztes aussieht. Hier, glaube ich, sollte man bereit sein, umzudenken.

Zu den Konsiliarärzten: Wir werden das beraten, was Sie mir einmal geschrieben haben. Als wir darüber geredet haben, wann wir zusammenkommen sollen, da haben Sie gesagt, nein, es ist jetzt nicht so notwendig. Wir werden in dieser Novelle einige Dinge für die Konsiliarärzte machen. Der Kollege Wegart hat schon etwas dazu gesagt, Sie wissen doch selbst, wenn ich heute gemeinsam mit dem Kollegen Wegart einem Gynäkologen sage, der kann dort in das Krankenhaus hinein, daß doch das Problem der Verantwortung nach der Operation besteht. Der Gynäkologe operiert, dann kommt der Samstag/Sonntag, dann sagt er, ich bin Facharzt, ich bin frei, ich habe keinen Dienst, geht jagen und der im Krankenhaus tätige Chirurg trägt dann die Verantwortung, wenn etwas ist. Das ist das Problem. Wir haben doch wiederholt über diese Dinge gesprochen, das ist nicht so einfach. Sie sagen jetzt, daß wir die Dinge gemeinsam machen sollen. Ich habe Ihnen das mindestens vor zehn Jahren schon gesagt, als Radkersburg das erste Mal spruchreif war. Damals habe ich gesagt, machen Sie doch Gemeinschaftspraxen der Ärzte. Wir sind — ich glaube das sagen zu können, obwohl die Mehrheit das beschließt oder dazu ja sagen muß — bereit, Gemeinschaftspraxen vom Land zu fördern. Machen Sie solche, aber Sie sind ja nicht dazugekommen, weil es ja im inneren Widerstreit bei den Ärzten immer wieder nicht geht. Wir wissen das und würden es begrüßen, wenn am Land mehrere Fachärzte zusammen so eine Praxis machen würden und wir würden das sogar vom Land her fördern.

Ärztliche Dokumentation, Leidensweg EDV Krankenhaus: Wir sind aber trotz des Leidensweges weiter als alle europäischen Krankenhäuser, und die ärztliche Dokumentation ist das Letzte, das ist ja eine enorme Speichersache. Wir speichern ja zum Beispiel schon in der Nervenklinte und im Röntgeninstitut, aber auf Bundesanlagen. Was da zusammenkommt an ärztlicher Dokumentation ist ungeheuer. Man kann mit Mikrofilmen die Krankengeschichten aufnehmen usw. Das ist ja alles nicht von heute auf morgen zu machen.

Der Herr Abgeordnete und Präsident Ileschitz hat von der Krankenanstaltengesetz-Novelle gesprochen. Nachdem wir über diese Novelle noch viel reden werden, kann ich mir jetzt die Zeit hierfür ersparen. Ich möchte nur auf das zurückkommen, was der Herr Abg. DDr. Stepantschitz gemeint hat: Mit der Diagnosestraße soll ein Versuch gemacht werden und wird dies in der Novelle aufgenommen, damit die Untersuchungen rationeller und rascher vor sich gehen. Zur Frage Schlagan-

fälle: Wir haben die erste Ausbaustufe im Landesnervnenkrankenhaus nächstes Jahr fertig, wir wollen dort eine ganz moderne Schlaganfallstation hinbringen, es geht aber nicht, weil Messendorf geräumt wird. Es liegt ein Beschluß vor, daß Messendorf geräumt wird, wir sind aber dadurch, daß die Mittel nicht zur Verfügung stehen, auch den zweiten Trakt zu bauen, beeinträchtigt, die moderne Schlaganfallstation voll zu bauen, wie wir sie uns vorgestellt haben. Sie wissen und kennen die heutige Praxis, wenn ein älterer Mensch einen Schlaganfall erleidet, wird er meist in das Landesnervnenkrankenhaus geschickt. Das ist eine geschlossene Anstalt mit allen Problemen, die es rechtlich und verwaltungsmäßig gibt. Wir werden uns bemühen, dort eine offene Anstalt hinzubekommen, was aber erst möglich sein wird, wenn auch der zweite Teil gebaut werden kann. Zum Tarnanstrich: Dazu darf ich sagen, wo wir Zu- und Umbauten bzw. Änderungen vorgenommen haben, wurde dieser behoben. Die Stationen, bei denen noch Um- bzw. Zubauten erfolgen werden, erhalten nach Abschluß der Innenarbeiten eine neue Fassade. Ich bin mit Ihnen einer Meinung, daß der Tarnanstrich verschwinden muß und daß wir in Österreich und namentlich in der Steiermark keinen Grund haben, uns zu verstecken bzw. unser Licht unter den Scheffel zu stellen, denn wir haben sehr viel — wenn auch nicht immer anerkannt — gemacht. Ich hatte Gelegenheit, weit in der Welt Krankenhäuser zu sehen und da können wir mit unseren Krankenhäusern noch immer Schritt halten. Der Herr Abgeordnete Loidl hat auf das Problem insbesondere der Ambulatorien verwiesen. Dazu darf ich noch folgendes sagen: Es wird einem etwas schwergemacht, wenn ich nur daran denke, daß bei den Erhebungen der zuständige Landessanitätsdirektor im Landessanitätsrat sitzt, der Landessanitätsrat verneint das Ambulatorium, die Landessanitätsdirektion gibt aber dann ein Gutachten ab, in dem sie diese Ambulatorien befürwortet und damit der Leiter der Sanitätsdirektion, weil er ja im Landessanitätsrat nein gesagt hat, nicht seine Unterschrift darunter setzen muß, läßt er seinen Untergebenen unterschreiben. Dies ist auch eine Art, wie man es nicht machen sollte. Ich bin ja Kummer gewöhnt und so darf ich meinen Freunden, die mir so wohlmeinende Worte zugebracht haben, herzlich danken. Wer ist nicht so viel Mensch, daß er sich auch bei aller Kritik einmal des Lobes freut, obwohl wir kein Lob zu erwarten haben, sondern das Dienen am kranken Menschen unsere Aufgabe ist.

Gestatten Sie mir auch, daß ich am Schluß den vielen, die sich den kranken und heilungssuchenden Menschen in unseren Landeskranken-, Heil- und Pflegeanstalten widmen, vom Universitätsprofessor beginnend bis zum Heizer, den Technikern und Ingenieuren, Dank sage für ihre Arbeit, ob im Büro, ob als Helfer des Arztes am Krankenbett oder sonst irgendwo in der Anstalt. Ganz besonderer Dank gilt auch jenen, die nach vielen Jahren der Arbeit auf diesen Posten in die Pension gegangen sind. Ich habe Ihnen heuer nicht mitzuteilen, daß uns ein bewährter Arzt verläßt, aber ich habe die

traurige Pflicht, darauf hinzuweisen, daß wir zwei sehr tüchtige Ärzte in der Blüte ihres Lebens — den Herrn Primarius Paul durch einen Autounfall und Primarius Dr. Mokry vom Landeskrankenhaus Feldbach, der verstarb — verloren haben.

Zum Schluß darf ich eines Mannes gedenken, dessen ganzes Leben und Wirken bei der Landesregierung 47 Jahre hindurch im Dienste der kranken Menschen gestanden ist. Das ist unser Regierungsrat Direktor Haiden, der 1927 in den Landesdienst eingetreten ist und immer in der Krankenhausverwaltung tätig war; er hat seinen Dienst in der Krankenhausverwaltung Leoben begonnen, war in den Krankenhäusern Mariazell, Voitsberg, Rottenmann, Stolzalpe, führte seit 1957 die Wirtschaftsdirektion des Landeskrankenhauses Graz, hat ohne Personalvermehrung die großen Bauten, wie den Bau der Kinderklinik, den Bau der Ersten Chirurgie, den Umbau der alten Chirurgie, den Umbau der Augenklinik und eine Vielzahl anderer Baumaßen abgewickelt. Er verdient es, daß er hier lobend genannt und hervorgehoben wird. Die Republik hat ihn ausgezeichnet durch die Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens. Ich sage ihm nochmals herzlichen Dank. Er war auch Vorsitzender der Verwaltergemeinschaft der Spitalsverwalter in der Steiermark und ist es zur Zeit für ganz Österreich. Auch als der für die Anstalten zuständige Referent sage ich ihm herzlichen Dank. Ihnen, Hoher Regierung und meinen Damen und Herren Abgeordneten, danke ich — ich weiß, es ist nicht immer einfach, es wird immer Probleme geben. Bitte setzen Sie auch von dem, der Verantwortung trägt und nicht gerade Ihrer Partei angehört, voraus, daß er sich trotzdem redlich bemüht, das Beste zu tun. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren, in der Gruppe 5 liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Laurich: Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich wiederhole meinen Antrag und bitte Sie, meine Damen und Herren, der Gruppe 5 die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Meine Damen und Herren, ich schreite daher zur Abstimmung über die Ansätze und Posten der Gruppe 5. Ich ersuche die Damen und Herren, die den Ansätzen und Posten der Gruppe 5 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Gruppe 5 ist somit angenommen.

Ich unterbreche nun die Sitzung bis 20.15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 19.45 Uhr, Wiederaufnahme der Sitzung: 20.20 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf und kommen jetzt zur Gruppe 6: Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen. Berichterstatter ist der Abg. Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Diese Gruppe weist für 1975 Einnahmen in der Höhe von 1.289,752.000 Schilling auf und Ausgaben in der Höhe von 2.420,368.000 Schilling. Somit ist diese Gruppe jene Gruppe, die die größten Ausgaben aufweist. Diese Gruppe gliedert sich in 6 Abschnitte, und zwar in Planung- und Vermessungswesen, Wohnungswesen, Hochbauwesen, Straßen- und Brückenbau, Wasserbau und Wasserleitungs- und Kanalbau. Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist unbestritten, daß von dieser Gruppe für unsere Bauwirtschaft und für das Baunebengewerbe im kommenden Jahr die größten Impulse in diesem Lande ausgehen, und es ist daher zu hoffen, daß diese Ansätze auch erfüllt werden.

Der Finanz-Ausschuß hat in seiner letzten Sitzung einstimmig diese Gruppe beschlossen und ich darf Sie namens dieses Ausschusses ersuchen, dieser Gruppe Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Meine Damen und Herren! Im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Hause vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 6 zu teilen, und zwar; im ersten Teil sollen das Wohnungs- und Siedlungswesen und die Raumordnung behandelt werden und im zweiten Teil das Bauwesen einschließlich Straßen- und Wasserbau. Wird dagegen ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall. Wir beginnen daher mit der Debatte über das Wohnungs- und Siedlungswesen. Zu Wort gemeldet hat sich der Abg. Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel: Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Am 25. Juli heurigen Jahres hat der Steiermärkische Landtag das Raumordnungsgesetz beschlossen, und die Landwirtschaft hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß sie sich zu einer Raumordnung bekennt. Ich möchte heute anläßlich der Budgetdebatte ersuchen, daß bei den nun folgenden Arbeiten zur Planung das bäuerliche oder das ländliche Dorf mit seinem Charakter uns erhalten bleibt, wenigstens noch zu diesem Teil, wie wir es zur Zeit noch vorfinden. Es gibt heute keine exakte Abgrenzung mehr zwischen dem städtischen Bereich und den ländlichen Siedlungen. Und man könnte hin und wieder die Behauptung aufstellen, daß das bäuerliche Dorf oder das ländliche Dorf gar nicht mehr besteht. Die Reste sollen in der gebührenden Form auch der Zukunft erhalten bleiben. Es soll dabei aber auch bei der Wichtigkeit der Planung von Bauten eingesehen werden, daß der Mensch bei allen Überlegungen zur Verbesserung der Infrastruktur im Mittelpunkt stehen soll. Wenn die Landwirtschaft jahrhundertlang in den Generationen der Bauerngeschlechter Treuhänder des Bodens war und wenn hin und wieder Unvernünftige vielleicht die Behauptung aufstellen, daß eben diese kleine Berufsgruppe nicht zu Recht den Großteil des Grund und Bodens besitzt, so sollte man bei den Planungsarbeiten zumindest versuchen, mit diesem jahrhundertlang gut verwalteten Boden sparsamst umzugehen. Es soll trotz der wichtigen Maßnahmen, die für das bäuerliche Dorf, für den ländlichen Bereich zur Verbesserung der Infrastruktur gesetzt

werden müssen, eines nicht eintreten, daß in der künftigen Entwicklung dieser Raum, dieser Bereich im Schatten des Wohlstandes zu leben hat. Es soll daher mit einer gesunden Siedlungsdichte das bäuerliche Dorf mit seinem echt ländlichen Charakter auch in Zukunft erhalten haben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet Herr Abg. Pichler. Ich erteile es ihm.

Abg. Pichler: Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Die Wohnbaufrage steht ja weiterhin im Mittelpunkt der Diskussion. Wir haben ja gerade auf dem Wohnbausektor noch einen sehr großen Nachholbedarf, wenngleich wir einige Ziffern vor Augen führen müssen, die nicht ganz uninteressant sind. Die Erhebungen aus 1971 zeigen immerhin, daß wir in Österreich etwa 2,666.000 Wohneinheiten haben, von denen rund 2,430.000 bewohnt sind. Das stimmt auch ungefähr mit der Haushaltsziffer im gesamten gesehen in Österreich überein. Die Statistiker behaupten, daß rein ziffernmäßig gesehen der quantitative Wohnungsbedarf als behoben gelten könnte. Diese Behauptung ist sicherlich relativ, weil diese Wohnungseinheiten sicher nicht geschlossen in einzelnen Blöcken und in einzelnen Objekten, sondern als zerstreut anzusehen sind und daher diese Ziffer absolut nur als reine Zählziffer angenommen werden kann. Aber sie ist trotzdem für uns Anlaß genug, darüber nachzudenken, wie können wir den viel, viel größeren qualitativen Wohnungsfehlbestand in diesem Lande im gesamten gesehen beheben, und dies gilt natürlich auch für die Steiermark.

Die Wohnbauförderungsgesetze, begonnen seit 1948 bis herüber zu dem vom Kollegen Schrammel besprochenen Steiermärkischen Raumordnungsgesetz, haben nun mehr oder weniger gute Erfolge gezeigt. Einerseits spielte oftmals das Geldvolumen eine große Rolle, andererseits war es natürlich immer wieder davon abhängig, in welcher wirtschaftlichen Situation haben wir uns im gesamten gesehen befunden, wie war jeweils die Konjunktur. Sowohl der Nationalrat als auch der Landtag haben getrachtet, die Gesetze von Zeit zu Zeit zu novellieren, sie den Verhältnissen anzupassen und sie somit brauchbar zu gestalten. Der gesamte Wiederaufbau kann als abgeschlossen betrachtet werden, das Land Steiermark hat ja bereits den Schlußstrich in dieser Richtung gezogen. Es muß nunmehr gelten, Überlegungen anzustellen, wie können wir den gesamten Althausbestand und damit die alten Wohnungen jener Verwendung zuführen, der sie zugeführt werden sollen. Ich meine damit die Erhebung in sehr exakter Art, welche Wohnungen und welche Bauten sind echt sanierungswürdig, und können wir damit gleichzeitig jene Baulandbeschaffung einsparen, um die es immer wieder große Diskussionen gibt. Selbst wenn wir das Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz heute haben, so müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß auch trotzdem jeder Quadratmeter, den wir kaufen müssen, seinen Preis hat und damit auch auf die Mietenbildung eine entsprechen-

de Auswirkung zeigt. Wir haben mit dem beschlossenen Gesetz sicherlich die Möglichkeit, wieder einen Schritt nach vorne zu tun. Wenn wir aber bedenken, welche Objekte vor uns liegen, daß das derzeit geltende Landesgesetz dazu nicht ausreicht und wir von der Bundesseite her das geltende Wohnbauförderungsgesetz 1968 mit der Novelle 1972 nicht grenzenlos in diesem Zusammenhalt oder überhaupt nicht anwenden können, so stehen wir echt vor einem Problem. Ich habe keine Lösung in der Endphase, wir haben diesbezüglich auch keinen konkreten Antrag gestellt, aber ich möchte dies doch in den Raum stellen, daß wir uns veranlaßt sehen, gemeinsame Überlegungen anzustellen.

Die nächste Frage, die uns sehr beschäftigen muß, ist die Darlehensgewährung. Wir kennen das Direktdarlehen, das nur unter bestimmten Voraussetzungen gewährt wird, und wir kennen die Zinsenzuschüsse. Es ist sicherlich für die Steiermärkische Landesregierung nicht leicht, zu einer Sofortlösung zu kommen, wenngleich meiner Meinung nach diese Sofortlösung unaufschiebbar ist. Als seinerzeit auf dem Kapitalmarkt die Darlehen noch mit 6 und 7½ Prozent Zinsen zu erhalten waren, sind 4 bis 6 Prozent — je nach Einkommensverhältnis und Familienstand — als Zinsenzuschuß seitens des Landes gewährt worden. Mittlerweile haben wir in der gesamten Finanzwirtschaft und in der gesamten Währungsfrage die Tatsache zu verzeichnen, daß die Zinsen 10 Prozent und 10½ Prozent betragen. Hier tritt nun die Tatsache ein, daß jeder Eigenheimbauer, jeder, der von sich aus aktiv und initiativ wird, einen Wohnraum zu schaffen, in echte Schwierigkeiten gerät, weil die 4 bzw. 6 Prozent nicht mehr ausreichend sind. Es wäre sicherlich am einfachsten, es bei diesen Zinsen bzw. bei diesen Zinsenzuschüssen zu belassen, dann werden eben weniger Ansuchen eingereicht. So könnte man das auch handhaben, aber das wollen wir alle zusammen nicht, denn wir freuen uns letzten Endes gemeinsam darüber, daß die Menschen selbst so eifrig und bemüht sind, Eigenheime überall dort zu schaffen, wo noch Bauland zur Verfügung steht. Es bedarf aber auch bei den Geschoßbauten meiner Meinung nach einer Neubetrachtung im Zusammenhang mit der gesamten Zinsbildung. Meine Damen und Herren, es entstehen heute eine Reihe von Kostenpunkten bei der Errichtung von Wohnungseinheiten, welche die Mietenbildung derart stark beeinflussen, aber wir müssen dazu Überlegungen anstellen, welche maßgebenden Punkte noch miteinbezogen werden können, um bei der Gewährung der Mietenbeihilfe berücksichtigt werden zu können. Es ist die Tatsache gegeben, daß wir nach dem Wohnbauförderungsgesetz moderne Bauten errichten sollen und auch wollen, sie modern auszustatten. Wir haben im Gesetz selbstverständlich enthalten, daß ab dem 5. Geschoß ein Aufzug zu errichten ist, es sind Zentralheizungen vorgesehen und vieles andere mehr, auch ein Zivilschutzraum ist einzurichten. All das sind Kostenpunkte, die Belastungen darstellen. Das sind für uns Gegebenheiten, über die wir nicht hinwegkommen und es sind für uns

Fragen, über die wir reden müssen. Zum Abschluß noch ein Wort zum gesamten Wohnungsbau in bezug auf die Baugrundbeschaffung: Meine Damen und Herren, wir haben nunmehr ein Raumordnungsgesetz, wir werden sehr bald dafür sorgen müssen, daß die Ausführungsbestimmungen dazu vorhanden sind und zur Verfügung stehen, damit wir überall dort an die Planung schreiten können, wo Wohnobjekte und Siedlungen entstehen sollen. Das allein schon deshalb, weil uns letzten Endes das Raumordnungsgesetz in keiner Weise nützlich ist, wenn wir der Zersiedelung weiterhin zuschauen und nicht Alternativen setzen, den Menschen etwas anderes anbieten und damit Bauland ersparen. Das wollte ich als Diskussionsbeitrag bringen und alle Damen und Herren um ihre Überlegungen bitten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Buchberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Buchberger: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Konform mit dem, was Kollege Pichler gemeint hat, den Bau neuer Siedlungen in unserem Landesbereich betreffend, geht natürlich auch die Frage der Abfallbeseitigung im Unterabschnitt 683. Wir können in zunehmendem Maße die Feststellung machen, daß gerade im Zuge unserer Wegwerfgesellschaft, ich will gar nicht von den Schulbüchern sprechen, die verschiedensten Abfälle anfallen und es dringend notwendig erscheint, daß wir in der Steiermark alle Möglichkeiten wahrnehmen, um hier entsprechende Abhilfe zu schaffen. Vor allem diejenigen, die im kommunalpolitischen Leben tätig sind, werden mit der Frage der Abfallbeseitigung laufend konfrontiert. Wir wissen sehr wohl und kennen die Materie, daß vor allem organische und industrielle Stoffe wasserlöslich sind und dadurch das Problem der Wasserverseuchung heraufbeschwören. Daher wird es notwendig sein, auch deshalb, weil seitens des Landtages und des Landes für das kommende Jahr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, sich dieser Frage besonders zuzuwenden. Wir haben die Möglichkeit und erleben es draußen immer wieder, eine geordnete Deponie anzulegen oder eine Kompostierung, ein Verbrennen, eine Wiederverwendung der Abfallstoffe. All dies bringt uns aber immer wieder in Schwierigkeiten, vor allem, wenn wir die Frage erörtern, wenn es darum geht, eine Verbrennungsanlage zu errichten, daß seitens der Bürger der betroffenen Gebiete uns immer wieder entgegengehalten wird, daß es dadurch in weiterer Folge zu einer Luftverschmutzung komme. Daher erscheint es doch zweckmäßig, auf diese Dinge Rücksicht zu nehmen. Es wäre in diesem Zusammenhang auch nicht uninteressant zu erwähnen, daß in der Steiermark mit einer Einwohnerzahl von 1.192.000, mit 550 Gemeinden, erst 176 Gemeinden über eine entsprechende Müllabfuhr verfügen.

Allerdings muß in dem Zusammenhang gesagt werden, daß in diesen 176 Gemeinden 670.000 Einwohner unserer Steiermark davon erfaßt sind. In der

weiteren Folge kann in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß wir in 8 Gemeinden, das heißt in 2 Ballungszentren, in Kapfenberg und Zeltweg, eine Müllveraschungsanlage bereits errichtet worden ist, wodurch ungefähr 43.000 Einwohner in diesem Bereiche erfaßt worden sind. Es wird daher notwendig sein, in der weiteren Folge für die restlichen 347 Gemeinden auch entsprechend vorzusorgen, daß auch in jenen Gemeinden eine entsprechende kontrollierte Müllabfuhr durchgeführt wird. Wir haben in der Steiermark — und das darf in dem Zusammenhang auch erwähnt werden — vom Land für Deponien und für Veraschungsanlagen bereits einen Betrag von 4,4 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt und in der weiteren Folge einen Betrag von 600.000 Schilling für Detailstudien, ob das nun die zehn regionalen Müllbeseitigungsanlagen in der Steiermark betrifft oder vor allem jene Studie, die nun seit längerer Zeit bei uns in der Steiermark immer wieder zur Diskussion gestellt wird, nämlich jene, die von der Firma Altvater Kofler Ges. m. b. H. im letzten Jahr erstellt worden ist. Sie beträfe eine gemeinsame Müllabfuhr in der Steiermark, allerdings wäre dann die Deponie der Karlschacht in der Weststeiermark im Köflacher Raum, und wir haben bereits aus den Ausführungen des Kollegen Brandl gehört, daß die sozialistische Fraktion mit dieser Studie nicht einverstanden zu sein scheint. Aber ich meine, es wäre doch sinnvoll, echte Überlegungen anzustellen, ob das nicht eine Möglichkeit wäre und es wäre auch zu überlegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ob unter Umständen nach 40 Jahren die in diesem Bereich Wohnenden uns nicht dankbar sein könnten, weil der in der Umgebung gelegene Karlschacht nicht weiß Gott wie in die Gegend paßt und dadurch eingeebnet werden könnte. Ich wollte damit nur gesagt haben, daß es zwingend notwendig ist, vor allem, weil wir wissen, daß noch 347 Gemeinden keine kontrollierte Müllabfuhr besitzen — daß wir vom Land her entsprechende Vorsorge treffen über die Bezirkshauptmannschaft, in der weiteren Folge, daß entsprechende Gemeinschaften gebildet werden, wo die einzelne Gemeinde nicht in der Lage ist, eine entsprechende Müllabfuhr zu organisieren. Es soll doch auf Initiative der Bezirkshauptmannschaften an die Gemeinden herangetreten werden, hier entsprechend vorsorglich auch etwas zu tun. Wir haben ja das Abfallbeseitigungsgesetz in der Steiermark, wo einerseits die Gemeinden verpflichtet werden, etwas zu tun, und auf der anderen Seite die Gemeinden auch die Möglichkeit haben, hier entsprechend einschreiten zu können, um Müllabfuhrplätze organisieren zu können.

Es darf auch sehr erfreulich zur Kenntnis genommen werden, daß im Gegensatz zum Jahre 1973, wo im Voranschlag nur noch ein Betrag von 305.000 Schilling zur Verfügung gestanden ist, jetzt im Voranschlag 1975 ein Betrag von 2.305.000 Schilling zur Verfügung steht. Dieser Betrag ist natürlich nicht ausreichend, um alle Probleme zu lösen, aber er scheint eine Initialzündung zu sein, um auch die Gemeinden entsprechend zu animieren, in dieser Frage etwas zu tun.

Abschließend möchte ich noch einmal sagen, daß es mir notwendig erscheint, hier auf Initiative des Landes über die Bezirkshauptmannschaft an die Gemeinden heranzutreten, um sich im besonderen dieser Frage zu widmen, damit auch in Zukunft unsere Landschaft in unserem Sinne erhalten bleibt. (Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Abg. Ing. Turek. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Turek: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die meisten Wohnbauten werden natürlich nach den Richtlinien der Wohnbauförderung 1968 mit den nachfolgenden Novellen errichtet. Allerdings sieht diese Wohnbauförderung 1968 etwas nicht vor, zumindest ist es nur sehr schwer, nach diesen Richtlinien die Kosten, die im Zusammenhang mit einem erhöhten Schallschutz und mit einem erhöhten Wärmeschutz entstehen, unterzubringen. Ich glaube, daß wir gerade in den Ballungsräumen — das ist ein Problem, das hauptsächlich die Städte betrifft — dem erhöhten Schallschutz unser besonderes Augenmerk zuwenden könnten. Wir haben uns die Mühe gemacht und haben nachrechnen lassen, was für eine 80-m²-Wohnung ein optimaler Schallschutz kosten würde, die Kosten belaufen sich rund zwischen 70.000 und 100.000 Schilling. Das kommt mehr oder minder auch auf die Zahl der Räume an. Das sind natürlich Kosten — und das weiß ich —, die in den Quadratmeterpreisen, die vorgeschrieben sind, nicht unterzubringen sind. Ich glaube, daß es vielleicht möglich sein könnte, hierbei einen Kompromiß zu schließen, daß man in jeder Wohnung einen optimal schallgeschützten Wohnraum vorsieht, daß zumindest jeder Wohnungsinhaber und Bewohner einer Wohnung, hauptsächlich handelt es sich ja um Wohnungen an — wie wir es in den Städten haben — frequentierten Straßen, daß wenigstens in einer Wohnung eine Insel der Ruhe und des Friedens vorgesehen ist, auf die sich dann der geplagte Bewohner dieser Wohnung zurückziehen kann und doch, von äußeren Einflüssen relativ unbeeinträchtigt, seine wohlverdiente Ruhe genießen kann. Und was den erhöhten Wärmeschutz anbelangt, meine Damen und Herren, gibt es heute schon seriöse Berechnungen, die dahingehend lauten: Das, was man bei den Bauten an erhöhtem Wärmeschutz vorzusehen hat, kann man sich umgekehrt — das kann man natürlich nicht bis zum Exzeß betreiben, aber es gibt da eine wirtschaftliche Grenze — bei der Heizanlage einsparen. Dadurch wäre auf jeden Fall eine Rentabilität bei den niedrigeren Betriebskosten, die ja für die Heizung aufgebracht werden müssen und den Mieter ständig belasten in alle fernere Zukunft gegeben. Diese Kosten könnten als Umweltsrentabilität heringebracht werden. Auch diese Frage wäre prüfenswert, ob nicht dahingehend die Wohnbauförderung 1968 auch eine Möglichkeit vorsehen könnte, daß dieser erhöhte Wärmeschutz auch vorzusehen ist.

Meine Damen und Herren, und noch ein Problem, das uns hauptsächlich in den Städten bewegt, aber wenn schon von Umweltschutz so viel gesprochen wird, sollten wir vielleicht auch unser Augenmerk auf die Heizung im allgemeinen legen. Wir haben

im Bereich der Stadt Graz — und haben keine Möglichkeit, das zu ändern — das Problem, daß es ohne weiters möglich wäre, einen Bau, nicht nur einen Wohnbau, auch einen Bürobau, an eine umweltfreundliche Heizung anzuschließen, weil es ja an der notwendigen Infrastruktur nicht fehlt. Wir haben Fernwärme, wir haben Elektroanschluß, wir haben unter Umständen Gasanschluß dort und just hat sich der Bauwerber dort dazu entschlossen, eine Ölfeuerungsanlage einzubauen, und die Bauordnung gibt uns nicht die Handhabe, den Bauwerber dazu zu verhalten, dort, wo es wirtschaftlich vertretbar wäre, diese umweltschutzfreundliche Heizung vorzusehen. Ich glaube, daß wir uns damit beschäftigen sollten, ob nicht die Landesbauordnung dahingehend geändert werden sollte, daß der Baubehörde die Möglichkeit eingeräumt wird, eine am Ort befindliche vorschreiben zu können. Das Heizung zwingend vorschreiben zu können. Das würde sicher auch zur Verbesserung der Luftgüteverhältnisse in den Ballungsräumen beitragen.

Eine Frage, die sich bisher weitestgehend im Bereich der Emotion bewegt hat, betrifft die Behauptung von Experten, daß das Wohnen in Hochhäusern ungesund wäre, so allgemein gesagt. Die Hochhausgrenze liegt ja bekanntlich bei 25 Meter, wenn man also in einem Haus wohnt, das höher als 25 m ist, soll angeblich das Wohnen à la longue gesundheitsschädlich sein und sich auf die Psyche (Abg. Preamberger: „Wenn es brennt, fällt man hinunter!“) des Menschen ungünstig auswirken. Ja, Hinunterspringen, das glaube ich schon, daß es ungesund ist. Meine Damen und Herren, da schlagen die Emotionen hoch, weil man sich nicht nur gegen Hochhäuser wegen des ungesunden Wohnens sträubt, sondern weil diese dort und da städtebaulich nicht erträglich sind. Vielleicht wäre es auch eine Anregung, daß das Land einen Forschungsauftrag ausgeben bzw. einen Wissenschaftler beauftragen sollte, der das mit den entsprechenden Experten seriös untersucht, damit auch die Baubehörde dort, wo es um eine Hochhausgrenze geht, auf der seriös wissenschaftlich erarbeiteten Grundlage den Bau eines Hochhauses verhindern kann, wenn der Bau auch aus Gesundheitsgründen nicht zuträglich erscheint. Meine Damen und Herren, das sind Fragen, die einen Kommunalpolitiker berühren, ich glaube aber, daß das Land die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen hat, daß der Baubehörde das entsprechende Instrumentarium in die Hand gegeben wird und die seriösen Unterlagen geliefert werden, damit die Probleme durch die kommunalen Behörden bewältigt werden können. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte vorerst zu meinen Vorrednern von der Sozialistischen als auch von der Freiheitlichen Partei feststellen, daß es erfreulich ist, daß wir uns in der Frage der Wohnbauförderung fast einhellig und geschlossen auf derselben Linie befinden. (Abg.

Loidl: „Du hast ja noch nicht ausgeredet!“ Ich habe einige Vorschläge zu machen, welche ich eigentlich vom Herrn Abgeordneten Pichler erwartet hätte, ich komme dann noch dazu. Ich muß sagen, es ist deshalb erfreulich, vor allem von der sozialistischen Seite her, weil — ohne einen Prioritätenstreit vom Zaune brechen zu wollen — gerade bei der Frage des Wohnbaues sichtbar geworden ist, daß die Sozialisten auf die Linie der ÖVP eingeschwenkt sind. (Landesrat Bammer: „Na, na, das ist anmaßend!“)

Das ist, Herr Landesrat Bammer, durchaus nicht anmaßend. Ich möchte wiederholen, was Herr Kollege Pichler gesagt hat. Er sagte sinngemäß, daß man an der Wende des Wohnbaues steht und daß man mehr für die Subjektförderung tun soll und auch mehr die Verbesserung des Althausbaues; schlechthin gemeint der Wohnungsverbesserung. Ich darf in diesem Zusammenhang, Herr Landesrat, erinnern, daß die Änderung der Wohnbauförderung von der Objektförderung zur Subjektförderung durch die ÖVP-Regierung Dr. Klaus im Jahre 1968 eingeleitet wurde und daß das Wohnungsverbesserungsgesetz aus dem Jahre 1968 stammt. Ich will nichts provozieren (Abg. Brandl: „Das liegt dir nicht!“), ich möchte nur sagen, daß ich glücklich bin, daß Sie eingeschwenkt sind auf eine vernünftige Linie, denn zur damaligen Zeit haben Sie ja noch einen Hausherrnkomplex gehabt und jetzt scheint sich doch ein Stimmungswandel zu vollziehen. (Landesrat Bammer: „Das sind Äpfel und Birnen!“) Wenn ich davon spreche, daß wir an einer Wende der Wohnbauförderung und schlechthin des gesamten Wohnungswesens stehen, so glaube ich, ist das richtig. Der Herr Abgeordnete Pichler hat ja vorhin eine Zahl genannt, daß es in Österreich zirka über 2,6 Millionen Wohnungen gibt bei einer Wohnbevölkerung von 2,5 Millionen. Das heißt, so gesehen wären sogar zirka 200.000 Wohnungen frei. (Abg. Pichler: „Sind eh!“) Wenn man diese Frage nur von der Zahl her beleuchtet, wäre man der Meinung, daß alle Wohnungswünsche erfüllt wären. Ich möchte vorausschicken, daß dies selbstverständlich nicht der Fall ist, und zwar ausgelöst dadurch, daß es vor allem in den Städten und regional in den Industriezonen verschieden natürlich einen Wohnbedarf nach neuen und modernen Wohnungen gibt. Aber eines kann man sagen, daß es in Zukunft nicht mehr darum geht, daß es die eine oder andere politische Partei auf ihre Fahnen schreibt, daß sie mehr neue Wohnungen gebaut hat, sondern daß man versuchen sollte, einen Gleichklang bei den neu zu bauenden Wohnungen zu erzielen, dort anzusetzen, wo ein echter Bedarf gegeben ist, daß man aber gleichzeitig versuchen soll, auch die Mittel aus der Wohnbauförderung umzuleiten für Renovierungsarbeiten des Althausbestandes, der erhaltungswürdig ist. Es soll eine Kombination bestehen zwischen Wohnungsverbesserung und Wohnbauförderung, welche das Wohnbauförderungsgesetz 1974 bereits eingeleitet hat, und dazu sollte es, meines Erachtens, für größere Renovierungsarbeiten möglich sein, echte Wohnbauförderungsmittel aus dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 auch für diese Sanierungen bereitzustellen. Ich kann mir vorstellen, daß dies deshalb sinnvoller ist, denn auf der einen Seite ent-

stehen an der Peripherie der Städte neue Zentren und auf der anderen Seite besteht das Problem, wie kommt man an die Peripherie, wie kommt man zum Arbeitsplatz, es gibt die Probleme des Schall- und Wärmeschutzes sowie der Infrastruktur. Alle diese Fragen könnten nicht gelöst, aber doch gemindert werden, wenn man wieder daran geht, unsere Stadtkerne — nicht nur von der Stadt Graz gesprochen, sondern im ganzen Land — zu revitalisieren.

Wenn ich davon gesprochen habe, daß wir bei der Wohnbauförderung an einem Wendepunkt stehen, dann dies auch deshalb, meine Damen und Herren, weil wir Schwierigkeiten auf dem Kapitalmarkt haben. Das hat auch Kollege Pichler aufgezeigt. Es ist heute so, daß für die Wohnungseigentümer, für die Mieter und Eigenhausbauer, die Ratenverpflichtungen haben, diese Raten nunmehr exorbitant gestiegen sind. Nebenbei ist es aber so, daß diese Kreditverteuerung dazu führt, daß das Bauen fast nicht mehr erschwinglich ist. Darüberhinaus muß man sagen, daß die Mittel beinahe nicht mehr ausreichen, alle Wünsche zu erfüllen. Wir haben vor kurzem eine Wohnbauförderungs-Beiratssitzung gehabt und dabei ist klar zum Ausdruck gekommen, daß für 1975 trotz der höheren Ansätze im Landesvoranschlag auch bei Umschichtungen maximal damit zu rechnen ist, daß wir noch 1000 bis 2000 Förderungsansuchen positiv erledigen können. Zur gleichen Zeit schlummern aber bis jetzt zirka 5000 Ansuchen in den Archiven der Rechtsabteilung 14. Wenn der Bauwille auch 1975 ungebrochen vorhanden ist, würden wir eine Summe von 8000 bis 9000 Ansuchen zusammenbringen. Wir haben uns im Wohnbauförderungs-Beirat den Kopf darüber zerbrochen, ob es sinnvoll wäre, einen sogenannten Annahmestopp zu verfügen oder ob wir dazu übergehen sollen, die Wartezeit zu verlängern.

Ich persönlich vertrete den Standpunkt, daß es besser ist, keinen Annahmestopp zu verfügen, weil ja letzten Endes nur ein Rückstau entsteht. Es ist sinnvoll, Ansuchen anzunehmen, allerdings eines muß man klarer aussprechen, die Wartezeiten werden länger. Wenn Herr Kollege Pichler vorhin davon gesprochen hat, daß man mit 6 Prozent Zinsenzuschuß nicht mehr das Auslangen findet und daß es hier Schwierigkeiten gibt, so ist es richtig und ich glaube, es wäre sinnvoll, bei der Wohnbauförderung ähnlich wie beim Wohnungsverbesserungsgesetz auf Annuitätenzuschüsse umzusteigen. Erstens wäre dies für die gesamte Landesbuchhaltung kalkulativer einfacher. Außerdem müßte überhaupt versucht werden, eine Vereinheitlichung in dieser Frage zustande zu bringen. Wenn ich vorhin davon gesprochen habe, ob es überhaupt gelingt, die Wohnbauförderung für 1975 zu erfüllen, so steht sie nicht nur wegen der nicht vorhandenen Mittel, sondern auch aus anderen Gründen, auf tönernen und wackligen Beinen. (Abg. Hammerl: „Warum denn?“) Sie steht deshalb auf tönernen und wackligen Beinen, Herr Kollege Hammerl, weil wir zwar höhere Ansätze im Budget haben, die darauf zurückzuführen sind, daß der Bund den Wohnbauförderungsbeitrag, den alle

Arbeitnehmer bezahlen, erhöht hat. Gott gebe es, daß wir aufgrund einer wirtschaftlichen Rezession keine Arbeitslosigkeit bekommen — auch nur geringen Ausmasses — denn in einem solchen Fall würden die in Ansatz gebrachten Mittel aus Wohnbauförderungsbeiträgen nicht in dem Maße einfließen, als wir die Ansätze erstellt haben. In diesem Zusammenhang, Herr Kollege Pichler, wenn Sie davon sprechen, daß man mehr Förderung geben soll, darf ich Sie an etwas erinnern. Schauen Sie, die steirische Arbeiterkammer, es ist ja nichts neues, ist die einzige von allen 9 Bundesländern, die bisher sich mit aller Konsequenz, ich weiß zwar nicht warum, geweigert hat, aus ihren Mitteln eine Wohnbauförderung für die Arbeitnehmer bereit zu stellen. (Abg. Loidl: „Das hat einen guten Grund. Ich erkläre es dir-nachher!“) Ich weiß, es ist ein alter Hut, aber jetzt wäre die Zeit dazu. Herr Kollege Loidl, da es am Kapitalmarkt Schwierigkeiten gibt, wäre die Möglichkeit, daß auch die steirische Arbeiterkammer als einzige sich bereit findet, eine Beihilfe zu gewähren. Darüber hinaus, meine Damen und Herren, wenn wir von der Wohnungsverbesserung sprechen und vom Altwohnhausbau, ist auch nicht einzusehen, daß der Finanzminister in jede Zeitung ein Inserat über die Einkommensteuerreform 1975 gibt. (Abg. Hammerl: „Kollege Ritzinger, da müßte die Arbeiterkammer so viele Subventionen bekommen wie die Landwirtschaftskammer vom Land Steiermark, dann ginge es leichter!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das ist ja gesetzlich festgelegt!“) Sagen Sie das dem Androsch. Herr Kollege Hammerl, hier ist wohl die Frage berechtigt, wo mehr eingezahlt wird. Außerdem darf ich Ihnen noch dazu sagen, daß diese Anregungen, die Sie mir jetzt gaben, an die falsche Adresse gerichtet wurden. Sie haben ja einen direkten Draht, sagen Sie das dem Herrn Androsch oder Herr Bundeskanzler Kreisky, da die Arbeiterkammer ja bekanntlich einer bundesgesetzlichen Regelung unterliegt, während die Landwirtschaftskammer dem Landtag bzw. der Landesregierung zuzuordnen ist. (Abg. Hammerl: „Du hast ja gesagt, Gott gebe es und nicht der Androsch gebe es!“) Ich wollte ja sagen, es ist ja eine alte Frage, aber schauen Sie, meine Herren von der sozialistischen Fraktion, es gäbe ja noch eine Reihe von Fragen, die meines Erachtens geregelt gehören. Ich habe vorhin davon gesprochen, daß in Inseraten die Einkommensteuerreform 1975 vom Herrn Finanzminister groß angekündigt wird. (Abg. Brandl: „Das ist ja eine große Sache!“ — Abg. Loidl: „10 Millionen!“) Es ist eine große Sache, obwohl nichts dabei herauskommt, das möchte ich auch feststellen. Ich habe gerade das „Profil“ gelesen, ich würde Ihnen raten, das auch zu lesen, da wird nachgewiesen, daß nichts herauskommt. Haben Sie es gelesen? Da steht drinnen, daß eigentlich nicht viel herauskommt, also ich stütze meine Information darauf, aber bitte (Landesrat Bammer: „Schlechte Literatur!“ — Abg. Brandl: „Das sind ja Miesmacher!“ — Abg. Loidl: „10 Milliarden sind nichts?!“), schauen Sie, es geht ja um was anderes, was die Leute und unsere Bevölkerung nicht einsehen will, ist der

Umstand, daß auf der einen Seite die Wohnbauförderung und zwar der, der sich eine neue Wohnung baut oder beschafft, diese steuerlich absetzbar ist, aber auf der anderen Seite, wenn jemand eine alte Wohnung renoviert nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz diese nicht absetzbar ist. Das ist meines Erachtens unverständlich. Kurz und gut, meine Damen und Herren, wie gesagt, wir stehen mit der Wohnbauförderung an einer Wende und es gäbe also noch viele Dinge zu sagen, dies würde aber den heutigen Rahmen sprengen, jedenfalls bin ich der Meinung, daß der Landtag berufen ist und auch die Aufgabe hat, sich die Frage Wohnung und Wohnbauförderung sehr angelegen sein zu lassen, dies aus dem einfachen Grund, da letzten Endes die Wohnung neben der Familie und alles was damit zusammenhängt einen sehr wichtigen Faktor des menschlichen Zusammenlebens darstellt. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmann Dr. Niederl: Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Mein Schlußwort umfaßt ein bisserl Befangenheit, und zwar, weil der Karl Lackner heute vormittag gesagt hat, man soll keine Fremdwörter sagen und nun habe ich meine Rede, mein Schlußwort, durchgeschaut, und habe das Wort Sozialistische Partei gefunden. Sozialistisch ist übrigens auch ein Fremdwort (Abg. Gerhard Heidinger: „Aber nur für die Schwarzen!“), Karl, jetzt muß mir's übersetzen vorher (Gelächter), wie man das tatsächlich auslegt, ich bin noch nicht ganz dahintergekommen. Sozial ist vollkommen klar, aber sozialistisch, das will ich nicht näher erörtern (Abg. Brandl: „Das liegt Ihnen nicht!“), was ich herausgenommen habe aus dem Duden, das würde den Rahmen in diesem Hause wirklich sprengen. (Abg. Loidl: „Sagen Sie halt, die Roten!“ — Abg. Turek: „Die Hinteren!“) Ja, das ist eine gute Idee. Danke vielmals. (Abg. Ing. Turek: „Die Hinteren!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Der Turek hat gemeint, die Hinteren!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch in diesem Voranschlag wird die soziale Wohnbauförderung wiederum einen sehr breiten Rahmen einnehmen. Obwohl wir für den Wohnbau insgesamt über 1,5 Milliarden Schilling veranschlagt haben und somit die Ansätze gegenüber dem Jahre 1974 um 23 Prozent angehoben wurden, stehen wir trotzdem vor einer kritischen Situation, die bereits von den Rednern hier angedeutet wurde. Wir sehen es zwar tagtäglich, daß zwar noch Wohnungen gebaut werden, andererseits aber die Gefahr wirklich besteht, daß viele Menschen durch den angehobenen Zinsfuß im Zuge der Kreditrestriktionsmaßnahmen und durch den großen Kostendruck nicht mehr in der Lage sind, diese Wohnungen zu beziehen, weil sie teurer geworden sind. Das Land Steiermark hat daher im Laufe des Jahres 1974 den Förderungssatz von 45 auf 60 Prozent der Gesamtbaukosten angehoben und ich

glaube, daß es dadurch sicher leichter sein wird, das restliche Kapital bei den Banken aufzubringen. Es ist allerdings selbstverständlich, daß durch diese Maßnahmen im nächsten Jahr weniger Wohnungen errichtet werden können. Da allerdings im Programm 1974 ein Teil aus den oben angeführten Gründen noch nicht abgewickelt werden konnte, wird dies in letzter Konsequenz für die Bauwirtschaft nicht so ins Gewicht fallen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich ganz kurz die bisherige Entwicklung der sogenannten Subjektförderung für Bewerber von Eigentums- und Mietwohnungen streifen, eine Förderung, die speziell auf die Einzelperson abgesteckt ist. Im Jahre 1969 wurden 49 Fälle an Eigenmitteldarlehen im Gesamtausmaß von 660.000 Schilling mit einem Förderungsschnitt von 19.437 Schilling bewilligt. Im Jahre 1974 waren es bereits 1285 Fälle mit S 55.464,00,— und einem Förderungsschnitt von S 39.958,—. Die Wohnbeihilfenentwicklung ist ebenso steigend; mit S 3915,— im Jahre 1969 haben wir angefangen, im Jahre 1974 werden voraussichtlich ca. 18 Millionen Schilling ausbezahlt. Dies ist eine echte Hilfeleistung für die sozial Schwächeren und ich stimme mit allen Rednern überein, die davon gesprochen haben, daß wir Überlegungen anstellen müssen, wie wir gerade auf dem Sektor der Anzahlung noch Verbesserungen herbeiführen können. Wenn ich noch kurz bei der Statistik verbleiben darf: von den bisher insgesamt 126.759 geförderten Wohnungen in der Steiermark entfallen 45.485 auf Eigenheime und 81.301 auf Eigentums- und Mietwohnungen. Wir haben damit durch sinnvolle Vergabe unserer Steuermittel im Rahmen der Wohnbauförderung gerade unserer arbeitsamen Bevölkerung, vor allem auch unserer Jugend, durch die Errichtung dieser Neubauwohnungen eine echte Hilfestellung leisten können. Ich möchte aber nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß wir es sehr begrüßen, daß der bereits vorgelegte Entwurf einer Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz 1968 in Zukunft auch die Sanierung von Altwohnungen und Altwohnhäusern zuläßt, das ist ein altes steirisches Anliegen, das aus diesem Landtag immer wieder hervorgekommen ist. Denn nur wenn wir den Altwohnhausbestand modernisieren und damit die Entvölkerung der Altstadtkerne hintanhalten, werden wir letzten Endes die immer noch ungeheure Nachfrage nach Wohnungen, die einfach vorhanden ist, vor allem in den Ballungszentren decken können.

Noch ein Wort zum Eigenheimbau: Unter der Post 702 des Landeswohnbaufonds ist für die Bezahlung von Zinsenzuschüssen für bereits bewilligte Vorhaben ein Betrag von 84 Millionen Schilling vorgesehen. Trotz dieser starken Belastung werden wir uns bemühen, auch im nächsten Jahr die Eigenheimförderung weiterzuführen. Der vielfach geäußerte Wunsch, auf Grund der Anhebung der Kreditzinsen im heurigen Jahr nunmehr auch die Zinsenzuschüsse des Landes zu erhöhen, ist leider nicht durchführbar, da allein eine Erhöhung um 1 Prozent für alle bisher bewilligten Fälle zusätzlich 13 bis 14 Millionen Schilling erfordern würde. Herr Abgeordneter Pichler, ich habe gehört, was Ihr Wunsch ist, aber für das Budget 1975

und auch für die kommenden Budgets wird es schwierig sein, eine solche Zinserhöhung durchzuführen. Eher müßte man meinen, daß die Zinssätze der Banken wieder etwas herabgesetzt werden, meinerwegen für die Wohnbauförderung allein, (Abg. Brandl: „Jawohl, das wäre berechtigt!“) damit sie besser im Rahmen einer Sozialpolitik, die bei der Wohnbauförderung ja auch Vorrang hat, durchgeführt werden kann. Ich muß bei dieser Gelegenheit den Damen und Herren Abgeordneten wie der gesamten Bevölkerung jedoch mitteilen, daß mit Ende dieses Jahres ca. 5000 Anträge für Eigenheimbau bei der zuständigen Rechtsabteilung aufliegen. Dies ist eine Anzahl, die bisher noch nie erreicht wurde. Aus diesem Grunde wird es unerlässlich sein, daß in Zukunft die Förderungswerber mit bedeutend längeren Wartefristen zu rechnen haben. Ich bitte Sie, dies zur Kenntnis zu nehmen und auch in der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Es gibt hier keine Opportunität mehr, es gibt auch keine Vorrangigkeit mehr, denn wenn über 5000 Ansuchen vorliegen, kann es nur mehr nach dem Termin oder nach den sozialen Verhältnissen eine Reihung geben.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich zu dem vom Landtag heuer verabschiedeten Wohnbauförderungsgesetz 1974 berichten, daß sich die erstmals vorgesehene Jungfamilienförderung großer Beliebtheit vor allem auch wegen der Raschheit der Erledigung und der unkomplizierten Antragstellung erfreut. Wir konnten seit dem Anlaufen dieser Förderungsart bisher 253 Anträge von Jungfamilien positiv erledigen, sie gelten ja auch als zusätzliche Hilfe für die Wohnungsbeschaffung, und das Problem der Anzahlung wird dadurch etwas entschärft. Es ist bekannt, daß wir in diesem Gesetz daneben — sozusagen als Ergänzung — zum Wohnungsverbesserungsgesetz auch noch Mittel für die Althausanierung vorgesehen haben. Man kann feststellen, daß wir uns trotz der angespannten Budgetlage bemühen, unserer Bevölkerung auch im nächsten Jahr unter dem breiten Spektrum der Wohnbauförderung die benötigten Mittel zur Verfügung zu stellen.

Wenn ich nunmehr noch ganz kurz zu den Äußerungen der Abgeordneten, die jetzt gesprochen haben, Stellung nehme: Herr Abgeordneter Pichler, die Grundstücksfrage ist immer eine brisante Frage in der Wohnbauförderung und wir hoffen sehr, daß gerade durch das neue Raumordnungsgesetz hier eine gewisse Beruhigung eintritt, ich möchte aber auch sagen, daß der Teufel wirklich im Detail steckt, wie es schon in den letzten Tagen gesagt wurde, und daß es der Mitarbeit und des Willens aller bedarf, damit gerade auf dem Grundstückssektor eine Beruhigung zugunsten der Wohnbauförderung eintritt. Herr Abgeordneter Ing. Turek, unsere Richtlinien bezüglich des Schall- und Umweltschutzes sind vollkommen auf der modernsten Linie, die wir überhaupt haben. Wir haben Fachleute eingeladen, uns diese Unterlagen zur Verfügung zu stellen und die Fachleute haben uns das gesagt, was notwendig ist. Die zweite Frage ist immer die Preisfrage. Die angemessenen Gesamtbaukosten, die uns ja irgendwo vorgegeben

sind, bewegen sich auf einer Höhe, daß diese Richtlinien da und dort eben nicht ganz eingehalten werden können, weil die Kosten, die eigentlich für den Schall- und Wärmeschutz gelten, für andere Dinge aufgewendet werden müssen. Wenn Sie von umweltfreundlicher Heizung geredet haben für die Landeshauptstadt Graz, sage ich Ihnen gleich, das beste wäre das zweite Fernheizwerk. Den Standort müßte allerdings die Stadtgemeinde Graz suchen, ohne Bürgerinitiativen, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Abg. Heidinger: „Aber die sind doch so gut!“ — Landesrat Bammer: „Das geht nicht!“) Wenn dieser Standort gefunden ist, dann ist es das beste, was es für den Umweltschutz geben kann. Und noch eines: Wir könnten Kohle dafür verwenden. Ich war vor einigen Tagen in Pöfing-Brunn, und es ist dort nicht nur um die Produktion der Kohle gegangen, sondern auch um den Absatz. Wenn wir die Absatzmöglichkeit mit solchen Fernheizkraftwerken hätten, wäre das eine wunderbare Sache.

Die Wasserversorgung-Kanalisation wird morgen Gegenstand der Diskussion sein, weil es heute einzig und allein um die Wohnbauförderung geht. Aber ganz kurz auch dazu: Wir haben in den letzten Jahren gerade durch den gezielten Einsatz von Landesmitteln und Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds die Voraussetzung geschaffen, daß unsere Gewässer reiner werden, vor allem die Mur soll saniert werden. Wir stehen jetzt am Ende des Jahres 1974, und alle politischen Parteien haben verkündet, daß das Jahr 1975 sozusagen das Murjahr bzw. Mursanierungsjahr wird. Es hat heute eine Sitzung des Wasserwirtschaftsfonds stattgefunden, und die Mittel, die vergeben wurden, waren für das Jahr 1974 180 Millionen Schilling, für das Jahr 1975 sind es 80 Millionen Schilling. Dies ist wesentlich weniger als im Jahre 1974. Noch dazu — das bedrückt mich sehr, da ich telefonisch interveniert habe — ist es so, daß die erste Abwasseranlage der Zellulose- und Papierfabrik Leykam leider keine Aufnahme gefunden hat.

Wir sollen das auch zur Kenntnis nehmen und mit aller Kraft gemeinsam eines erreichen, wenn man vom Murjahr und Mursanierung spricht, daß wenigstens auch die Tat folgt. Und ich lade Sie dazu ein, ganz gleich welcher politischen Partei wir angehören, daß wir dafür intervenieren und daß wir den Bautenminister, der aus der Steiermark ist, unterstützen. Ich hoffe, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß es uns durch die gute Zusammenarbeit gelingen möge, nicht nur auf dem Sektor des Wasserleitungsbaues und der Abwasserbeseitigung, sondern besonders auch auf dem Sektor der Wohnbauförderung alles zu erreichen, Ideen einzusetzen und weitere Mittel, damit die Wohnungen in der Zukunft erschwinglicher werden. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Damit ist die Debatte über das Wohnungs- und Siedlungswesen, das heißt über den ersten Teil der Gruppe 6 abgeschlossen. Ich unterbreche die Sitzung und nehme die Beratung morgen, am 20. 12., um 9 Uhr wieder auf

(Unterbrechung der Sitzung: 21.25 Uhr. Wiederaufnahme der Sitzung: 20. 12. 1974, 9 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir stehen in der Behandlung der Gruppe 6: Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen. Wir haben gestern den ersten Teil dieser Gruppe debattiert und zwar Wohnungs- und Siedlungswesen und kommen nun zum zweiten Teil der Spezialdebatte, die das Bauwesen einschließlich Straßen- und Wasserbau beinhaltet. Zu Worte gemeldet hat sich als Erster, Herr Abg. Dr. Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Heidinger: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Straßenprobleme kann man von zwei Richtungen betrachten, und beide werden auch in der Debatte des Hohen Hauses sicher heute zu Wort kommen. Die eine ist die großräumige Betrachtung der Einbindung unserer Straßen in das hochrangige internationale Verkehrs- und Straßennetz. Und mit dieser Sicht möchte ich mich kurz befassen. Die zweite Möglichkeit — und das ist die, die den Bürger unmittelbar berührt — ist die Sicht aus der Schau des Betroffenen, sei es nun der Betroffene, an dessen Haus eine Straße vorbeiführt, oder die Sicht des Lokalen, des Bürgermeisters, des Abgeordneten, der in seinem Bereich die Straßenverhältnisse beurteilt.

Nun zum hochrangigen Straßennetz. Die Steiermark ist eingebunden in die großen Verkehrslinien von Nordost nach Südwest und von Südost nach Nordwest und die Chance, die gerade unsere Landeshauptstadt Graz hat, ist die Kreuzung der Südautobahn mit der Pyhrnautobahn. Ich möchte daher gleich an die Spitze der Betrachtungen stellen, daß es hier für uns kein „Entweder-Oder“, sondern nur ein „Sowohl-als-Auch“ gibt. Das Interesse am Straßenbau ist mit der Zahl der Kraftfahrzeuge, die allein in unserem Heimatland angemeldet sind, es sind weit über 400.000, erklärt und ich stimme durchaus überein mit dem Generalredner der SPÖ-Fraktion, wenn er gemeint hat, daß die Dringlichkeitsreihung beim Ausbau des hochrangigen Straßennetzes noch genauer als bisher überlegt und geprüft werden muß. Aber die Gründe, die uns dazu zwingen, sind, daß bei der Erstellung der Rangordnungen in dem Plan, der nur für die Autobahnen und Schnellstraßen vorliegt — für die Bundesstraßen ist es uns zwar angekündigt, aber aus mir verständlichen Gründen bis heute keine Realisierung dieser Dringlichkeitsreihung erfolgt — wenn wir also diese Dringlichkeitsreihung kritisch ansehen, dann gibt es zwei Gründe dafür, daß die Termine bei weitem überzogen sind und keine Chance besteht, daß die Baulose, die in der Dringlichkeitsreihung 1 angeführt waren, auch in der vorgesehenen 5jährigen Zeit, also etwa bis 1978, realisiert werden.

Grund 1. Es wurden die Strecken, die bereits im Bau waren, nicht in die Betrachtung einbezogen, das heißt man hat sie nicht in die Dringlichkeitsstufe gereiht. Das war insbesondere die Strecke von Graz auf die Pack. Und allein für diese Strecke sind mehr als 3 Milliarden Schilling notwen-

dig, auch wenn die Auffahrt zur Pack nur mit einer Fahrspur ausgebaut wird. Und das Zweite ist, daß man viel zu optimistisch das Fließen von Budgetmitteln erhofft hat. Dazu kommt, daß die Bundesmineralölsteuereingänge mit dem Rückgang der gefahrenen Kilometerleistungen geringer sind als vorgesehen. Und daher sind wir heuer vor der Situation, daß die Budgetmittel um 17 Prozent geringer sind als im Vorjahr und daß wir bei weitem nicht den Anteil bekommen, der uns nur vom Streckennetz her zukäme. Ich verstehe es daher nicht ganz, wenn man bei dieser Situation die Dinge nicht ehrlich und realistisch sieht, sondern, wenn man eben kein Geld hat, etwa behauptet — wie das der Herr Bundeskanzler zufällig unmittelbar vor den steirischen Landtagswahlen gesagt hat und ich kann fast nicht annehmen, daß der Bundeskanzler so schlecht informiert war —, das Fehlen von Planungen in der Steiermark sei schuld, daß nicht mehr gebaut würde, und wenn die Planungen da seien, dann würde sofort gebaut.

Ich will Sie nicht wieder mit Zahlen allzusehr behelligen, ich muß Ihnen doch sagen, daß allein für die Realisierung der Stufe 1 im Autobahnbau 5 Milliarden Schilling notwendig wären, das sind dann im wesentlichen der Ausbau der Pyhrnautobahn im Anschluß an die Gesellschaftsstrecke der Gleinalmautobahn bis in den Raum Leibnitz, und der Ausbau der Südautobahn auf die Pack hinauf. Allein, das kostet 5 Milliarden Schilling. Heuer stehen für den Autobahnausbau 425 Millionen zur Verfügung, Sie können mit mir nachrechnen, allein diese Dringlichkeitsstufe 1 würde im Autobahnbau bei gleicher realer Dotierung 12 Jahre benötigen.

Im Bundesstraßenbau und Schnellstraßenbau schaut es nicht viel besser aus: Von 200 km Schnellstraßen in der Steiermark sind 63 km in die Dringlichkeitsstufe 1 gereiht, die Kosten hiefür würden 3 Milliarden Schilling betragen. Für die Bundesstraßen sind 200 km als vordringlich angesehen — eine offizielle Dringlichkeitsreihung gibt es hier nicht — 2,2 Milliarden Kosten, macht zusammen 5,2 Milliarden Kosten bei einem heurigen Budget von 665 Millionen, also 8 Jahre, bis diese Dringlichkeit überhaupt realisiert ist. Ich stimme mit den Meinungen überein, die sagen Schwerpunkt 1: Gastarbeiterroute; Schwerpunkt 2: Raum Graz; Schwerpunkt 3: Mur-Mürzfurche. Und wenn wir uns nun die Baulose des heurigen Bundesbudgets ansehen, dann ist erfreulich, daß wenigstens auf der B 145 das Baulos Trautenfels-Tauplitz mit einer Reihe von Brückenbauten im Bau ist, aber die Baudauer wird sich bis 1978 erstrecken.

Die Baulose Puntigam und Plüddemanngasse in Graz sind wenigstens mit geringen Ansätzen vorgesehen. Und dann hat es eine optimistische Lösung gegeben, wenn ich so sagen darf: Die Umfahrung Mürzzuschlag der Schnellstraße E 6, die nicht im Bundesbudget vorgesehen war, kostet, weil eine Tunnelstrecke dabei ist, 600 Millionen Schilling, und der Bautenminister hat nun, nach entsprechender Bürgerinitiative, ganze 6 Millionen Schilling für heuer zugesagt. Also, wenn wir die Dotierung weiter so bekommen, dann wird in 100 Jahren, Herr

Kollege Loidl, die Umfahrung Mürzzuschlag bereits fertiggestellt sein. (Abg. Loidl: „Mehr können Sie heuer gar nicht verbauen, weil die Planung nicht fertig ist!“) Ja, aber man könnte die Umfahrung Leoben machen, lieber Herr Kollege Loidl, das wissen Sie genau so gut wie ich. (Präsident Ileschitz: „Das hätte schon 1947 bis 1970 geschehen können!“) Und ich darf Ihnen auch sagen, bezüglich der Schwierigkeiten, warum die Planung in Mürzzuschlag noch nicht fertig ist, fragen Sie Ihren Parteigenossen, Bürgermeister Kotrba. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das tu' ich!“)

Durchaus unerfreulich, meine Damen und Herren, ist es, wenn man die fertiggeplanten Baulose an diesen Schwerpunkten, die zum Teil seit Jahren vom Bundesministerium genehmigt sind, nicht in Angriff nehmen kann. Da sind beispielsweise die Baulose Rottenmann—Trieben, Kirchdorf—Stausee und Badl—Peggau, für die kein Geld vorhanden ist; im Grazer Raum die Grazer Nordeinfahrt, der Grabengürtel, die Kriechspur Tobelbad — und schließlich im Mur-Mürzbereich die schon genannte Umfahrung Leoben, Judenburg, Kindberg. In Judenburg ist lediglich die Brücke im Bau, das Erdbaulos ist gestrichen, das heißt ein Jahr Verzögerung mit der Fertigstellung und Verkehrswirksamkeit, weil keine Bedeckung vorhanden ist. Und nun dazu, daß die Steiermark vom Ministerium so gut bedient sei: Wir haben im Jahre 1974 S 1.316.000.000,— zum Verbauen für Bundes- und Schnellstraßen und Autobahnen zur Verfügung gehabt. Wir werden 1975 um S 1.090.000.000,—, das sind 17 Prozent, weniger haben. Wenn ich nun anders rechne: Das Bundesbudget weist S 8.300.000.000,— für den Straßenbau auf, der steirische Netzanteil ist 16 Prozent, also wäre unser realer Anteil S 1.330.000.000,—. Angefordert waren von der Landesbaudirektion bei Anlegen eines strengen Maßstabes S 1.600.000.000,—. Aber leider, wir haben 13 Prozent des Bundesbudgets bekommen.

Noch etwas muß ich ganz realistisch sagen: Die Zahlen schauen noch immer ganz gut aus, die Steigerungen bzw. heuer das Heruntersinken, wenn man aber weiß, daß von 1970 bis 1975 das Bundesstraßenbudget eine Steigerung von 64 Prozent erfahren hat und von 1971 bis 1975 die Baupreise um 60 Prozent gestiegen sind, dann sehen wir, daß die reale Bauleistung um nichts größer werden kann, sondern eher geringer geworden ist. Das ist höchst bedauerlich. Die Sorge, die sich daraus für das höherrangige Straßennetz und damit für die Lage im Raum ergibt, ist der Ausschluß aus dem internationalen Verkehr; denn zur gleichen Zeit können wir etwa vom bayrischen Staatsminister für Verkehr hören, daß er auch für Bayern die Sorge habe, daß er aus dem Nord-Süd-Verkehr innerhalb der EWG ausgeklammert werde, weil sich immer mehr diese Linien nach Frankreich und hinüber in die Schweiz verlagern. Es ist daher von höchster Bedeutung, daß die Deutschen mit der E 5, das ist die große Transversale von Nord-West nach Süd-Ost, etwa im Jahre 1980 in Stuben bei Scharding stehen werden. Es wäre für uns von ganz entscheidender Bedeutung, daß die Pyhrn-Autobahn gebaut wird, die bedauerlicherweise

nicht einmal im europäischen Straßennetz eine Nummer trägt, es ist also eine Lücke von Wels bis hinein in den Murtal-Bereich zur E 93. Die Pyhrnautobahn ist die Chance, daß wir in diesen internationalen Verkehr eingeschaltet bleiben. Daher ist es von besonderer Bedeutung, daß wenigstens das Gleinalm-Autobahn-Finanzierungsgesetz durch die Einbeziehung des Ausbaues des Bosrucktunnels und die Verlängerung der Gesellschaftsstrecke bis Traboch, auf der anderen Seite bis Friesach, novelliert wird. Ich bitte Sie alle, meine Damen und Herren, die Aktivitäten, die hier auch vom Herrn Bautenminister gesetzt worden sind und die leider bisher im Finanzministerium noch kein Echo gefunden haben, zu unterstützen.

Und noch etwas: Im Südosten hat sich eine sehr interessante raumplanerische Aktivität der Gruppe Ostalpen—Adria entwickelt, das sind die Länder bzw. Regionen Friaul, Julisch-Venezien, Kärnten, Slowenien und Kroatien. Ein Antrag unserer Fraktion regt an, daß die Steiermark dieser informellen, raumordnerischen Gruppierung beitrifft. Wir sehen die Chance, die Graz insbesondere hat, wenn es Verkehrsdrehscheibe des östlichsten niederen Alpenüberganges — er würde ja nicht einmal 1000 m erreichen — mit der Linie Nord-Ost-Adriaraum und Nord-West—Süd-Ost wird. Ich bitte Sie, diese Dinge in der großen Linie zu sehen und bitte alle, die dazu beitragen können, dafür zu sorgen, daß die Steiermark in Zukunft für den Ausbau des hochrangigen Straßennetzes mehr Geld bekommt. Planungen sind genug vorhanden und ich möchte von dieser Stelle aus den damit befaßten Herren in der Landesbaudirektion danken — sie haben wirklich hervorragende Arbeit in den letzten Jahren geleistet und es ist daher auch nicht angebracht, immer wieder vom Planungsrückstand der Steiermark zu reden, weil man damit die Arbeit von fleißigen Beamten diskriminiert. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile es ihm.

Abg. Loidl: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Behandlung der Gruppe 6, Bauwesen, nimmt im Hinblick auf die große Bedeutung in der Budgetdebatte jährlich einen großen Raum ein und gibt Anlaß zu mehr oder weniger heftigen Diskussionen. Das ist an sich kein Wunder, weil die Bedürfnisse, welche auf dem Bausektor vorhanden sind, praktisch unerschöpflich sind. Seien es nun die Wohnhaus- oder Schulbauten, Spitalbauten, Bauten für den Umweltschutz und bei uns, das ist aus der Vorrede des Kollegen Dr. Heidinger hervorgegangen, im besonderen auch der Straßenbau. Dem gegenüber steht die Bauwirtschaft, welche die vielen, für die Allgemeinheit einfach lebensnotwendigen Leistungen zu erbringen hat. Es gibt wohl niemanden, meine Damen und Herren, dem die große gesamtwirtschaftliche Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges nicht bewußt wäre. Und dennoch bleibt eine ruhige kontinuierliche Entwicklung versagt, und Jahr für Jahr hat dieser Wirtschaftszweig für Schlagzeilen gesorgt. In den Sechziger-Jahren

gab es 12.000 bis 15.000 Arbeitslose, davon nahezu die Hälfte mehrere Monate hindurch: der Bauskandal am Beginn der siebziger Jahre. Die Bauwirtschaft wurde im Rahmen eines allgemeinen Wirtschaftsaufschwunges von einer ungeahnten Konjunktur erfaßt, die sich rasch zu einer außerordentlichen Überhitzung steigerte. In der Geschichte der Bauarbeiter ist die Winterarbeitslosigkeit erstmals praktisch beseitigt und das oft als Argument gebrauchte Wort, daß die Bauarbeiter im Winter ohnehin nicht arbeiten wollen, ist endgültig widerlegt. Arbeitskräfte und Maschinenkapazität reichen nicht aus, um die Fülle der Aufträge zu erledigen. Die Baupreise explodieren. Mehr Geld geht nicht mehr ins Bauvolumen, sondern ausschließlich in die Preise, und das, Kollege Heidinger, darf man bei dem, was sie gesagt haben, „mehr Geld und immer mehr Geld“, auch nicht ganz vergessen. Ich habe Jahr für Jahr hier die Auffassung vertreten, daß die öffentliche Hand, welche rund 80 Prozent des gesamten Bauvolumens finanziert, es in der Hand hätte, durch geeignete koordinierende Maßnahmen für eine ruhige und kontinuierliche Entwicklung und Beschäftigung zu sorgen. Das ist in der Vergangenheit nie der Fall gewesen. Ich kann Ihnen nicht helfen, meine Damen und Herren von der OVP, aber diese Bundesregierung war die erste, die reagiert hat; von vielen öffentlichen Bauträgern, welche das gleiche Interesse haben müßten, daß sich die Zustände wieder normalisieren, wenig oder gar nicht unterstützt. Die Baubremse wurde gezogen, sie tat ihre Wirkung, — mangels allgemeiner Unterstützung, wohl etwas verspätet, aber doch. Nun lassen wir einmal das Geschrei, das aus durchsichtigen Gründen allenthalben angestimmt wird, beiseite und sagen, wie die Dinge wirklich liegen und wo ernstliche Sorgen bestehen. Zum Unterschied von maßgebenden Persönlichkeiten in der OVP sind wir der Meinung, daß es möglich ist, die Bauwirtschaft zu stabilisieren ohne Arbeitslosigkeit. Und wie schaut es aus: (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Weil sie keine Aufträge haben!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Geh, red doch nicht!“ — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Reden wir in drei Monaten!“ — Abg. Zinkanell: „Ihr freut euch ja schon!“ — Abg. Eichinger: „Reden Sie doch nicht so, das ist ja eine Unterstellung, das ist einfach lächerlich!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist lächerlich!“ — Abg. Dr. Eichinger: „Uns so etwas in die Schuhe zu schieben!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Dazu komme ich jetzt. Was ist mit der Krise, von der so viel geredet wird, was ist mit den Konkursen, Ausgleichen usw., die es angeblich in so großer Zahl gibt. Wie steht es um die Arbeitsplätze der Bauarbeiter in der Steiermark?

Meine Damen und Herren! Ich wollte Sie ersuchen, sich mit mir anzuschauen, wie es mit den Arbeitsplätzen für die steirischen Bauarbeiter aussieht und daraus glaube ich, können Sie am zuverlässigsten Schlüsse auf die gegenwärtig vor uns liegende Gesamtlage ziehen. Schauen Sie, am 30. November 1968, damit man ein bißchen einen Vergleich hat, mitten in der OVP-Regierung, hatten wir 2487 arbeitslose Bau- und Holzarbeiter, das damals ohne Ölkrise und ohne äußere Schwierigkeiten, am 31. Jänner 1969 waren es 13.682. Ich

glaube, ich habe damals mit Recht von einer besorgniserregenden Situation gesprochen. Nun vor drei Wochen, am 30. November 1974, wo wir schon nach dem Reden mitten in der Krise, die die Bundesregierung natürlich verschuldet hat, stecken müßten, hatten wir sage und schreibe 611 Arbeitslose in unserem Bereich, und das sind nahezu ausschließlich ältere, auf die Rente wartende und schwer vermittelbare Personen. Und nun, um auf drei Wochen, am 30. November 1974, wo wir die nächste Zukunft zu schließen — das ist doch auch wichtig — sei Ihnen, meinen Damen und Herren, gesagt (Abg. Ing. Stoisser: „Das Wetter muß man dabei auch berücksichtigen!“), die steirische Bauwirtschaft hat um die Durchbeschäftigung von 1562 Gastarbeitern auch über den Winter angesucht, darüberhinaus 2180 Wiedereinreisesichtvermerke begehrt für den 15. März 1975 und einen voraussichtlichen Bedarf, zusätzlich, von 2536 Gastarbeitern in Einzelverfahren angegeben. Ich möchte gar nichts dazu sagen, aber ich glaube, daß doch diese Zahlen ein wenig für sich sprechen.

Und, meine Damen und Herren, ich bin wieder sehr erstaunt über die Zwiespältigkeit auch mancher Bauunternehmer, wenn sie als OVP-Funktionäre in der Öffentlichkeit gegen die Regierung gerichtete, ganz schauerliche Prognosen abgeben. Wenn ich dann sage, na gut, Sie müssen es besser wissen, wir finden uns bereit, ihre Sorgen zu teilen und kürzen halt ihr Gastarbeiter-Kontingent, um wenigstens die Arbeitsplätze der Österreicher zu sichern, dann wehren sie sich dagegen. Plötzlich brauchen sie sowohl die einen als auch die anderen ganz dringend. (Abg. Ing. Stoisser: „Die Dinge liegen nicht so einfach, wie Sie das sagen. Es ist auch ein menschliches Problem!“) Meine Damen und Herren, damit soll aber nicht gesagt sein, daß es keine Sorgen und schwerwiegenden Probleme gibt. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, für mich ist die Sorge Nummer 1, daß die Baubremse bei erreichter Stabilität zwar regional verschieden, aber zeitgerecht gelockert wird — das ist in der Generaldebatte ja auch schon gesagt worden — und daß es vor allem darauf ankommt, daß der Verzögerungseffekt nicht vergessen wird. Es läßt sich halt nicht ändern, daß von der Bereitstellung der Mittel bis zu ihrer Wirksamkeit bei den Firmen, mehrere Monate vergehen. Ein schwerwiegendes Problem ist auch die Struktur unserer Bauwirtschaft, meine Damen und Herren, bedenken Sie, die rund 28.000 Bauarbeiter sind in sage und schreibe 956 Betrieben beschäftigt. (Abg. Stoisser: „Gott sei Dank!“) Ja, Gott sei Dank, sagen Sie, Herr Kollege, Sie müssen sich die Dinge näher anschauen, glauben Sie (Abg. Pichler: „Er glaubt, das sind lauter Tischler!“), daß die Technik und die Baumethoden unserer Zeit sich auf die Dauer ohne Schaden mit mittelalterlichen Betriebsstrukturen in Einklang bringen lassen? Dazu kommt, daß in dem Treibhausklima der vergangenen Jahre neue Unternehmungen oft unter abenteuerlichen Bedingungen entstanden sind, andere dynamische haben gewaltig expandiert und haben große Marktanteile erobert. Alles Vorgänge, die in einer freien Marktwirtschaft, zu der wir uns bekennen, eben möglich und nahezu selbstverständlich sind.

Und nun, meine Damen und Herren, der Staat und die öffentliche Hand, das müssen auch wir, die die Bauwirtschaft verkörpern, zur Kenntnis nehmen, kann nicht allen sozusagen pragmatisiert Aufträge geben. Aus diesen und anderen Gründen lassen sich die Konkurse und Ausgleichs der letzten Zeit, wenn man jeden einzelnen genau untersucht, leicht und erschöpfend erklären. Ich will nicht näher darauf eingehen, aber was uns vom Grundsätzlichen her schmerzlich trifft, Herr Kollege Dr. Heidinger, das ist tatsächlich die Kürzung des Bundesbudgets für Straßenbau um 1 Milliarde Schilling — ich sage bewußt vom Grundsätzlichen her —, wovon auf die Steiermark bekanntlich 226 Millionen entfallen. Sie, Herr Landesrat Dr. Krainer haben neulich bei dieser Anfragebeantwortung, wie mir schien, sogar mit etwas Wollust, die Folgen dieser Kürzung für das steirische Straßenbauprogramm dargelegt. (Heiterkeit.) Ich bitte um Verzeihung für diesen Ausdruck, den habe ich neulich in einer Diskussion vom Herrn Landesrat selbst gehört, bei der Gleinalmbahn, stimmt's, oder stimmt's nicht? (Landesrat Dr. Krainer: „Das macht die Freundschaft!“) Ich habe mir gedacht, daß das gut ist, diesen Ausdruck hier zu gebrauchen, weil er sich sicher daran erinnern wird. Und abgesehen davon, daß mit dem Bau der Umfahrung Mürzzuschlag, wie es sich inzwischen herausgestellt hat, 1975 doch begonnen wird, wenn man sich sehr beeilt mit der Fertigstellung der Planung, die angeblich schon fertig sein soll. Man wird, wie ich höre, alle Hände voll zu tun haben, daß man im heurigen Jahr noch die fünf oder zehn Millionen, die wir zusätzlich bekommen, auch tatsächlich verbauen kann. Abgesehen davon, daß Sie davon nicht gesprochen haben, haben Sie auch einiges anderes nicht gesagt, Herr Landesrat. (Abgeordneter Dr. Heidinger: „Das ist ja erst jetzt passiert, Herr Loidl!“ — Abgeordneter Pichler: „Das ist ja jedes Jahr das gleiche, darum weiß er es!“) Ja, ich weiß schon. Er hat ja manches andere nicht gesagt, das sage ich ja jetzt, Sie haben nicht gesagt, Herr Landesrat, wieso uns eine Milliarde Schilling weniger zur Verfügung steht aus der Mineralölsteuer. Die Regierung hat — und ich sage das ausdrücklich — entgegen dem vehementen Verlangen der Baugewerkschaft an der Zweckbindung der Mineralölsteuer nicht zu rütteln, dem Argument der Bauern, daß ihre Traktoren keine Straßen benutzen, den Vorrang gegeben und sie erhalten daher 600.000.000 aus den Mineralsteuereingängen zurück. (Abg. Dr. Heidinger: „Jetzt erzähl aber auch, daß das vorher im Budget war und jetzt der Minister das aus der Mineralölsteuer genommen hat!“ — Abg. Zinkanell: „Das wurde nie gesagt!“ — Abg. Jamnegg: „Bei seinem Vorgänger gab es keine solchen Transaktionen!“) Ja, irgendwo muß er es ja hernehmen, selbstverständlich, er kann ja nicht zaubern. Wir haben es voriges Jahr noch verhindert, wir konnten es heuer nicht verhindern. Diese angeblich so bauernfeindliche Regierung hat 600 Millionen Schilling gegen unsere Auffassung gegeben. Und da bekanntlich auch die Dieselloks nicht auf den Straßen fahren, hat der Verkehrsminister das gleiche verlangt, und er bekommt 400 Millionen, das sind also zusammen

eine Milliarde. (Abg. Pichler: „Aber Loidl, jetzt hörst du aber auf!“ — Heiterkeit!) Ja, es stimmt. Und Sie, Herr Landesrat, sind in einer herrlichen Situation. Als Landwirtschaftsreferent können Sie einen Erfolg verbuchen und als Straßenbaureferent können Sie gleichzeitig für den gleichen Erfolg die Regierung tadeln. (Abg. Dr. Heidinger: „Es ist gut, wenn man auf zwei Füßen steht!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Oder auf zwei Klavieren spielen kann!“) Herr Landesrat, Sie hätten auch erwähnen können, wenn Sie gewollt hätten, daß sich das Nettobauvolumen — da komme ich auf das, was der Kollege Heidinger gesagt hat — keineswegs um diese 226 Millionen verringern wird, weil jetzt infolge der Stabilisierungsmaßnahmen wieder zu normalen Preisen gebaut wird. Sie wissen, daß zum Beispiel Brücken, welche im vorigen Jahr 6000, 7000 und mehr Schilling pro Quadratmeter gekostet haben, nunmehr um 4000 Schilling gebaut werden. (Abg. Premberger: „Dafür habt ihr uns eh beim Stahlbau abgeschossen!“) Das ist schon ein gewaltiger Unterschied. Ähnlich ist es bei den Erdbaulosen, das heißt, man kann mit dem gleichen Geld wesentlich mehr machen — darauf kommt es ja letzten Endes an. Wenn man außerdem in Hinkunft durch ausgereifte, zusammenhängende Planungen kostspielige Fehler, wie etwa bei der Raach-Brücke, die plötzlich in einer falschen Achse steht, oder beim Verkehrsknoten in Frohnleiten, wo man einen sehr teuren Durchlaß völlig umsonst gebaut hat, vermeidet, kann auch Geld gespart werden. Es ist daher gut, wenn das Bautenministerium nunmehr nur mehr Projekte genehmigen will, die in ihrem Zusammenhang so weit durchdacht und durchgeplant sind, daß solche Fehler nicht mehr passieren können. Bevor man diese 226 Millionen weniger so deutlich in den Raum stellt, sollte man hinzufügen, daß es erst Anfang Februar 1975 feststeht, wieviel Geld die Steiermark wirklich bekommt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Da haben Sie uns jedesmal angeschwindelt, Herr Landesrat!“) Bisher haben wir, zumindest seit Moser Bautenminister ist, jedes Jahr zusätzliche Mittel als Ergänzung zu den abgesprochenen Bauprogrammen erhalten. Daß dies so ist, beweist auch die Umfahrung Mürzzuschlag; schließlich fließen aus dem Kapitalmarkt voraussichtlich noch 600 Millionen Schilling in das Gleinalm-Tunnelprojekt und damit auch in die Bauwirtschaft. (Abg. Dr. Heidinger: „Wenn wir es aufreiben können!“) Ich persönlich habe keine große Sorge, daß die Straßenbauwirtschaft im nächsten Jahr nicht ausreichend beschäftigt sein wird, und ich sage noch einmal, was zuviel ist geht nicht ins Bauvolumen, sondern geht in die Preise, und daran kann niemand interessiert sein.

Eines muß, glaube ich, noch hervorgehoben werden, weil es von besonderer Bedeutung insbesondere für die Beschäftigten in diesem Wirtschaftszweig und für uns alle ist: Wenn schon die Reaktionsmöglichkeit des Landes beim Teufel ist, wie gesagt wurde, die des Bundes ist es nicht. Es sind im Konjunkturbelebungsprogramm 300 Millionen Schilling zweckgebunden für den Ausbau der Autobahn in der Steiermark vorgesehen, dies allerdings nur dann, wenn es die Konjunkturlage erfordert. Im

Rahmen dieses Programms ist außerdem eine ganze Milliarde für den Bundesstraßenbau vorgesehen und bereitgestellt. Die Zielsetzung dieser Mittel ist in erster Linie die Sicherung der Arbeitsplätze unserer Bauarbeiter und nur danach wird sich ihr Einsatz richten.

Meine Damen und Herren, ich habe diese optimistische Grundstimmung. Mein Optimismus wurde vor ein paar Tagen durch eine andere Überraschung genährt. Da habe ich mit der Post dieses unscheinbare graue Heft bekommen, da steht darauf „Terminplan für die öffentlichen Bauvorhaben in der Steiermark“. Meine Damen und Herren, Optimismus und Geduld sind unerlässlich. Am 29. November 1965, also vor 9 Jahren, haben die Abgeordneten Loidl, Vinzenz Lackner, Aichholzer, Doktor Klauser und Genossen einen Antrag betreffend die Erlassung von Richtlinien für die zeitliche Anordnung und Durchführung von Baumaßnahmen eingebracht. Ich erinnere mich ganz genau, daß ich damals bei der Formulierung des Antrages ganz bewußt „Terminplan“ so kompliziert umschrieben habe, weil das Wort „Plan“ die Mehrheit dieses Hauses geradezu schockte und als anrühlich galt. Das ist eine Tatsache. Ich erinnere mich noch ganz genau, weil ich nicht anecken wollte in dieser sachlichen Frage. Es ist lustig, jetzt nachzulesen in den Protokollen, wie eifrig ich von da an geworben habe für diesen Terminplan und was mir da nicht alles entgegnet wurde. Jedem steht es frei, mich hier Lügen zu strafen. Nun habe ich zwei solche Pläne in den Händen — den einen bereits etwas vergilbten aus dem Jahre 1966, den wir so unverdrossen vertreten haben und den neuen, der sich ganz unwesentlich vom anderen unterscheidet. Ich bin sogar ein wenig stolz darauf, daß die einleitende Begründung dieses Terminplanes nahezu wörtlich jene Argumente beinhaltet, die hier immer wieder vorgebracht wurden. Ich habe einmal irgendwo gehört, sozialistisch soll sein, was die Konservativen 10 Jahre später machen. (Abg. Koiner: „Wo hast du das gehört?“ — Heiterkeit. — Abg. Dr. Heidinger: „Das ist sein eigenes Bonmot!“) Ich bin nach wie vor davon überzeugt. Ich könnte sagen, es ist von mir, aber das stimmt nicht. (Abg. Gerhard Heidinger: „Ist aber trotzdem gut, Seppi!“) Ich bin nach wie vor überzeugt, daß mit diesem Terminplan, falls er eingehalten wird, die überaus schädlichen und kostspieligen Saisonschwankungen in der Bauwirtschaft gemildert werden könnten. Falls der Plan eingehalten wird; das war auch ein Argument dagegen, aber nicht das entscheidende. Ich will gewiß keinen Vaterschaftsprozess anstrengen, wie das oft geschieht, ich kann aber nicht ganz die Genugtuung meiner Fraktion hier ganz verleugnen. Jenen aber, die dieses so mühsam geborene Kind aus der Taufe gehoben haben, sei gedankt. Vielleicht können wir uns darauf einigen, daß der eine der Vater und der andere der Taufpate ist. (Abg. Nigl: „Der eine ist der Vater und der andere der Zahler!“ — Abg. Koiner: „Der Mutterschaftsnachweis ist viel leichter zu erbringen als der Vaterschaftsnachweis!“) Meine Damen und Herren, darf ich zum Budget noch zusammenfassend abschließend sagen: Zählt man zu den vom Bund zu

erwartenden Mitteln für das gesamte Bauwesen die in unserem Landesbudget bis zur äußersten Grenze des Möglichen gehenden Beträge hinzu, und erfolgt die Lockerung der Baubremse dort, wo es konjunkturell notwendig ist, zeitgerecht, so wird auch im kommenden Jahr in diesem Land im gesamten Bauwesen viel geleistet werden. Dies allerdings nicht mehr in einem Klima konjunktureller Überhitzung, sondern in einer ruhigen Atmosphäre und, was besonders wichtig ist, in echter Leistungskonkurrenz. Damit ist, glaube ich, auf Sicht gesehen, allen am besten gedient: der Bauwirtschaft, den hier beschäftigten Menschen und schließlich auch den Bürgern unseres Landes. (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident Ileschitz: Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Haas.

Abg. Haas: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als in der leidigen Frage der Trassenführung der Pyhrnautobahn durch den Grazer Raum im heurigen Jahr die Entscheidung gefallen ist, sich vom Lande her für die Tunneltrasse auszusprechen, hat das weithin große Befriedigung und Erleichterung ausgelöst, Erleichterung in der Grazer Bevölkerung, vor allem der Bezirke Gösting, Eggenberg, Wetzelsdorf, die sich ja gegen diese Stadttrasse energisch zur Wehr gesetzt hat und Erleichterung auch in den Gemeinden westlich von Graz. In dem Ausmaß, in dem durch die Abwehrbemühungen der Grazer eine Stadtautobahntrasse immer unwahrscheinlicher geworden ist, ist eine Autobahntrasse durch die Gemeinden westlich von Graz immer stärker in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Nicht weniger als fünf Trassenvarianten waren dann am Schluß im Gespräch, und es hat keine Gemeinde im Bereich zwischen Mur- und Liebochtal gegeben, die nicht durch eine dieser fünf Autobahntrassen zerschnitten, oder zumindest angeschnitten worden wäre und keine Gemeinde, in der nicht Unbehagen und Unmut geherrscht hätte darüber, daß sie nun das am Hals haben sollten, was sich die Grazer vom Halse schaffen konnten. Es kam der 19. Juni 1974, und dieser 19. Juni 1974 brachte das große Umweltschutzgutachten des Landeshygienikers Prof. Dr. Möse. Und dieser 19. Juni brachte auch gleichsam als Ei des Kolumbus die bisher optimalste Trassenlösung. Nämlich ein Trasse nicht durch die Stadt, auch nicht durch die nahen Erholungsräume, sondern eine durch den Berg, durch den Plabutsch zu führen. Diese Lösung, meine sehr geehrten Damen und Herren, stellt nicht nur zweifellos die umweltfreundlichste, sondern auch die kilometermäßig kürzeste und auch billigste dar, denn man braucht gar kein großer Bauperte sein, um zu begreifen, daß die Kosten der Grab- und Bohrarbeiten leicht aufgewogen werden durch die Kosten der Ablösen für rund 200 Wohngebäude, von rund 50 ha Grund und Boden im Stadtbereich, die — so hörte ich — an die 500, 600 Millionen Schilling Ablösen erforderten. Dazu wären ja noch notwendige Schallschutzeinrichtungen für die Stadttrasse gekommen, die ebenfalls rund 400 Millionen verschlungen hätten, also summa summarum etwa

zwei Milliarden Schilling für die Stadttrasse, gegenüber 1,3 oder vielleicht auch, angesichts der Kostenentwicklung, etwas mehr Mitteln für eine Röhre durch diesen Plabutsch.

Und nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige interessante Beobachtungen anstellen. Die Grazer Sozialisten mit ihrem Chef Vizebürgermeister Stoisser, das hat sich sehr bald herausgestellt, konnten sich für diese Tunneltrasse nicht begeistern. Über die Motive zu dieser Haltung möchte ich hier keine näheren Betrachtungen anstellen. Tatsache ist jedenfalls, daß die gleichen Grazer Sozialisten, die noch über die Gemeinderatswahl hinaus an der Stadtautobahntrasse festgehalten haben und sich recht bedenkenlos über die Sorgen und über die Ängste von Tausenden Grazern hinweggesetzt haben (Abg. Preamsberger: „Nicht bedenkenlos!“), Herr Kollege Preamsberger, die gemeint haben, ein Volksbegehren mit über 40.000 Unterschriften einfach ganz kühl negieren zu können, die gleichen Grazer Sozialisten sind interessanterweise nun zutiefst beunruhigt und zutiefst besorgt über das Schicksal einiger Dutzend Liegenschaftsbesitzer im Raume Straßgang, wo ja bekanntlich diese Tunneltrasse enden soll. Ich möchte um Gottes Willen das nicht bagatellisieren und die Sorgen dieser Eigentümer nicht gering achten, denn es ist für jeden schmerzlich, seinen Grund, sein Haus verlieren zu müssen, in dem er aufgewachsen ist, aber man hat die Absicht zu deutlich gemerkt und war verstimmt, mit welcher Wollust (Abg. Preamsberger: „Jetzt sind wir bei der Pyhrnautobahn!“), auch Herr Kollege Loidl, mit welcher Wollust sich die Grazer Sozialisten als Paten für Bürgerinitiativen in diesem Raume angetragen haben. Nun, die Grazer Sozialisten haben auch schrecklich große Sorgen wegen der Verkehrssicherheit dieser künftigen Tunneltrasse, obwohl Landesrat Krainer auch hier im Landtag sehr ausführlich die Fülle von Sicherheitsvorkehrungen dargelegt hat, die für diesen Tunnel vorgesehen sind. Und auch Landesrat Peltzmann hat vor nicht allzu langer Zeit dargetan, daß durch diesen Tunnel zusätzliche Sicherheit, zusätzlicher Schutzraum für 140.000 Grazer geschaffen werden würde. Der Herr Vizebürgermeister Stoisser macht sich ebenso große Sorgen wegen des Landschaftsschutzes und fürchtet negative Gutachten, fürchtet Verzögerungen. Ich muß Ihnen sagen, ich fürchte das weniger, denn ich kann mir nicht vorstellen, wie durch einen Vorstoß in die geologische Unterwelt des Plabutsch nun das Landschaftsbild auf der Oberfläche des Plabutsch allzu sehr eine Veränderung erfahren würde. (Abg. Preamsberger: „Aber wir müssen einen zweiten Ring für Eggenberg bauen. Das ist notwendig!“) Bitte, darüber läßt sich diskutieren, dazu wird, glaube ich, Herr Landesrat Krainer etwas zu sagen haben. (Abg. Gerhard Heidinger: „Der Ring der Nibelungen!“) Es ist auch interessant, daß man arge Sorgen hat wegen der Bäume und wegen der Sträucher am Plabutsch. Man fürchtet, daß hier durch die Abgase der Autos die Krüppeleichen am Plabutschhang Schaden leiden könnten. Ich möchte jetzt nicht polemisieren, daß hier die gleichen Kreise sich sehr gelassen über die Sorgen und Ängste von Tausenden Grazern

hinweggesetzt haben, die dieses Volksbegehren initiiert haben.

Ich könnte jetzt diese Beispiele fortsetzen, wie man auf recht unfreundliche, unfaire Art versucht, Stimmung gegen diese Lösung zu machen. Ich glaube, eines dürfte notwendig sein, daß die Grazer Sozialisten hier endlich einmal Farbe bekennen und klar statt des halbherzigen lauwarmen „Jein“ nun endlich einmal ja oder nein zu sagen. Entweder ja zu dieser Tunneltrasse und dann auch energisch mit uns für diese Tunneltrasse eintreten, oder halt ehrlich genug sind, nein zu sagen und zu sagen, wir bleiben weiter bei dieser Dorfwrith-Trasse, wie man das früher auch sehr ehrlich gesagt hat. Nur eines, ein Provisorium, wie das Herr Vizebürgermeister Stoiser vorgeschlagen hat, in der Weise, daß man eine Umfahrung über Gratwein, St. Oswald, Hitzendorf, durch das Liebochtal herunterzieht, würde eben nur ein Provisorium sein und keine Lösung. Noch dazu ein verdammt teures Provisorium, man müßte nämlich die dort vorhandenen Landesstraßen mit Millionen Schilling umbauen, ausbauen, damit sie mit den schweren Lkw-Zügen befahren werden könnten. Man müßte die Gratkorner-Gratweiner Murbrücke umbauen oder neu bauen, weil die derzeitige die Tragfähigkeit nicht hat, man müßte den St.-Oswalder-Berg entschärfen. Alles Dinge, die Millionen kosten. Der Herr Landesrat wird das besser wissen, aber ich hörte so von rund 300 Millionen Schilling, die eine solche Umfahrung, ein solches Provisorium kostet. Und was hätte man, meine Damen und Herren, damit gewonnen? Bestenfalls ein, oder vielleicht zwei Jahre, denn vom Herrn Bautenminister Moser konnten wir hören, daß etwa ab 1982 mit der Fertigstellung des Tunnels gerechnet werden könnte. Vielleicht auch schon früher, wenn die nötigen Mittel vorhanden wären. Gerade dieser Mittel wegen wäre es unsinnig, 300.000.000 Schilling in ein Provisorium hineinzubuttern, welche uns sicherlich sehr abgehen würden beim Bau des Tunnels. Sofern das Land diese 300.000.000 Schilling aufbringen müßte, können wir uns vorstellen, daß wir für die nächsten Jahre außerstande wären, überhaupt irgendwelche Landesstraßenbauvorhaben in Angriff nehmen zu können. Noch eines lassen Sie mich, meine Damen und Herren, sehr deutlich sagen: Ich komme ja selbst aus diesem Bezirk und kenne die Situation und die Stimmung in diesen Gemeinden, die durch diese Umfahrung betroffen sein würden, sehr genau. Ich kann sagen, daß Sie mit energischen und massiven Protesten rechnen müssen. Die Leute in diesen Gemeinden würden es ganz einfach nicht verstehen. Sie sagen uns das auch, sie lassen sich nicht zu Bürgern 2. Klasse degradieren bzw. von den Sozialisten degradieren, indem man die Nachteile, die von den Grazern abgewälzt werden, auf die Leute jenseits des Berges, jenseits des Plabutsch überwälzt. Ich lade Sie ein, sich einmal mit der Frau Bürgermeister von Gratwein in Verbindung zu setzen, einer sehr ehrenwerten und tüchtigen Frau, und Sie werden erfahren, daß die Begeisterung über die Vorschläge des Großen Roten Bruders aus Graz nicht allzu groß sein dürfte. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schlusse kommen und einen ernst-

haften Appell an die verantwortlichen Mandatäre der Sozialistischen Partei hier in Graz richten, sich doch zu einer klaren Haltung in dieser Frage durchzuringen im Interesse aller hier in dieser Stadt und im Umland von Graz. Ich glaube, daß es uns in einer entscheidenden Frage nicht um taktische Mätzchen und Gags für irgendwelche spätere Wahlen gehen darf, sondern daß wir wirklich aus sachlichen Argumenten heraus bemüht sein müssen, die gesündeste, günstigste und umweltfreundlichste Lösung zu suchen und auch gemeinsam zu vertreten, in der Stadt Graz, im Land Steiermark und auch gegenüber Wien. Diesen Einsatz mit vereinten Kräften zu leisten, dazu laden wir Sie sehr herzlich ein. (Beifall bei der ÖVP.)

2. Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Schön zu Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schön: Sehr verehrter Herr Präsident, Hoher Landtag!

So wie beim Militär im Gefechtsgeschehen, waren jetzt die großen Geschütze dran — und wie immer folgt dann auch das Fußvolk nach. Zu diesem Fußvolk zähle ich mich jetzt. Es ist zwar in letzter Zeit das Fußvolk etwas in Verruf gekommen. Es hat mich etwas betrübt, daß es in der vorigen Periode einem einzigen Abgeordneten der Kommunistischen Partei vorbehalten war, einen Ausdruck zu prägen, der sofort aufgenommen wurde von überall, von der Presse, und man alle, die über Straßenprobleme gesprochen haben, als die Straßensänger bezeichnete und sie ins Lächerliche zog. Ich habe es damals besonders vermerkt, und zwar deshalb, weil unser verstorbener Landeshauptmann Ökonomierat Josef Krainer immer betont hat, alles, was hier im Hohen Haus verhandelt wird, soll mit einem sittlichen Ernst betrachtet werden. Dieser sittliche Ernst ist damals etwas verlorengegangen, man hat dann überall geschrieben, jeder redet für die Straße um sein Haus. So wurden auch einige Sachen vernachlässigt, welche gerade in meinem Gebiet sehr wohl zum Ausdruck kommen. Es ist doch bemerkenswert, als wir hier im Hause eine Vorlage behandeln haben und die wirtschaftliche Hebung des Gebietes der mittleren Enns diskutierten, ist zum Ausdruck gekommen, daß die Gastwirte kein Geld haben oder nicht investieren wollen, aber noch mehr, daß die Verkehrsverbindungen vollkommen unzureichend sind. Ich darf darauf hinweisen, daß es stimmt; man hat sich in anderen Gebieten sehr wenig Sorgen gemacht um diese Probleme. Ich werde, wenn nötig, hier im Hause auch noch das Wort ergreifen und darauf zurückkommen, daß man heute sehr wohl von anderen Gebieten spricht. Wenn ein Mensch die Arbeit verliert, ist er überall schlecht daran. Es wurde ja zum Ausdruck gebracht, das erste Recht des Menschen ist das Anrecht auf Arbeit und Brot. Es hat sich nicht viel getan, als wir einige Male darauf hinwiesen, daß in Eisenerz allein um 2500 Beschäftigte weniger waren und sind. Das hat nicht zuletzt auch dazu beigetragen, daß der Verkehr schlecht war. Es wäre jetzt von mir müßig, jemandem den Schwarzen

Peter hinzuschieben, der und der hat im Straßenbau nichts getan. Ich bin bis heute noch nicht draufgekommen, entschuldigen Sie den Ausdruck, Herr Landesrat, wer da eigentlich lügt bei der Planung. Minister Moser in Wien sagt, es ist nicht geplant, Landesrat Krainer in der Steiermark sagt, es ist geplant — ich habe noch keine Dokumentation auf den Tisch bekommen, daß der eine oder der andere recht hat, ich muß mich nur immer auf das verlassen, was dann wirklich gebaut wird. Ich habe ein Problem, das ich mit Herrn Landesrat Krainer abgesprochen habe und wo er mir gesagt hat, hier liegt keine Planung vor. Das betrifft leider Gottes unser engeres Gebiet. Am 15. November heurigen Jahres hatten wir die große Freude, das muß ich hier betonen, daß wir die Präbichl-Nordrampe, ein Bauwerk, das nicht so leicht seinesgleichen findet, eröffnen konnten, und alle Damen und Herren, die dort anwesend waren und auch die Mitglieder unserer Landesregierung waren beeindruckt von der Vielzahl der Menschen, die anwesend waren, um diese Feierlichkeiten mitzuerleben, und von der Freude der Menschen über die Fertigstellung der Nordrampe.

Hier auch ein Wort zu Ihnen, Herr Abgeordneter Dr. Heidinger: Sie haben den Straßenbau im Großen aufgezogen, gehen wir doch etwas ins Detail. Unser Landesrat Dr. Klausner sagt immer, daß der Teufel im Detail steckt. Sie haben beanstandet, wie lange sich die Bauzeiten hinausschieben würden — wir wären froh gewesen, wenn man gleich begonnen hätte und die Bauzeit nur 10 Jahre betragen hätte, dann wäre diese Nordrampe bereits vor zirka 5 Jahren eröffnet worden. Aber einiges noch mehr: (Abg. Karl Lackner: „Wir haben jetzt vom Teufel geredet!“) Es ist leicht, vom Teufel zu reden, Herr Abgeordneter Lackner, wenn man einen Minister in der Nähe hat und eine schöne Straße bekommen hat. (Landesrat Bammer: „Sehr gut!“ — Heiterkeit.) Was mich betrifft, im Anschluß an diese schöne Nordrampe: Durch die Eröffnung, durch die Publikationen der Presse ist natürlich ein Strom von Neugierigen und auch von Bewunderern gekommen und hat sich dieses Straßenstück angesehen und hat es befahren. Was wäre naheliegender gewesen, als gleich von dort weg das schöne Gesäuse zu befahren, von dem fremdenverkehrsmäßig viel gesprochen wird. Hier hat es sich gezeigt, daß ein Verkehrshindernis mit einer seltenen Potenz vorhanden ist, und zwar der Knoten Hieflau. Im Knoten Hieflau kommt die Straße aus Eisenerz, die Bundesstraße nach Oberösterreich und zugleich die Abzweigung ins Gesäuse zusammen. Bei der Abfahrt ins Gesäuse besteht ein Brückenobjekt, wo es nicht möglich ist, daß über diese Brücke Autobusse größeren Formats, ohne zu reversieren, ins Gesäuse fahren können. Hier habe ich bereits mit Herrn Landesrat Krainer gesprochen, welcher mir sagte, die Planung sei fertig und er werde sich bemühen, daß diese Brücke auf schnellstem Wege gebaut wird und darum würde ich Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, auch herzlichst bitten. Im weiteren ist die Planung aber noch nicht fertig und hier darf ich darauf hinweisen, daß im Raume Hieflau das

größte Speicherkraftwerk der Steiermark gebaut wurde und heute noch das größte Speicherkraftwerk ist.

Und es ist überall auch so praktiziert worden, wo ein Kraftwerk gebaut wurde, wurde entlang auch die Straße saniert. Hier haben wir ein gutes Beispiel bei unseren Nachbarn im Norden, in Oberösterreich. Die ganze Eisenbundesstraße ist saniert in Oberösterreich, weil auch die Kraftwerke eines nach dem anderen gebaut wurden und man kann hier wirklich schon sagen, daß es eine schöne und ausgebaute Straße ist. Ich bin dem Grenzland im Süden nichts neidig, und ich habe nie zu denen gehört, dies ich mit etwas bereichern wollten, was die anderen haben, ich habe mir immer noch selber die Mühe genommen, darum zu streiten, aber man hat oft das Gefühl, daß es auch im Norden ein Grenzland gibt in dieser Hinsicht. Auch hier eines, Herr Dr. Heidinger. Im Jahre 1959 wurde dieses Kraftwerk fertig und wenn man dort begonnen hätte, mit ganz bescheidenen Anfängen die Straße zu sanieren, nur in bescheidenem Maße zu sanieren, was glauben Sie, was man in 15 Jahren, auch mit bescheidenen Mitteln, hätte dort machen können. Das sei auch hier vermerkt. Nur ist dort nichts geschehen und wir haben hier einen Antrag und eine Vorlage behandelt, und zwar den Ausbau der Gesäusestraße und des engeren Stückes, des Bodings, wie wir es nennen, das ja kriminell ist, wenn man so sagen darf, überhaupt im Winter. Damals ist bereits bei dieser Vorlage bekannt geworden, daß hier der Ausbau vollkommen fehlt.

Ich glaube, daß hier aber noch der ganze Raum dran ist, wir brauchen nur ein Stück weiterzugehen, die Enns abwärts, so haben wir einen Stausee nach dem anderen. Und ich muß hier vermerken, es wird wohl die Umfahrung von Altenmarkt gebaut, soweit ich das der Presse entnehmen kann, aber ich habe nichts davon gehört, daß die Straße auch weiterhin von Großreifling hinaus ausgebaut wird, wo noch sehr viele Stücke sind, die eher den Ausdruck verdienen, wie er früher geprägt wurde, „der Eisenbundeskarrenweg“. Auch hier möchte ich meine Bitte wiederholen, auch im Verständnis, daß die großen Verkehrsadern Vorrang haben, und ich habe es mir auch sehr gut gemerkt, als hier der Herr Landesbaudirektor, heute in Ruhe, Hofrat Dr. Schönbeck gesagt hatte, der Verkehr hat uns überrollt. Es war vielleicht nicht vorauszusehen und es ist heute leicht zu sagen, ja, das und das und das hätte man sehen müssen. Das haben nicht alle vorausschauen können und ich zähle mich auch nicht zu den Großen, die schon vor 10 Jahren gesehen hätten, wie es heute mit dem Verkehr aussieht. Darum glaube ich schon, daß die großen Verkehrsadern Vorrang haben, aber doch, daß man nichts vergißt, daß auch für uns die Straßen, wenn sie auch nicht so große Bedeutung haben, eine wirtschaftlich gravierende Bedeutung haben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abg. Primarius Dr. Stepantschitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. DDr. Stepantschitz: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Frau Abg. Hartwig hat gestern, glaube ich, in der Kulturdebatte davon gesprochen, daß die Italiener trotz vieler Kriege und Revolutionen sehr viele schöne Bauten errichtet haben, während man in der Schweiz es nur zu einer Uhrenindustrie gebracht habe. Ich glaube, Frau Abgeordnete, Sie haben damit nicht gemeint, daß der Krieg der Vater aller Dinge sei. (Abg. Mag. Hartwig: „Nein, ich habe es auch nicht so gesagt!“) Das habe ich deshalb vorausgeschickt, weil ich auch bei einem Krieg anfangen. Zur Zeit der Türkenkriege hat das österreichische Herrscherhaus einen Italiener, Domenico d'Alio, beauftragt, einen Festungsplan zu entwerfen, er hat den Schloßberg gebaut und hat gleich so nebenbei auch eine Stadtplanung präsentiert. Und das war der Beginn der Grazer Altstadt. Diesem Ereignis verdanken es also auch wir, daß diese Stadt nicht nur schön gegliedert ist, sondern auch heute noch eine Attraktion ist für jeden, der diese Stadt besucht. Wir haben seit diesem Jahr Fünfzehnhundertstosswieso an Stadtplanung nicht mehr sehr viel dazubekommen, wir haben aber, glaube ich, etwas verloren, was die Leute damals gehabt haben, nämlich die echte Baugesinnung. Wir nehmen immer wieder wahr, daß damals alle Häuser doch irgendwie zusammenpaßten, daß man harmonisch gebaut hat, daß man in einer Zeit, da zwar jeder sein Haus selbst finanzieren mußte und da es keine Bauhilfen gab, dennoch Rücksicht genommen hat auf das Gesamtbild, da man sich freiwillig eingefügt hat in das Ganze. Diese Gesinnung ist uns verlorengegangen. Es haben sehr geschickte Leute geschrieben über den Verlust der Mitte, und das ist es ja auch. Das ist etwas, von dem wir hier nicht beschließen können, daß es wieder kommen soll, aber ich glaube doch, man soll Wert legen auf die Feststellung, daß man auch hier ansetzen muß, an einer echten Kunstgesinnung, an einer echten Weckung des Verständnisses beim einzelnen dafür, daß man eben nicht ein Haus oder ein Geschäft baut, sondern daß man eine Stadt baut, daß jedes Gebäude sich einfügen muß in ein Ganzes, daß es gerade beim Bauen keinen schrankenlosen Individualismus geben darf. Es ist, glaube ich, in Graz auf diesem Gebiet viel gesündigt worden, und wir haben sehr viel nachzuholen und wir sind sehr froh, daß wir jetzt Gesetze haben, verschiedene Gesetze, die endlich wieder nach vielen hundert Jahren die Voraussetzung dafür bieten, daß auch diese Stadt sich organisch wieder entwickeln kann. Das gilt für jeden einzelnen Bauherrn, das gilt für jeden Klienten, der mit sehr viel Mühe sein Haus baut, es ist ja nicht nur das Glück, das er hat, drin zu wohnen, sondern das Haus muß ja auch von allen anderen angesehen werden. Das gilt aber auch für die, die heute viel Geld haben, ich meine damit die Sparkassen und ich persönlich bin ja Anhänger der schwarzen Farbe, aber wenn zuviel schwarz ist, dann ist das auch einmal zu viel. Ich glaube, man müßte doch auch Wert darauf legen, daß auch jene Institute, die heute sehr maßgeblich das Baugehen beeinflussen, auch Rücksicht nehmen auf die Gesamtheit und auf die Bevölkerung. Und noch eines, ich darf auch sagen, auch wenn es nicht über-

all gern gehört werden wird, man muß, glaube ich, doch auch Wege finden; daß unsere Architekten nicht nur danach streben, neu, modern und hoch zu bauen, sondern daß auch sie mitbeeinflusst werden von dem, was man das gesunde Volksempfinden nennt. Das darf ich dazu sagen.

Nun, bei der Generaldebatte hat der sozialistische Redner von sinnvoller Raumordnung und Lebensqualität gesprochen. Sie werden niemanden finden, der dagegen ist. Wir brauchen eine sinnvolle Raumordnung, wir brauchen in einer Stadt selbstverständlich auch Gebiete, die der Industrie vorbehalten sind und wir brauchen Wohngebiete. In diesem Zusammenhang darf ich auf einen Beschluß zu sprechen kommen, den wir vorgestern gefaßt haben, nämlich einer Fabrik ein Grundstück im Bereich des Krankenhauses Feldhof zu verkaufen. Wir haben dem zugestimmt, weil uns gesagt worden ist, daß andernfalls dieser Betrieb überhaupt nicht zu retten sei. Ich darf aber doch eines hier feststellen. Es ist uns schon so oft gesagt worden, daß gerade im Bereiche des Krankenhauses Feldhof noch Platz aufgespart werden soll für ein zweites Krankenhaus. Es ist erst eine neuere Version, daß dieser Platz an sich zu klein sei. Als Kenner der Verhältnisse muß ich schon sagen, ich bin fest davon überzeugt, daß dort ein Krankenhaus Platz hat. Ich kann nicht verstehen, wenn man jetzt sagt, daß man in ein anderes Gebiet, das nur 500 Meter davon entfernt ist und das von der Stadt Graz als Industriegebiet vorgesehen ist, nun ein Krankenhaus justament hinsetzen soll, während man ja die Fabrik im Bereich des Spitals gründen könne oder müsse. Meine Damen und Herren, es ist Sache der Stadt Graz, darüber endgültig zu entscheiden, es ist ihr Konzept, es wird ihre Sache sein, sich mit den Bürgern dieser Gegend ins Einvernehmen zu setzen und wir werden sehen, wie diese Verhandlungen ausgehen. Wir haben jedenfalls verlangt, daß das Land Steiermark ein Rückkaufsrecht hat und werden verhindern, daß dieses Gebiet, sofern keine medizinische Fabrik hinkommen sollte, dem Zweck entfremdet werden könnte.

Meine Damen und Herren, wenn ich davon gesprochen habe, daß das Bauen keine Sache des reinen Individualismus ist, so darf ich wohl auch sagen, daß das gleiche auch für den Verkehr gilt. Es kann heute nicht mehr jeder mit irgendeinem Fahrzeug, das ihm beliebt, überall hinfahren. Man muß auch beim Verkehr auf den anderen Rücksicht nehmen. Auch hier muß das Gemeinwohl vor das Eigenwohl gesetzt werden. Wir bekennen uns alle dazu, daß man deshalb dem Massenverkehr den Vorzug geben muß vor dem Individualverkehr; wenn das manchen auch sehr hart ankommt, und nicht sehr wohl im Ohr klingt. Wir bekennen uns auch dazu, daß es in der Stadt Graz Verkehrsbetriebe gibt und daß man diese auch entsprechend unterstützen muß. Ich darf sagen, daß die Grazer Verkehrsbetriebe im Jahre 1973 55,136.000 Personen befördert haben, das sind um etwa 4.000.000 mehr als im Vorjahr. Es nimmt die Frequenz dieser Verkehrsbetriebe zu. Die Stadt Graz ist nicht nur die Stadt der Grazer, sie ist die Landeshauptstadt aller Steirer, sie ist das Zentrum der Regierung, sie ist das Schulzentrum, Graz ist auch die freundliche Ein-

kaufsstadt für die Bevölkerung dieses Landes und Gott sei Dank auch darüber hinaus. Es wird notwendig sein, daß sich das Land Steiermark auch dafür engagiert, daß die Verkehrsbetriebe in Graz auch für die Zukunft ihrem steigenden Aufgabenbereich gerecht werden. Wir dürfen anerkennen, daß die Grazer Verkehrsbetriebe die einzigen sind, die jetzt nicht von Gebührenerhöhung sprechen, im Vergleich zu den anderen Landeshauptstädten. Ich darf noch einmal sagen, diese Anerkennung muß auch münden in der aktiven Bereitschaft, sich dafür zu engagieren, daß diese Stadt Graz nicht in einem Verkehr erstickt, der es dann allen Steirern unmöglich macht, das Ziel zu erreichen, welches sie sich vorgenommen haben. Meine Damen und Herren, die Grazer Verkehrsbetriebe haben sich bemüht, neue Wege zu gehen, ich darf nur als Experiment den City-Bus nennen. Es wäre sehr lobenswert, wenn man diese Fahrzeuge im Bereiche des Landeskrankenhauses einsetzen würde, womit man dort echt entlasten könnte. Man könnte dieses Fahrzeug dann vielleicht „Spity-Bus“ nennen. Das wäre ein Weg, um verkehrspolitisch eine neue Bahn einzuschlagen. Meine Damen und Herren, ich darf Sie nicht länger aufhalten; es war mir ein echtes Anliegen, davon zu sprechen, daß diese Stadt Graz sich jetzt bemüht, mehr zu sein als eine Anhäufung von Häusern und von Geschäften, daß diese Stadt Graz eine Stadt sein will, in der sich alle Menschen, die hier wohnen, wohlfühlen, eine Stadt aber auch, auf die alle Steirer stolz sein können. Ich danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner ist Abg. Wimmeler zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wimmeler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Laufe dieser Budgetdebatte wurde schon von der Gastarbeiterroute von Salzburg bis Spielfeld gesprochen. Auch in der Zeitung war vor kurzem zu lesen, daß ein Grazer Polizeikommissär an einer internationalen Tagung in Tokio teilgenommen hat und nach seiner Rückkehr, über seinen Flug befragt, sagte, Angst hatte er nur bei der Fahrt mit dem Auto von Salzburg nach Graz. Meine Damen und Herren, wenn auch die Misere des Vorjahres auf dem Straßenstück Selzthal—Liesen durch Belagserneuerung beseitigt wurde, so bleibt das Straßenstück Liesen—Rottenmann nach wie vor ein sehr gefährlicher und kritischer Engpaß, ein neuralgischer Punkt für den gesamten Verkehr. Auf einer Länge von 20 km behindern drei beschränkte Bahnübergänge den Verkehr, so daß sich in Stoßzeiten, wie sicherlich auch jetzt wieder zu Weihnachten, ein Rückstau ergibt, der zum Beispiel im Bereiche von Liesen fast immer bis zur ampelgeregelten Kreuzung mit der Pyhrnpaß-Bundestraße reicht und dort nicht selten ein echtes Verkehrschaos hervorruft. Ich habe schon im Wege von Anfragen an den zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Dr. Krainer, die Aufmerksamkeit auf diese Tatsache gelenkt, die geplante Vorziehung des Autobahnbauloses Rottenmann—Selzthal mit einer Fahrbahn und ihre provisorische Verwendung als Bundesstraße zu beschleunigen. Ich kann mir vorstellen, daß es nicht sehr viele solcher

neuralgischen Punkte in unserem Straßennetz gibt, zumal diese drei Bahnschranken nicht selten dringende Krankentransporte ins Landeskrankenhaus Rottenmann behindern. Ich möchte daher Herrn Landesrat Krainer bitten, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, hier doch eine Beschleunigung zu erwirken.

Meine Damen und Herren, die Beantwortung meiner Anfrage bezüglich der Umfahrung Stainach durch Herrn Landesrat Krainer in der letzten Sitzung des Landtages veranlaßt mich, auch zur sogenannten S 8, der Schnellstraße im Bereiche des oberen Ennstales, ein paar Worte zu sagen. Die Mitteilung des Herrn Landesrates Dr. Krainer, daß der Ausbau des Straßenstückes Trautenfels—Wörschach bestenfalls im Jahre 1995, also erst in 20 Jahren, erfolgen kann, und das nur, wenn nicht weitere Kürzungen des Straßenbaubudgets vorgenommen werden, könnte einem die Frage entlocken, ob es dann noch einen Gastarbeiterstrom geben und die Überlastung der Straße in diesem Ausmaß vorhanden sein wird. Ich glaube also, daß alle Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen, um zu einem raschen Ausbau der Schnellstraße, der S 8, vom Knoten Selzthal bis Trautenfels zu kommen, um auf diesem Stück den Verkehr über den Pyhrn, über den Pötschen und über Radstadt bewältigen zu können. Ich glaube auch, daß die Trasse dort so geplant ist, daß die dafür benötigten Grundstücke keinerlei Beeinträchtigung der Landwirtschaft darstellen, aber auch im Hinblick auf die Verbauungsfähigkeit und Verbauungsmöglichkeit geeignet wären und für die Verbauung entbehrlich sind. Bezüglich der Weiterführung der S 8 über Trautenfels hinaus wird meines Erachtens noch zu prüfen sein, ob nach Fertigstellung der Tauern- und Pyhrnautobahn und auch unter Bedachtnahme auf die immer geringer werdenden finanziellen Mittel es noch notwendig und vertretbar sein wird. Bei dieser Überlegung wird auch bedacht werden müssen, ob eine Schnellstraße mit zwei Fahrbahnen und eine Bundesstraße mit einem teilweise sehr engen Tal nicht der Landwirtschaft und damit zusammenhängend dem Fremdenverkehr die Existenzmöglichkeit in hohem Maße nehmen. Man muß dabei bedenken, daß die erforderliche Breite für die Schnellstraße je nach dem Gelände 30 bis 60 m beträgt. Vielleicht zwingt die Verknappung auf dem Olssektor noch zu größeren Einschränkungen, so daß zwangsläufig an Verlagerungen Straße-Bahn, unter Umständen auch, das wird die Entwicklung zeigen, mittels eines Huckepackverkehrs gedacht werden könnte.

Und ich glaube, so ganz verkehrt wäre es in diesem Zusammenhang nicht, eine doppelgleisige Eisenbahn Bischofshofen—Selzthal früher oder später ins Auge zu fassen. Die für die Wasserversorgung und auch für den Verkehr so gefährlichen Tankerunfälle könnten auf diese Weise weitgehend verhindert werden.

Und noch eines, meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit den Straßen. In der letzten Zeit wurden überall auf den Bundesstraßen die Wegweiser tafeln ausgewechselt. Die bisherigen pfeilförmigen Tafeln wurden ersetzt durch rechteckige mit aufgemalten Pfeilen und das, wie ich glaube, ohne

jede Notwendigkeit, da sie ohnedies durchwegs fast neu waren, zumindest in unserem Bereich. Natürlich weiß ich, daß die allenfalls eingesparten Kosten der neuen Tafeln für den Straßenbau nicht besonders ins Gewicht fallen würden, aber ich meine, daß öffentliche Gelder, allgemeine Steuergelder, nicht einfach zum Fenster hinausgeworfen werden sollen, noch dazu, wenn man auf allen Gebieten von Sparsamkeit spricht.

Präsident: Als nächster Redner ist zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Lackner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lackner: Hoher Landtag, meine Kolleginnen und Kollegen!

Der Abschnitt Wasserbau hat für nächstes Jahr 52 Millionen Schilling vorgesehen. Ich will nicht unbescheiden sein, Bauern sind beim Fordern sowie so immer bescheiden, aber dieser Betrag ist viel zu wenig. Wir müssen doch alle Jahre, leider Gottes, die Hiobsbotschaft einfach zur Kenntnis nehmen, daß durch ein einziges Unwetter Millionen Schilling Schäden verursacht werden, die oft mehr ausmachen als die Beiträge, die für das ganze Jahr zur Verfügung stehen. Es ist schon tragisch genug, daß oft durch die Überflutung der landwirtschaftlichen Grundstücke oder durch Vermurung die ganze Ernte für das ganze Jahr und der Ertrag verloren gehen, daß ja überhaupt durch diese Unwetter Straßen, Eisenbahnen, Brücken und Gebäude unzähliger Art zerstört werden. Wir haben zwar einen Katastrophenfonds, aber der reicht ja bei weitem nicht aus, um nur diese Schäden annähernd wiedergutzumachen. Und es ist daher in diesem Fall wirklich notwendig — man könnte jetzt schon wieder leichtfertig sagen, man muß prophylaktisch denken, aber ich sage, wir müssen vorbeugend handeln, weit vorbeugend — daß diese Schäden in Zukunft verhindert werden. Die 52 Millionen Schilling, die uns nächstes Jahr zur Verfügung stehen, würden gerade ausreichen, um die so vordringliche Ausbaggerung der Enns vorzunehmen. Aber es gibt ja nicht nur die Enns in der Steiermark, sondern viele, viele Flüsse, die vordringlich reguliert oder vordringlich verbaut und ausgebaggert werden müssen. Dies gilt vor allem für unsere Wildbäche, die sehr oft die Hauptursache für Unwetter sind, weil sie das ganze Geschiebe in die Flüsse bringen, das dann einfach nicht mehr weitertransportiert werden kann. Es darf daher das Kapitel Wasserbau nicht nur Anliegen des politischen Referenten oder der Landesbaudirektion sein, sondern dieses Kapitel muß ein Anliegen von uns allen sein, aller Verantwortlichen, wir schützen damit nicht nur einzelne Existenzen, sondern wir schützen damit unsere Heimat. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner ist zu Wort gemeldet der Abg. Fellingner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Fellingner: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich erlaube mir heute, dem Hohen Haus drei wichtige Verkehrsprobleme der zweitgrößten Stadt

der Steiermark, und zwar von Leoben, vorzutragen, da diese von entscheidender Bedeutung für den Verkehr und für die Fußgänger in Leoben sind. In Leoben existiert die Landesstraße 283. Es ist dies die Verbindungsstraße zwischen dem Ortsteil Göß und dem Zentrum von Leoben. Seit dem gestiegenen Verkehrsaufkommen durch den starken Pkw-Verkehr in den letzten Jahren wird diese Straße verwendet, um in das Zentrum von Leoben am raschesten zu kommen und vor allem, seitdem die Umfahrung Leoben gebaut worden ist, verwenden es die Pkw-Fahrer, um den rascheren Weg, den kürzeren Weg nach Leoben einzunehmen. Die Straße ist sehr eng, für Lkw ist ein Fahrverbot, und wenn sich zwei Pkw an den engsten Stellen treffen, können sie beide nicht ausweichen, sondern es muß unbedingt ein Pkw zurückfahren. Es existiert auch bei diesen engen Stellen für die Fußgänger kein Gehsteig. Das ist eine Katastrophe, denn auch die Gösser wie auch die Leobner, die nach Göß wollen, verwenden diese Gösserstraße, um auf dem kürzesten Weg nach Göß zu kommen. Wir haben schon in der letzten Periode einen Antrag auf Verbreiterung und Schaffung eines Fußgängersteiges eingebracht. Es wäre jetzt sehr wichtig, endlich einmal in dieser Periode das Problem anzugehen, und soweit ich gehört habe, wird der Herr Landesrat Krainer demnächst in Leoben erscheinen und sich die Gösserstraße selbst ansehen. Ich hoffe, daß er sehr bald auch den Auftrag gibt, daß dieses enge Teilstück zumindest verbreitert wird.

Ein zweites Problem. Durch die Schaffung der B 115 Vordernbergerstraße ins Zentrum wurde die Donawitzerstraße komplett durchschnitten. Die Donawitzerstraße ist die Verbindungsstraße zwischen Leoben und Donawitz und die Fußgänger haben diese Straße benützt, um rasch in das Zentrum zu kommen. Es sind durch dieses Abschneiden, wenn die Straße fertiggebaut wird, auch 15 Gewerbetreibende in ihrer Existenz gefährdet, weil ja die Fußgänger keine Möglichkeit haben, zu diesen Geschäften zu kommen. Es ist daher die Aufgabe und die Forderung, durch diese Bundesstraßen einen Fußgängertunnel zu bauen, um auf der Donawitzerstraße die Verbindung wieder herzustellen, so daß die Fußgänger die Möglichkeit haben, nach Leoben zu kommen und außerdem die Geschäftsleute in ihrer Existenz nicht gefährdet sind. Es war vor kurzem beim Herrn Landesrat Krainer eine größere Delegation der Geschäftsleute und auch der Spitzenfunktionäre von Leoben und ich hoffe, daß der Herr Landesrat Krainer der Bauabteilung den Auftrag gibt, hier Untersuchungen und Pläne auszuarbeiten und daß er das in Wien vorträgt, so daß auch der Fußgängertunnel auf der Donawitzerstraße gebaut wird.

Und als Letztes darf ich erinnern, daß wir einen Resolutionsantrag eingebracht haben bezüglich der Fußgängerunterführung beim Leobner Krankenhaus. Wir sind sehr glücklich, daß sich die Misere mit dem Schranken beim Leobner Krankenhaus aufhört, das wird zwar noch eine längere Zeit dauern, die Bauarbeiten schreiten vorwärts. Aber es war geplant, daß eine Rolltreppe bei diesen Fußgängerunter-

fürhungen beim Landeskrankenhaus gebaut wird, und zwar deswegen, damit auch die Gehbehinderten diese Fußgängerunterführung benutzen können. Jetzt schaut es so aus, als ob die Rolltreppe gestrichen wäre, wir würden auch bitten, daß sie unseren Resolutionsantrag unterstützen und den Herrn Landesrat Krainer ersuchen, alles zu unternehmen, damit die Rolltreppen eingebaut werden. (Beifall bei der SPO.)

3. Präsident Feldgrill: Als nächster Redner ist zu Wort gemeldet der Abgeordnete Präsident Koiner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Koiner: Herr Präsident, meine Damen und Herren.

Unter den Abwasserproblemen, die die Steiermark zu lösen hat, ist zweifellos die Sanierung der Mur das dringlichste. Das geht schon aus der Verlautbarung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft als oberste Wasserrechtsbehörde hervor. Der Kataster weist einwandfrei nach, daß die Mur der schmutzigste und am meisten biologisch beeinträchtigte Fluß Österreichs ist und es ist etwa nur die March in Niederösterreich zu vergleichen, wobei man aber sagen muß, daß die March schon sehr verschmutzt aus der Tschechoslowakei hereinkommt. Man muß mit aller Vorsicht, meine Damen und Herren, an dieses Problem herangehen, weil man sich natürlich im klaren sein muß darüber, daß die Industrie einfach von vornherein nicht so arbeiten kann, daß es überhaupt keine Gefährdung der Umwelt bringt und weil ja selbst die Arbeiterschaft sich darüber im klaren ist, daß man zu wählen hat zwischen einem gesicherten und gut funktionierenden Arbeitsplatz und einer gewissen Beeinträchtigung der Umwelt. Hier hat man ja ein sehr nahes Verhältnis, und wenn Sie Leute in Donawitz fragen, oder wo immer das ist, dann ist hier eine sehr wirklichkeitsnahe Einstellung dazu feststellbar. Bei aller Problematik der Aussage diesem Problem gegenüber ist es doch notwendig und dazu haben sich ja letzten Endes fast alle Parteien bekannt, daß man die Mursanierung in Angriff nimmt. Ich bin nur der Meinung, daß es mit der Proklamation eines Jahres zum Murjahr leider Gottes nicht getan ist, wenn auch die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht wird, weil halt damit die Mur nicht sauberer und nicht besser wird. Wie schaut es nun in Wirklichkeit bei dieser Angelegenheit aus, meine Damen und Herren? Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat bereits am 7. August 1973 die Verordnung BGBl. Nr. 423 zur Verbesserung der Wassergüte der Mur und deren Zubringer im Lande Steiermark verlautbart, mit folgendem Auftrag: § 1: Bei der Handhabung des Wasserrechtsgesetzes 1959 ist das Ziel zu verfolgen, an der Mur und ihren Zubringern im Land Steiermark alle jene Maßnahmen zu treffen, durch die eine Verbesserung der Wassergüte herbeigeführt wird. Im Absatz 2: Vor allem sind in jenen Gewässerabschnitt der Mur, die nach dem vierstufigen Gewässergütesystem eine Güteklasse 3, 3 bis 4 oder 4 haben, die notwendigen wasserrechtlichen Anordnungen zu treffen, damit — das ist ein Gesetzesauftrag — bis zum 31. Dezember 1978 die

Gewässergüte auf die Güteklasse 2 bis 3 verbessert wird. Die Steiermärkische Landesregierung hat sehr bald darauf in Erfüllung dieses Auftrages ein Mursanierungskonzept vorgelegt, und zwar im Jänner 1974. Sie hat darüber Beschluß gefaßt und den Sanierungsplan der Wasserrechtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt.

Um Ihnen, meine Damen und Herren, auch eine Übersicht über die Größenordnung zu geben, möchte ich folgende Zahlen nennen: Die gesamte Mursanierung, etwa von Judenburg angefangen bis zur Grenze, umfaßt nach diesem Mursanierungskonzept, das die Hochschule mit dem Landeshygieniker erarbeitet hat, eine notwendige Bausumme von fast drei Milliarden Schilling. Es sind um 70 Millionen weniger; wobei die kommunalen Anlagen eine Größenordnung von 1,2 Milliarden und die betrieblichen Abwasseranlagen eine solche von etwa 1,7 Milliarden umfassen. Nach diesem Plan hätte man bis 1978 diese Dinge in Ordnung bringen sollen und hat einen Plan gefaßt, wieviel pro Jahr erforderlich ist; das wären 1974 212 Millionen Schilling, im Jahre 1975 etwa 600 Millionen, 1976 über 800 Millionen, 1977 765 Millionen und 1978 537 Millionen Schilling gewesen.

Das besondere Problem dabei bilden neben den kommunalen Abwässern zweifellos die Abwässer der Papierindustrie, und zwar ist hier eine Größenordnung vorhanden, über die man sich im klaren sein muß, die aber nicht sehr genau erfaßt werden kann. Man spricht hier nicht von Einwohnervergleichswerten, man nimmt aber an, daß etwa das Industrieunternehmen Leykam die gleiche Verschmutzung wie etwa eine Stadt mit 1 bis 1,5 Millionen Einwohner verursacht. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „300.000!“) Ich glaube nicht, Herr Landeshauptmannstellvertreter, die Fachleute sagen, es läßt sich nicht genau festlegen. Es gibt außer der Leykam noch die Papierfabriken Briegl & Bergmeister und die Pölser Fabrik, die wahrscheinlich die gleiche Ablauge ablassen. Man ist sich darüber klar, daß hier eine Sonderfinanzierung einzusetzen hätte, wenn man diesen Gesetzesauftrag bis 1978 erfüllen wollte. Es hat hier eine sehr unkonventionelle und zweckmäßige Art gegeben, in der Form, daß man beim Bundesministerium für Handel eine verhältnismäßig sehr unkonventionell arbeitende Einrichtung angelegt hat und es hat eine Absprache zwischen diesen Papierindustrien und dem Handelsminister stattgefunden, wie diese Dinge gemacht werden könnten. Man muß sich über eines im klaren sein, die Papierindustrien sagen: Wenn wir diese Umwelтанlagen machen müssen, soll gleichzeitig auch — das gilt sowohl für die Leykam als auch für die beiden anderen — die Kapazität vergrößert werden, weil so die Kosten, die enorm sind, leichter aufgefangen werden können; es ist mit der Umstellung des Verfahrens, welche letzten Endes bei allen drei Fabriken eine Umstellung auf Magnesium, die Verbrennung der Lauge und die Erfassung bis zu 95 Prozent vorsieht, ungefähr der gleiche Trend vorgesehen. Dazu hat die Bundesregierung einen außerhalb des Wasserwirtschaftsfonds bereitgestellten Betrag von nicht unbeachtlicher Größenordnung zugesagt. Für den Umweltschutz dieser

Papierfabriken sind für den Zeitraum vom 1. Juli 1973 bis 31. Dezember 1978 für zu beantragende Kredite in der Höhe von 1,8 Milliarden Schilling, Zinsenzuschüsse von 4 Prozent auf eine maximale Förderungszeit von 12 Jahren vorgesehen. Das gilt für die Anlagen, die der Umwelt dienen. Außerdem sind zur Strukturverbesserung für den Zeitraum vom 1. Jänner 1974 bis 31. Dezember 1980 für einen jährlichen Kreditbetrag von 30 Millionen Schilling Zinsenzuschüsse, welche die Kreditzinsen auf das ERP-Zinsniveau zurückführen sollten, zugesagt. Die vorgesehenen Schwerpunkte sind hier Fusionierung, Kooperation, Spezialisierung sowie wesentliche Rationalisierungen. Wir haben mit einigem Erstaunen gehört, daß nach den Mitteln, die der Wasserwirtschaftsfonds im kommenden Jahr zur Verfügung stellt, wir leider Gottes weiter denn je von der Möglichkeit entfernt sind, bis 1978 diese Sanierung durchzuführen. Das ist sehr bedauerlich, obgleich wir sagen müssen — hier komme ich auf die Ausführungen des Generalredners der Sozialistischen Partei zurück — daß es stimmt, daß bis 1974 die Förderungsmittel aus dem Wasserwirtschaftsfonds an und für sich eine steigende Tendenz gehabt haben. Für 1975 erfolgt aber ein solcher Abbruch, der nur dadurch erklärlich ist, daß im Wasserwirtschaftsfonds das nötige Geld leider nicht vorhanden ist.

Das ist deshalb sehr bedauerlich, weil besonders die Steiermark und die Mursanierung davon betroffen sind. Ich will ja nur von den Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds sprechen, den in der Strukturverbesserung ist nach den Mitteilungen, die mir zur Verfügung stehen, die Summe an und für sich sogar zu verkraften. Es geht hier um etwa 200 Millionen Schilling, die wahrscheinlich doch noch zusätzlich bereitgestellt werden könnten. Auch die Mittel, die außerhalb des Wasserwirtschaftsfonds, Herr Landeshauptmannstellvertreter, für die Papierfabriken speziell bereitgestellt werden, bereiten keine so großen Schwierigkeiten; die großen Schwierigkeiten scheinen dadurch zu kommen, daß der Wasserwirtschaftsfonds nicht mehr in der Lage ist, hier die dritte Komponente dieser Notwendigkeiten zu erfüllen. Es ist auch so, daß die anderen Bundesländer doch mit einem gewissen Neidkomplex auf die Bereitstellung von Mitteln, die in einem großen Ausmaß der Steiermark zur Verfügung stehen müßten, blicken. Aber in der gestrigen Sitzung des Wasserwirtschaftsfonds sind jedenfalls auch die Mittel aus dem Wasserwirtschaftsfonds für die Leykam leider bis jetzt nicht bewilligt worden. Das ist keine sehr erfreuliche Entwicklung. Ob es gelingt, den Wasserwirtschaftsfonds, der ja bekanntlich mit 10 Prozent der Mittel aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds dotiert wird, aufzustocken, das heißt eine Umschichtung vorzunehmen, weiß ich nicht. Besprechungen, die zwischen den beiden Ministerien stattgefunden haben, haben bis jetzt noch kein konkretes Ergebnis gezeigt.

Ich glaube, daß es sicherlich eine Angelegenheit der gesamten Steiermark ist, die Mur zumindest etwas zu verbessern, daß wir uns aber auch darüber im klaren sein sollten, daß mit den Mitteln und bei den Verhältnissen aus dem Wasserwirtschaftsfonds diese Dinge — zumindest in dem Zeitpunkt, wie

er hier in der Verordnung vorgesehen ist — einfach nicht gelöst werden können. Das ist die nicht erfreuliche Aussicht auf dem Gebiete der Mur. Und so sehr wir die Proklamation des Murjahres begrüßt haben, so hat sich leider Gottes herausgestellt — und diese Bemerkung kann ich mir nicht ganz ersparen —, daß es kein Thema ist für eine Wahl und daß es leider Gottes oder Gott sei Dank auch nicht wahlwirksam war. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Als nächster hat sich zu Wort gemeldet der Abgeordnete Karrer. Ich erteile es ihm.

Abg. Karrer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Zum Kapitel Straßenbau in unserem Bundesland wollte ich mich ursprünglich nicht melden, weil ich der Meinung bin, daß dieses Problem ja so vielschichtig ist. Der Generalredner der ÖVP, Kollege Dr. Heidinger, hat nun bei diesem Abschnitt Stellung genommen zu den Straßenproblemen in der Steiermark allgemein und hat hier im besonderen gemeint, daß die Umfahrung Mürzzuschlag und Kindberg sicher ein neuralgischer Punkt im Mürztal ist, und daß es Schuld der dortigen Bürgermeister sei — genannt wurde Bürgermeister Kotrba aus Mürzzuschlag — daß dieses Projekt noch nicht baureif ist. Ich bin überzeugt, meine Damen und Herren, daß der Herr Dr. Heidinger genau weiß, wie der Sachverhalt gerade in Mürzzuschlag ist und daß er davon auch unterrichtet ist, was in der jüngsten Vergangenheit zur Verwirklichung dieses Problems geschehen ist. Es ist ja nun so in diesem Haus, das darf ich einmal auch ganz offen sagen, daß die Abgeordneten, die ein Problem anreißen, einen nicht Anwesenden, der sich nicht rechtfertigen kann, namentlich nennen und wenn hier der Abgeordnete aus diesem Bezirk, in dem Fall durch meine Person versucht, doch die Dinge ins rechte Licht zu setzen, dann kommt natürlich der zuständige Referent, Herr Landesrat Krainer, in seinem Schlußwort drauf und nach diesem Amen gibt es ja nichts mehr zu diesem Kapitel. Er hält nun sein Plädoyer, das so aussieht, daß die beiden doch recht haben. (Landesrat Dr. Krainer: „Das weiß er ja!“) Herr Landesrat, das weiß nicht der Dr. Heidinger, (Landesrat Dr. Krainer: „Er ist ein Hellseher!“) aber ich kenne Sie als Schwarzseher und so habe ich Sie eingeschätzt. Meine Damen und Herren, die Situation in Mürzzuschlag ist doch so gewesen, daß sicher eine besondere Schwierigkeit aufgrund des Städtebaues vorzufinden ist. Aber dazu eine besondere Schwierigkeit — und das ist ja auch ein Kuriosum in unserem Lande Steiermark — daß daneben eine Kleingemeinde existiert, die nicht einmal ein eigenes Gemeindeamt, kein Standesamt, ja nicht einmal einen eigenen Friedhof besitzt, die aber bei derartigen Kommunal- und Verkehrswirtschaftsproblemen große Schwierigkeiten macht. So war es auch nicht möglich, daß die Frage, ob Süd- oder Nordumfahrung, rechtzeitig gelöst werden konnte, denn eine Gemeinde sagt ja, die andere Gemeinde nein. Dazu kamen die politischen Verhältnisse, daß doch Gruppen — und so ähnlich war es auch in Kindberg — der Meinung waren, man müßte doch auf die andere Seite gehen. Wenn

die Fachleute Überlegungen angestellt haben, ob Nord oder Süd besser ist, dann hat es sich herausgestellt, das dies letzten Endes doch nicht geht, daß die Nordler gesagt haben, geht nach Süden, und umgekehrt. Dieses Pingpongspiel, meine Damen und Herren, ist in Mürzzuschlag und zum Teil auch in Kindberg verzögernd gewesen. Aber ich glaube — das muß auch hier offen gesagt werden — gerade die Gemeindevertretungen, sei es von Mürzzuschlag, aber auch von Kindberg, haben wohl hier sehr viel beigetragen, und zwar mit einer Verantwortung und mit einer Vehemenz, mit einer Aktivität, meine Damen und Herren, daß sich macher eine Scheibe davon abschneiden kann. Und wenn ich hier eine Zeitung zitiere, dann ist das keine sozialistische, sondern die „Kleine Zeitung“ vom 17. Dezember, wo hier schön dick steht: „Mürzzuschlag Verzögerung, weil die Tunnelexperten nicht einig sind und untereinander streiten.“ Und hier sind auch die verschiedenen Punkte aufgezählt, die die Vertreter des Landes Steiermark und des Bautenministeriums gemeinsam mit den Gemeindevertretern endlich abgeklärt haben. Diese Punkte bezogen sich darauf, wie dies nun weitergehen soll, daß die Mängel behoben werden müssen, daß planlich noch einmal eine Neuvorlage beim Ministerium zu erfolgen hat und daß doch, wenn alles behoben wird, im Herbst 1975 mit dem Bau begonnen wird. Und nun sehen Sie, meine Damen und Herren, auch wir von Kindberg haben eine Vorsprache beim Herrn Landesrat Krainer gehabt, wo wir ihm unsere Bedenken, unsere Vorhalte gemacht haben. Wir teilten ihm auch unsere Vermutung mit, daß damit spekuliert wird, die Gemeinden aufgrund der Kürzungen zappeln zu lassen, denn sie werden sich schon das Geld beim zuständigen Minister in Wien holen. Diese Rechnung ist für Mürzzuschlag aufgegangen. Für Kindberg darf ich sagen, daß wir am 9. beim Minister eine Vorsprache haben und wir dann natürlich auch mit dem zuständigen Landesbauamt und Referenten eine Aussprache herbeiführen werden.

Nur glaube ich, so billig kann man sich eben die ganze Angelegenheit nicht machen, wie es hier scheinbar der Fall ist. Ich habe mir in der Zwischenzeit doch erlaubt, mit dem Minister brieflich in Verbindung zu treten, ihm einige Fragen zu stellen. Hiezu hat er klipp und klar geantwortet, daß sicher ein Projekt in Wien beim Ministerium vorgelegt worden ist, aber die neuralgischen Punkte, die beiden Brücken in Kindberg nicht präzise ausgearbeitet sind. Das habe ich schriftlich hier liegen und über diesen Punkt werden wir uns ja abklären.

Aber etwas anderes, meine Damen und Herren und Herr Landesrat, in der Budgetdebatte in dieser Woche im Nationalrat hat es zum Kapitel Bauten und Technik auch eine Rolle gespielt, wie das Gesamtkonzept in Österreich weitergehen wird. Und hier konnte man nachlesen, daß auf Anfragen von Abgeordneten der Herr Minister geantwortet hat, daß die Donau-Main-Rhein-Kanalüberlegungen doch verwirklicht werden müssen, daß dieses Projekt natürlich auch für den Industrieraum der Obersteiermark von großer Bedeutung ist. Und damit wir hier nicht ins Hintertreffen kommen, hat der Wirt-

schaftsausschuß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Bezirksgruppe Mürzzuschlag, vor längerer Zeit im heurigen Jahr dem Herrn Landeshauptmann und dem zuständigen Referenten eine Resolution zur Verfügung gestellt, mit der Bitte, dies zu verwirklichen, damit das Gebiet Mürztal und die Industrie Obersteiermarks wirtschaftlich nicht ins Hintertreffen kommt. Diese Überlegungen, glaube ich, meine Damen und Herren, werden auch noch, nicht heute, aber in den kommenden Jahren, einer außerordentlich dringenden Diskussion bedürfen. Ich darf heute schon sagen, wenn wir in die Zukunft blicken, dann sind nicht nur die Südautobahn, die Schnellstraßen, sondern auch dieses wirtschaftliche Problem für die Obersteiermark zu berücksichtigen. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Nigl das Wort.

Abg. Nigl: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Loidl hat das vom Herrn Landesrat gebrauchte Wort „Wollust“ heute zitiert und wenn ich sagen würde, er wolle an der von Landesrat Dr. Krainer zitierten Wollust mitpartizipieren, könnte das sehr leicht falsch verstanden werden. Ich habe bei der Gelegenheit auch den Zwischenruf „Dialektik“ gehört und dabei ist mir die Geschichte eingefallen, wie der Bundeskanzler Dr. Kreisky und Dr. Schleinzner ein Wettrennen veranstalteten. Dr. Schleinzner wurde Erster (Abg. Gerhard Heidinger: „Da haben die Steirer zu wenig gebremst!“) und Dr. Kreisky wurde Zweiter. In der sozialistischen Korrespondenz stand zu lesen: Die beiden haben an einem Wettrennen teilgenommen, Dr. Kreisky wurde Zweiter und Dr. Schleinzner Vorletzter. Das wäre in etwa sozialistische Dialektik. (Landesrat Bammer: „Am 5. Oktober wird er wieder Letzter!“) Herr Landesrat Bammer, es sind schon öfters Propheten an ihren eigenen Aussagen gescheitert. (Landesrat Bammer: „Eine private Wette!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Herr Landesrat, im Oktober haben Sie noch nie Glück gehabt!“ — Landesrat Bammer: „Voriges Jahr schon!“)

Es ist im Zusammenhang mit dem Budget darauf hingewiesen worden, daß für 1975 um 17 Prozent weniger Straßenbaumittel zur Verfügung stehen. Ich möchte nicht wiederholen, was ohnehin schon richtig gesagt wurde, sondern zu einem spezifischen Thema Stellung nehmen und das ist das Thema Autobahnmaut. Ich habe mir hier einige Beispiele beschafft, wie es im Ausland aussieht. Nachdem immer wieder auf die internationalen Verpflichtungen und Verträge hingewiesen wurde, darf ich vor allen Dingen den Herrn Landesrat Dr. Krainer ersuchen, daß er vielleicht doch den Herrn Bautenminister auffordert, wenn auch differenziert, über dieses Thema spezifischer nachzudenken und zu überlegen, ob nicht hier doch gewisse Änderungen möglich sein könnten. Ich bitte Sie, mir diese Beispiele zu gestatten, die hier belegt sind: Nehmen wir einen Lkw her, der über Spielfeld nach Griechenland fährt, wie schaut es

da aus: Es handelt sich hier um einen Lastkraftwagen mit 25 Tonnen mit Anhänger, der für die Fahrt von Spielfeld an die griechische Grenze an Straßensteuer pro Tonne 20,40 Dinar bezahlt, das sind für 25 Tonnen 510 Dinar, oder wenn Sie es umrechnen mit dem Kurs S 1,09 S 599,90. Wenn er leer zurückfährt, zahlt er keine Straßensteuer, fährt er beladen zurück, fällt natürlich der gleiche Betrag wieder an. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß der Fahrer derzeit nur 500 Dinar mitnehmen darf und sich die Sache durch die Umwechslung unten noch verteuert, weil der Umwechslungskurs unten ungünstiger ist. Dazu muß er auch, wenn er diese Strecke befährt, ein kurzes Stück Autobahn passieren bei Niš und dafür zahlt er extra noch 22 Dinar. Noch ein zusätzliches Beispiel, weil doch auch ein Stück Autobahn in Jugoslawien fertig ist auf der Strecke Vrhnika—Postojna — wer dieses Stück benützt mit einem LKW dieser Größenordnung mit Anhänger, zahlt 29 Dinar. Für einen Pkw zahlt man 8 Dinar. Der Lkw muß auf seiner Fahrt zum Bestimmungsort sodann in Athen, wo es wieder Autobahnstücke gibt, wieder Gebühren zahlen, und zwar beträgt die Gebühr für eine Tour auf dieser Strecke 410 Drachmen oder umgerechnet mit einem Kurs von S 0,66 S 270,60. Die Gesamtgebühren für eine solche Fahrt betragen daher, wenn wir die jugoslawischen und griechischen Gebühren zusammenrechnen, S 849,82. Wie schaut es in Italien aus, als Mitgliedsland der Europäischen Gemeinschaft: Wenn ein Lkw von Graz aus über die Route Marburg—Postojna—Triest—Udine fährt, muß er zunächst einmal für den Italienaufenthalt für 10 Tage bezahlen, auch wenn er nur einen oder zwei Tage unten bleibt. Diese Straßensteuer für 10 Tage beträgt 7790 Lire. Zusätzlich zahlt er dann die Autobahnmaut für die Strecke Triest—Udine im Ausmaß von 800 Lire. Er braucht also umgerechnet S 229,— für eine Strecke. Nächstes Beispiel — ein Ostblockstaat — Ungarn: Für eine Strecke von 167 km in einer Richtung zahlt ein Frächter für einen Lkw mit 22 Tonnen 1306 Forint, das sind rund S 1060,—. Dabei muß man wissen, daß die Länder Jugoslawien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Italien, Albanien, Persien, aber auch vom Norden her Holland, Schweden, oder vom Westen Frankreich — um ein paar Beispiele zu sagen, gebührenfrei durch Österreich fahren. Man bedenke auch ferner, daß ein Lkw-Zug, der etwa von Rumänien heraufkommt oder von Jugoslawien und ein Fassungsvermögen von 1000 Liter Dieseltreibstoff aufweist, zu Hause oder unmittelbar an der Grenze, bevor er Österreich passiert, diesen Tank noch anfüllt und durch Österreich durchfahrend keinen Liter tanken braucht und daher auch keine Straßensteuer, die beim österreichischen Treibstoff dabei wäre, d. h. keinen Schilling bezahlt. Ich habe schon gesagt, es ist durchaus verständlich, wenn in der Frage Autobahnmaut oder Straßensteuer immer wieder auf internationale Verträge hingewiesen wurde. Ich habe mir erlaubt, ein paar Beispiele vom Süden her zu nehmen. Ich frage mich nur, was hat sich die Bundesregierung oder der zuständige Minister gedacht, als man mit der Europäischen Gemeinschaft Verträge gemacht hat, zu der auch die

Bundesrepublik Deutschland gehört und wo auch Gebühren zu zahlen sind. Oder gelten die internationalen Verträge für Österreich nur in Form einer Einbahnstraße und nicht auch im Gegenverkehr? Denn in der Bundesrepublik schaut es zum Beispiel so aus: Wenn ein Lkw einen Grenzübertritt in der Nähe von alzburg vollzieht, dann darf er es nur mit 50 Liter Treibstoff im Tank tun. Das wird ihm gestattet. Hat er mehr drinnen und der Zollbeamte und der Fahrer sind sich über den Inhalt nicht einig, dann wird der Dieseltreibstoff mit einer Pumpe aus dem Tank gezogen und auf einer Meßtabelle kann genau der Inhalt abgelesen werden. Nehmen wir an, es sind 100 Liter Dieseltreibstoff im Tank, also um 50 Liter zuviel, dann zahlt der Fahrer für den Treibstoff an der Grenze Zoll sowie Straßensteuer und eine weitere Gebühr von zusammen 47,80 DM, das sind S 342,20. Man muß sich hier die Frage stellen, wieso geht das anderswo und bei uns nicht? Ich habe auch eine ganze Reihe von Leuten gefragt, als ich mich mit dem Thema Straßenmaut ein wenig zu beschäftigen begann, in der Absicht, im Landtag darüber zu reden, und ich muß Ihnen sagen, ein sehr hoher Prozentsatz der Leute, die ich gefragt habe — weit über 90 Prozent — alle haben den Standpunkt vertreten, sie verstehen es nicht, daß man im Ausland in Form von Straßensteuern oder Autobahnmautgebühren dazu beitragen muß, die dortigen Straßenbauvorhaben zu finanzieren, während die uns sehr willkommenen Gäste in Österreich sozusagen kostenlos durchfahren können auf Straßen, die mit unserem Geld gebaut werden und naturgemäß auf Grund der geologischen Verhältnisse sehr teuer kommen.

Daher darf ich den Herrn Landesrat Dr. Krainer ersuchen, den Herrn Bautenminister aufzufordern, daß man doch im Ministerium etwas näher auf diese Fragen eingeht und Autobahnmauten nicht etwa — wie vor kurzem — für den Katschbergtunnel einführt, sondern daß man sich auch überlegt, ob man nicht für die übrigen Autobahnen — sicherlich differenziert, ich sage es noch einmal, weil man nicht für jede Autobahn generell eine Maut einführen könnte, wenn der Betreffende die Möglichkeit hätte, auf einer relativ guten anderen Straße auszuweichen und kostenlos zu fahren — dort, wo es sinnvoll und möglich ist, doch solche Autobahnmautgebühren einführt. Oder man sollte sich eine andere Form einer Straßensteuerbelastung überlegen um auf diese Weise auch jene Ausländer, die durch Österreich fahren, mit einer Gebühr zu belegen und sie damit auch einzuladen, mit zu helfen, diese Straßen, die gut sein sollen und die sie mitbenützen wollen, mitzufinanzieren. Dieses Ersuchen darf ich an Herrn Landesrat Dr. Krainer stellen. Danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abg. Dipl.-Ing. Fuchs. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Meine Wortmeldung bezieht sich auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Loidl, ich bedaure,

daß inzwischen so ein großer Zeitraum entstanden ist, aber das ist nun einmal so. Ich möchte, nachdem das Thema schon einige Male während dieser Budgetdebatte aufgeklungen ist und Zwischenrufe, wie sie heute von offensichtlich nicht kompetenter Seite getan wurden, schon mehrmals im Laufe der letzten Tage erfolgten, kurz auf das Thema Arbeitslosigkeit zurückkommen. Es war anlässlich der Ausführungen des Herrn Kollegen Loidl, ich glaube es war der Kollege Zinkanell oder Heidinger oder Pichler, daß einer von den dreien — ich bitte um Entschuldigung, Sie können sich aber auch alle drei betroffen fühlen, es macht nichts, der gerufen hat: „Sie freuen sich wohl schon auf die Arbeitslosigkeit“. Ich nehme an, daß Sie sich dabei auf sehr unglückliche Ausführungen des ehemaligen OVP-Handelsministers und Präsidenten der Wiener Handelskammer, Otto Mitterer, beziehen. Äußerungen (Abg. Hammerl: „Die er wiederholt hat!“ — Abg. Brandl: „Ist ein ehrlicher Mann!“), die, um es gelinde zu sagen, wenn sie in der Form gemacht wurden, wie Sie es gerne hören möchten, dumme Äußerungen sind, die aber in ihrer Qualität nur noch übertroffen werden durch den Zwischenruf, den ich eben früher zitiert habe. Ich möchte in dem Zusammenhang gar nicht darauf hinweisen, daß sozialistische Wirtschaftsexperten ähnliche zitierbare Aussprüche getan haben und ich möchte auch gar nicht hinweisen auf die deutsche Bundesregierung, die angesichts einer Arbeitslosenziffer von 1 Million tatsächlich weiter stabilisiert und Bremsen zieht und jetzt daran denkt, diese zu lockern in Anbetracht einer Wahl, die dort vor der Türe steht. Ich bitte, das muß auch dazu gesagt werden. (Abg. Brandl: „Das ist typisch für Sie. 800.000 sind es und keine Million, aber Sie lizitieren das hinauf. Das ist typisch für Sie, Herr Abgeordneter Fuchs, die Zahl bewußt erhöhen!“) 800.000, ich korrigiere mich gerne, es sind 800.000 und die Prognosen für den heurigen Winter gehen bis zu 2 Millionen. Wir haben in Österreich nichts dergleichen und wir brauchen uns daher auch nicht drüber aufzuregen, nicht? Und Sie brauchen sich gar nix drüber aufregen! (Abg. Hammerl: „Wir werden uns aufregen, wenn wir wollen, nicht wenn Sie es erlauben!“ — Landesrat Bammer: „Die Autonomie der Aufregung!“) Wer sollte aus einer Arbeitslosigkeit einen Vorteil ziehen, außer den extremen Kreisen links von der SPÖ? Es ist Ihnen unbenommen, den Minister Mitterer weiter zu zitieren, Sie haben das bereits reichlich getan und ich bin überzeugt, Sie werden es auch weiter tun. Es geht mir mit dem Minister Mitterer so, wie es der Frau Professor Hartwig mit der Frau Wirtschaftsminister Firnberg geht, daß sie nämlich nicht mit allen Äußerungen (Abg. Fellingner: „Das ist kein Vergleich!“ — Abg. Brandl: „Es geht ihr viel besser!“), und mit allen Maßnahmen, die sie tut, einverstanden ist. (Abg. Fellingner: „Aber sie hat noch nie gesagt, sie wäre dumm!“) Arbeitslosigkeit ist kein Mittel zur Stabilisierung. Es ist aber auch Inflation kein Mittel, um die Vollbeschäftigung zu erhalten, denn die Inflation zerstört auf Dauer die Wirtschaft und ruiniert damit die Arbeitsplätze. Und die Gewerkschafter unter Ihnen — es

wundert mich, daß der Kollege Pichler auch immer glaubt, er muß sich auf diesem Feuerchen seine Finger wärmen — die Gewerkschafter unter Ihnen wie der Kollege Gross oder Herr Prensberger wissen ganz genau, was die Unternehmer für eine Einstellung zur Arbeitslosigkeit und zur Vollbeschäftigung haben. Wir arbeiten in den Betrieben friedlich zusammen, wir sitzen in der Paritätischen Kommission zusammen und hier gebärden Sie sich so, als ob das die größten Klassenfeinde überhaupt wären, wenn Sie von Unternehmern reden. Ich würde den Herren wirklich einmal empfehlen, einmal einen Nachhilfeunterricht bei den Sozialpartnern zu nehmen (Abg. Fellingner: „Aber nicht bei euch!“ — Abg. Brandl: „Sie sind nicht der geeignete Lehrer!“) und nachzufragen beim Kollegen Gross oder beim Herrn Kollegen Prensberger, wie viele Unternehmer sich ihrer Meinung nach tatsächlich auf oder über eine Arbeitslosigkeit freuen und wie viele alles unternehmen, um Vollbeschäftigung zu erhalten. Und in dem Zusammenhang etwa unseren OAAblern oder unseren Bauern eine Freude an der Arbeitslosigkeit vorzuwerfen, ist überhaupt absurd. Zur Sozialpartnerschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren, gehören zwei Seiten, und der Kollege Brandl hat in seiner Einführungsrede den Gewerkschaftern ein besonderes Maß an Einsicht und ein besonderes Maß an Verantwortungsbewußtsein bescheinigt. Wenn Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren vom Gewerkschaftsbund, dieses hohe Maß an Einsicht und Verantwortungsbewußtsein für sich in Anspruch nehmen, dann billigen Sie aber bitte den Partnern mindestens dasselbe Maß an Verantwortungsbewußtsein und Einsicht zu. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Aichholzer das Wort.

Abg. Aichholzer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Das wir nicht nur reden, Herr Kollege Koiner, hat gezeigt, daß die Proklamierung des Murjahres doch Früchte trägt. Daß das natürlich nicht von heute auf morgen geht, ist uns beiden klar, nachdem ja in den letzten Jahrzehnten auf diesem Gebiet sehr viel versäumt wurde. Ich gebe schon zu, daß man sich auch über das Verursacherprinzip, oder wer das letzten Endes bezahlen soll, nicht ganz einig war. Jetzt scheint man sich hier doch zu einigen und die gestrige Sitzung des Wasserwirtschaftsfonds zeigt, daß die Steiermark doch ganz gut beachtet wurde (Abg. Koiner: „Da bist du aber schlecht informiert, Herr Kollege!“), daß zwar über die Finanzierung der Abwasseranlagen der Industriebetriebe — ich spreche jetzt von den Papierfabriken — noch nicht endgültig entschieden wurde, aber doch der Fonds beschlossen hat, daß sie finanzierungswürdig sind, bedeutet ja bereits einen großen Fortschritt.

Ich darf Ihnen daher aufzählen, meine Damen und Herren, daß in der gestrigen Sitzung des Wasserwirtschaftsfonds die Finanzierung von Abwasseranlagen beschlossen wurde für die Stadt Judenburg, Bruck, die Gemeinde Pöls, die Gemeinde Mautern und letzten Endes auch ein Betrag für den Mürzverband und für die Abwasseranlage in Graz. Das

ist schon ein großer Beitrag. Es wurde noch eine Liste beschlossen, deren Ansuchen Mängel aufweisen, die aber sicherlich reparierbar sein werden, für Trofaiach, für den Abwasserverband in Leibnitz und für Bruck—Oberaich. (Landesrat Peltzmann: „Das liegt daran, daß die Mittel für 1972 erst ausgeschüttet wurden!“) Ich habe nur jene Anlagen genannt, die direkt mit der Mur im Zusammenhang stehen.

Kollege Koiner, wenn man sich in den vorhergegangenen Jahren nicht darüber einig war, wer etwa die große Verschmutzung durch die Papierindustrie wohl berappen sollte, so glaube ich, das heute erklären zu können, daß es ein sehr, sehr großer Fortschritt ist, wenn man sich jetzt einig ist, daß diese Verschmutzung auch aus dem Wasserwirtschaftsfonds mitfinanziert werden soll. Die Abwässer der Papierfabrik Leykam weisen alle in etwa einen Verschmutzungsgrad von Vergleichswerten der Stadt Graz bzw. 300.000 Einwohnern auf. Sicherlich wird auch in nächster Zeit über die Priorität, die du so angezweifelt hast, entschieden werden. Daß in erster Linie dieser Erfolg, ich meine die Sanierung der Mürz und auch der Mur, auf Erfolge von Funktionären unserer Partei zurückgeht, wird wohl nicht bestreitbar sein, denn der Mürzverband wurde durch die Initiative des Nationalratsabgeordneten Scheibengraf gegründet und ist die Mürz bereits so weit saniert, daß nur mehr kleine Zuschüsse notwendig sein werden. (Landesrat Peltzmann: „Schön wär's, aber wahr ist's net! Da wäre unser Fischwasser schon saniert, wenn es soweit wäre. Sie müssen sich die Mürz einmal anschauen!“ — Abg. Dr. Aichtinger: „Die Kläranlagen sind ja noch gar nicht in Tätigkeit!“) Aber fertig sind sie fast, das ist ein großer Vorteil. (Landesrat Peltzmann: „Es hat niemand von uns behauptet, daß das ein schlechter Weg ist. Es war auf alle Fälle ein guter Weg!“ — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Zum Scheibengraf hast du gesagt, das ist ein Luftgeschäft!“) Einen weiteren großen Verdienst hat die Proklamierung des Murjahres für sich, weil bei dieser ersten Zusammenkunft der Nationalratsabgeordnete Zingler als Geschäftsführer für den Mürverband von uns gewählt wurde und durch seine Initiative und sein Eingreifen die Gemeinden, Gebietskörperschaften, aber auch die Industriebetriebe angeregt wurden, Verbände zu bilden, damit diese Vorhaben günstiger finanziert werden. Meine Damen und Herren, es ist so, daß der Wasserwirtschaftsfonds bereit ist, einen perzentuell höheren Beitrag zu leisten, wenn die Kommunen bereit sind, sich zusammenzuschließen und größere Vorhaben auszuführen. So haben wir auch — ich darf dies nebenbei erwähnen — im Bereich von Leibnitz einen derartigen Verband gegründet, bestehend aus den Gemeinden Leibnitz, Wagna und Kaindorf, und erhoffen uns dort eine mindestens 60prozentige Finanzierung aus dem Wasserwirtschaftsfonds. Bisher waren es 51 bzw. 53 Prozent. Ich darf aber auch die anderen Vorhaben, damit Sie informiert sind, daß der Wasserwirtschaftsfonds uns gestern recht gut behandelt hat, vorlesen und zur Kenntnis bringen: Das sind außer denen, die ich früher genannt habe, für die Abwasserbeseitigung noch die Gemeinden Rotten-

mann, Ausseerland und Schladming, des weiteren auf der Mängelliste Laßnitz, Waldbach und Stubenberg. Damit ich auch gleich jene nenne, die für die Wasserversorgung bewilligt wurde: Bad Gleichenberg, Judenburg, Kapfenberg, Eisenerz, Leibnitz, Rohrmoos, Mürzzuschlag, Grazer Feld, Südost Graz und letzten Endes auf der Mängelliste für die Wasserversorgung der Verband Stainzer Tal, die Gesellschaft Leibnitzer Feld, Feistritz Tal, Trofaiach, und Trieben. Ich möchte daher mit dem Bemerkten abschließen, daß wir sehr wohl damit einen Erfolg erzielt haben, daß wir nicht nur redeten, sondern durch das Reden bewirkt haben, daß die Kommunen und Industriebetriebe wirklich angeregt wurden, etwas zu tun. (Abg. Koiner: „Ich werde dir die Zahlen sagen. Das ist ein Witz, was du da behauptest!“) Noch ein positiver Aspekt: Nationalrat Zingler wurde gestern zum Obmann des Wasserwirtschaftsfonds gewählt. Ich darf daher annehmen, daß durch diese Wahl in Zukunft die Steiermark nicht benachteiligt, sondern bevorzugt werden wird. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Eberdorfer zu Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: Meine Damen und Herren!

Es hat der Generalredner Abg. Brandl der sozialistischen Fraktion mit einer bewunderswerten Selbstverleugnung davon gesprochen, wieviel die Steiermark in den letzten Jahren aufgeholt hatte und wieviel verbessert werden konnte. Ich darf jetzt wirklich ohne Freude und „Wollust“ feststellen, daß diese Feststellung des Generalredners, was die Bundesmittel für die Wildbachverbauung betrifft, überhaupt nicht zutreffend ist. Hier ist nur ein Stillstand zu registrieren, den ich Ihnen mit folgenden Zahlen kurz beweisen möchte: In der Zeit von 1970 bis 1973 sind dafür an Bundesmitteln — ich vergleiche jetzt Fläche und Prozente — zur Verfügung gestellt worden: Bundesland Tirol, im Vergleich der Fläche zur Steiermark, wenn ich die Steiermark mit 100 Prozent nehme, 77 Prozent Fläche, 22,8 Prozent Bundesmittel; Kärnten: 58 Prozent Fläche, 17,2 Prozent Bundesmittel; Salzburg: 44 Prozent Fläche, 14,8 Prozent Bundesmittel; Steiermark: 100 Prozent Fläche, 12 Prozent Bundesmittel — beim Straßenbau 13 Prozent; Vorarlberg, das im Flächenausmaß unter dem Bezirk Liezen liegt, liegt im Anteil der Bundesmittel noch um 0,3 Prozent höher, nämlich 12,3 Prozent, hier sind aber auch ungefähr eine Million Lawinenbaumittel enthalten. Meine Wortmeldung bezieht sich daher darauf, daß ich hier die Bitte vortrage an die Landesregierung und insbesondere an den Referenten Dr. Krainer, daß wir bei der Bundesregierung massiv vorstellig werden, um diese Benachteiligung der Steiermark in bezug auf die Finanzierung der Wildbachverbauung zu beheben. Jetzt noch einige Zahlen hinsichtlich der Beschäftigten, nachdem hier auch so getan wird, als wäre hier alles in bester Ordnung:

Bei den Gebietsbauleitungen der Steiermark für Wildbach- und Lawinenverbauung waren vor un-

gefähr 15 Jahren 484 Beschäftigte, sie sind jetzt auf 274 zurückgegangen. Würde es nicht Straßenbauaufträge geben, die an diese Gebietsbauleitungen weitergegeben werden, so würde überhaupt schon eine Abbauwelle oder eine Arbeitslosigkeit dasein und eine Weiterbeschäftigung dieser Arbeitskräfte wäre nicht möglich gewesen. Dabei muß man noch sagen, daß in der Steiermark bis heute nur einheimische Arbeitskräfte in der Wildbachverbauung beschäftigt wurden. Sie haben auch in Zeiten der Hochkonjunktur, wo es andere, leichtere und besser bezahlte Arbeitsmöglichkeiten gegeben hat, hier ausgehalten, während beispielsweise Vorarlberg 30 Prozent, Tirol 10 Prozent Fremdarbeiter in der Wildbachverbauung verwendeten. Wir haben in der Steiermark, meine Damen und Herren, große Rückstände in der Wildbachverbauung zu beseitigen. Ich verweise hier nur auf ein Beispiel. Vor zwei Jahren war ein großes Hochwasser im Bezirk Knittelfeld. Das Gleinalmgebiet, die Rachau usw. wurden schwerstens betroffen. Es sind dort die wichtigsten Verbauungsarbeiten noch nicht einmal im Projekt genehmigt, geschweige denn durchgeführt. Was wir brauchen würden, wären rund 320 Beschäftigte. Das würde ein Gesamtbauvolumen von jährlich 80 Millionen Schilling erfordern, bei einem Schlüssel, der bisher praktiziert wurde, von 63 Prozent Bund wäre ein Bedarf von 50 Millionen Bundesmitteln gegeben. Dann würde die Steiermark auf einen Bundesanteil von 15 Prozent kommen. Bisher erhielten wir vom Bund nur 35 Millionen, es ist daher ein Fehlbetrag von ungefähr 15 Millionen gegeben.

Ich darf hier mit Dank feststellen, daß auch in diesem Landesbudget der Anteil des steirischen Beitragsvolumens mit 16 Millionen Schilling ausreichend ist, um dieses Gesamtvolumen von 80 Millionen zu finanzieren. Ich bitte nochmals, daß man hier bei der Bundesregierung und dem Herrn Landwirtschaftsminister Weihs die entsprechenden Schritte unternimmt. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Turek das Wort.

Abg. Ing. Turek: Meine Damen und Herren!

Bei keinem Budgetkapitel wird der Heimatort des einzelnen Abgeordneten so offenkundig, wie gerade bei dem Kapitel, daß sich mit dem Bauwesen beschäftigt, weil jeder einzelne von uns in seinem unmittelbaren Heimatbereich so viele Probleme, die sich auf diesem Gebiet ergeben, sieht, daß zu grundsätzlichen Betrachtungen eigentlich nur dem Referenten zusammenfassende Überlegungen freibleiben.

Meine Damen und Herren, als Grazer Abgeordneter erlaube mir, doch auch auf die Problematik der Stadt Graz hinzuweisen. Die Stadt Graz liegt ja, was die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt anbelangt, in wirtschaftsgeographischer Hinsicht recht ungünstig. Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, daß sich natürlich die Wirtschaft Österreichs, aber natürlich auch die Wirtschaft der Stadt Graz, nach dem westeuropäischen Raum hin orientiert und daß, um eine Entwicklung der Wirtschaft in dieser Richtung begünstigen zu kön-

nen, es auch notwendig ist, daß die entsprechenden infrastrukturellen Einrichtungen vorhanden sind. Ein wesentlicher Bestandteil dieser erforderlichen infrastrukturellen Einrichtungen ist der, daß natürlich auch entsprechend leistungsfähige Verkehrswege vorhanden sind. Zur wirtschaftlichen Entwicklung gehört natürlich auch, daß in den letzten 15 Jahren sich auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs, vornehmlich in der Steiermark, ein Aufschwung eingestellt hat, der auch dazugehört, daß die verkehrsmäßige Erschließung und Aufschließung forciert werden sollte. Der Durchzugsverkehr, bedingt durch die immer, zumindest in den letzten Jahren, im Steigen begriffene Gastarbeiterbeschäftigung in Deutschland hat ebenfalls dazu beigetragen, nachdem diese Gastarbeiterströme vornehmlich über die Steiermark und durch die Stadt Graz führen, daß es sehr notwendig ist, daß eine leistungsfähige Nord-Süd-Verbindung geschaffen wird, um diesen Begleitumständen entsprechend Rechnung tragen zu können.

Ein besonders neuralgischer Punkt, was den Durchzugsverkehr bzw. den Verkehr von Hamburg angefangen bis hinunter nach Athen, anbelangt, ist sicher die Stadt Graz. Die Frage der Autobahn durch Graz ist ja in diesem Hause schon des öfteren ventiliert worden und ich möchte mich nicht mehr darüber auslassen. Für und wider, da sind die Meinungen schon ganz hart aufeinandergeprallt. Tatsache ist nun einmal — wenn auch die Autobahn, wie sie durch Eggenberg geplant war, vielleicht aus verkehrstechnischer Sicht eine günstige Lösung gewesen wäre, daß nun einmal beim Straßenbau im allgemeinen nicht nur der verkehrsmäßig günstigsten Lösung das Hauptaugenmerk zugewandt werden kann, sondern daß es darüber hinaus — und das ist nun einmal Allgemeingut geworden — umweltschützende Probleme auch in den Vordergrund zu stellen und einer Beleuchtung zu unterziehen sind. Nun, diese Planung durch Graz ist gefallen, es haben sich alle Grazer Fraktionen, die im Gemeinderat vertreten sind, zur Aufhebung der Führung der Pyhrnautobahn durch Eggenberg bekannt, und es ist der Aufruf an die Fachexperten ergangen, uns Ersatzlösungen anzubieten. Nach einer Reihe von geprüften Varianten scheint sich eine Lösung als die optimalste herauszustellen, das ist die Lösung, daß unter dem Plabutsch ein Tunnel ausgebaut werden sollte und dieser dann den Durchzugsverkehr aufnehmen sollte. Meine Damen und Herren, das enthebt uns allerdings nicht der Tatsache, daß wir im Grazer Raum mit Problemen zu kämpfen haben, die uns bis zu dem Zeitpunkt, bis zu dem diese Umfahrungsstraße fertig sein wird, natürlich auch in Graz noch zu beschäftigen haben werden. Es hat vor zirka zwei Wochen eine Besprechung im Grazer Rathaus stattgefunden, bei der auch der Herr Bautenminister Moser anwesend war, und ich kann wirklich sagen, daß hier im Zusammenwirken aller politischen Parteien, aber auch aller betroffenen Gebietskörperschaften ein erster Schritt zu einer Entflechtung des Grazer innerstädtischen und auch randlichen Verkehrs erfolgt ist. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß man es hier auch aus-

sprechen soll, daß im Bereich der Stadt Graz so manches Mal nach der Schleckerpatzel-Mentalität, möchte ich beinahe sagen, vorgegangen wird. Es wird zum Beispiel gesagt: Jetzt habt's die Autobahn durch Eggenberg verhindert, jetzt schaut's, wie ihr damit fertig werdet; wäre die Eggenberger Planung aufrechterhalten geblieben, so hättet ihr in der Gürtelstraße, Wienerstraße, Triesterstraße und Kärntnerstraße diese Probleme nicht.

Ich möchte von hier aus noch einmal betonen, daß die in Aussicht genommene Bauzeit für die Errichtung der Autobahn im Bereich des Westens der Stadt Graz 10 Jahre beansprucht hätte. Erst so im Laufe der Zeit kommt heraus, daß das größere Problem nicht der Bau der Autobahn an und für sich gewesen wäre, sondern das größere Problem wäre die Frage der Ablöse gewesen, es wären ja ca. 200 Häuser abzulösen gewesen. Darüberhinaus wohnen ja in diesen Häusern Menschen, und diese Menschen hätten wohnversorgt werden müssen. Das hätte Jahre gedauert, und wenn ich mir eine Prognose oder eine Einschätzung erlaube, glaube ich, daß wir vor 1978/79 gar nie hätten zu bauen beginnen können und daß dann diese Autobahn vor dem Jahre 1988/89 nicht zum Tragen gekommen wäre. Das möchte ich hier deponieren, weil bei Veranstaltungen im Kreise von Bürgerinitiativen faktisch behauptet wird, daß wir mit der Planung auch schon eine fertige Autobahn gehabt hätten und damit das Verkehrsproblem in Graz gelöst sein dürfte. Uns Grazern geht es darum, daß wir eine rasche Lösung erreichen und diese rascheste Lösung zeichnet sich in dieser Tunnelvariante ab. Wir haben in der Steiermark Baufirmen, die ohne weiteres in der Lage sind, binnen drei Jahren, wenn die Finanzierung vorhanden ist, das ist ja die zweite Sorge, die uns bewegt, diesen Tunnel in drei Jahren fertigzustellen, wenn mit dem Bau 1976 begonnen wird. Die Planung ist so weit fortgeschritten, ich habe es auch in meiner Generalrede erwähnt, daß die Stadt Graz Anfang 1975 ihre Stellungnahme zu dieser Lösung abgeben wird. Es stehen ja zwei Varianten zur Diskussion, und zwar handelt es sich um die Einbindung dieses Tunnels in die schon vorhandene Autobahn entweder im Bereich Seiersberg oder im Bereich Straßgang. Damit wird sich der Grazer Gemeinderat eingehend zu beschäftigen haben und ich glaube, wenn wir im Februar nächsten Jahres diesen Beschluß im Grazer Gemeinderat gefaßt haben werden, werden sich auch die zuständigen Stellen bemühen, daß die Realisierung raschestens erfolgt. Die Realisierung kann allerdings nur dann erfolgen, wenn die Planung vorhanden ist und vor allem, wenn die Mittel vorhanden sind. Die Besorgung des Geldes bereitet den Grazern auch gewisse Sorgen. Wenn wir wissen, daß vom Bund her heuer zirka 200 Millionen Schilling weniger an Straßenbaumitteln eingesetzt sind — aus welchen Gründen immer —, so glauben wir, daß natürlich der Umfahrung von Graz ein gewisser Vorrang eingeräumt werden müßte und wenn im normalen Ausbauprogramm des Bundes und in den zur Verfügung stehenden Mitteln kein Platz für diese Umfahrung drinnen sein sollte, muß man sich unverzüglich Gedanken darüber ma-

chen, wie man im Wege einer Sonderfinanzierung diesen Tunnel finanzieren könnte. Ich möchte bitten, bevor ein endgültiger Beschluß über das Wie dieser Tunnellösung gefaßt wird, daß sich die zuständigen Stellen Gedanken machen, wie die Finanzierung dieses Tunnels zu erfolgen hat. Eine Frage möchte ich hier auch anschneiden: Es wird nicht zweckmäßig sein, diesen Tunnel als eine Mautstraße zu errichten, weil wir da Bedenken hätten, daß diese Mautstraße nicht angenommen und der Hauptverkehr wieder durch die Stadt Graz fließen würde. Das ist keine Lösung, die man für die Finanzierung dieses Tunnels heranziehen könnte. Es wurde heute schon einmal das Verkehrsproblem in den Ballungsräumen angeschnitten. Das, was sich derzeit in der Innenstadt von Graz tut, wird sich sicher auch im obersteirischen Ballungsraum tun, daß der Verkehr in diesen Städten in Form des Individualverkehrs nicht mehr gelöst werden kann. Wir müssen uns damit beschäftigen, wenn wir bedenken, daß in der Stadt Graz 80.000 Fahrzeuge zugelassen sind, dazu kommt noch die Belastung des Durchzugsverkehrs, dazu kommt noch der starke Ziel- und Querverkehr und auch der Umstand, daß das Straßennetz in einer Stadt wie Graz nicht erweitert werden kann. Wir wollen keine autogerechte Stadt haben, wie man versucht hat, sie in Amerika zu errichten, sondern wir wollen doch eine Stadt haben, wo die Menschen in Ruhe wohnen können. Man wird also, um diesem Problem Herr werden zu können, dem öffentlichen Verkehr erhöhte Aufmerksamkeit einräumen müssen.

Die Grazer Verkehrsbetriebe — die Leistungen dieser Verkehrsbetriebe hat DDr. Stepantschitz bereits dankend hervorgehoben — stehen nicht nur den Grazern zur Verfügung, sondern die Stadt Graz wird von allen Steirern mehrmals im Jahr besucht, nachdem die Landeshauptstadt Graz auch gleichzeitig das Verwaltungszentrum und Schulzentrum bzw. der Sitz der hohen Schulen ist. Wir glauben, mit Recht fordern zu können, daß das Land Steiermark einen Beitrag zur Finanzierung dieser öffentlichen Verkehrsmittel in Graz leistet. Wir haben in Graz Maßnahmen gesetzt, daß der Individualverkehr im Geiste der Bevorzugung des öffentlichen Verkehrsmittels dort und da erschwert wird. Es gibt ein Konzept, das auch der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, das im Rahmen der Stadt Graz schrittweise verwirklicht werden soll. Das Problem dabei ist, wenn man das Fahren mit dem eigenen Pkw erschweren will, muß gleichzeitig das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln erhöht werden, denn sonst geht diese Rechnung sicher nicht auf und würde der Bürger unserer Stadt verärgert sein. Um diese Alternative bieten zu können, braucht man unter anderem Ideen und vor allem Geld. Dieses Geld hoffen wir, daß uns das Land Steiermark zur Verfügung stellt. In weiterer Zukunft wird es nicht möglich sein, die Mineralölsteuer so zweckgebunden anzulegen, wie es derzeit das Gesetz vorsieht, nämlich diese nur dem Straßenbau zuzuführen. Man wird sehr wohl dem Gedanken, der vom Finanzminister schon angekündigt ist, nähertreten müssen, das öffentliche Verkehrsmittel auch noch aus der Mineralölsteuer zu finanzieren. Das ist derzeit für manche natürlich